

Infopool Prävention

Der *Infopool Prävention* des Bundeskriminalamts ist eine im November 1995 begonnene Informationssammlung zu nationalen und internationalen Präventionsakteuren, -aktivitäten, -projekten und -modellen.

Ziele des *Infopool Prävention* sind u. a. das Erkennen von Entwicklungen, Schwerpunkten, aber auch Defiziten im Bereich der Kriminalprävention, das Erkennen von relevanten Themenfeldern für die präventionsbezogene Forschung inklusive der Initiierung und Durchführung von Forschungsprojekten. Der *Infopool Prävention* ist auch als Angebot eines Forums für den nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch zwischen Polizei und sonstigen Akteuren der Kriminalprävention zu verstehen.

Nachahmenswerte Präventionsprojekte werden regelmäßig in Zusammenarbeit mit den Landeskriminalämtern in Form der vorliegenden „Länder-Bund-Projektsammlung“ oder themenspezifischen Sonderbänden veröffentlicht.

Unter <http://www.bka.de> stellt das Bundeskriminalamt zudem eine Datenbank mit bisher veröffentlichten Präventionsprojekten aus dem *Infopool Prävention* zur Verfügung.

www.luchterhand.de



Kriminalprävention Länder-Bund-Projektsammlung 2001

BKA 
Polizei + Forschung

Bundeskriminalamt (Hg.)

Kriminal- prävention in Deutschland

Länder-Bund-Projektsammlung
2001



 Luchterhand

Kriminalprävention in Deutschland
Länder-Bund-Projektsammlung

Polizei + Forschung
Bd. 13
herausgegeben vom
Bundeskriminalamt (BKA)
Kriminalistisches Institut

Beirat:

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner
Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität Tübingen

Wolfgang Sielaff
Leiter der Landespolizeiinspektion Hamburg

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Klaus Tiedemann
Direktor des Instituts für Kriminologie und Wirtschaftsstrafrecht der
Universität Freiburg i. Br.

Klaus Jürgen Timm
Direktor des Hessischen Landeskriminalamts

Bundeskriminalamt (Hg.)

Kriminal- prävention in Deutschland

Länder-Bund-Projektsammlung
2001

Ausgewählte Dokumente aus dem
„Infopool Prävention“

Luchterhand



Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Kriminalprävention in Deutschland ... : Länder - Bund - Projektsammlung
/ Hrsg.: Bundeskriminalamt. - [2000] -. - Neuwied ; Kriftel : Luchterhand , 2001
Erscheint jährl. - Bibliographische Deskription nach 2001
ISBN 3-472-04914-6

Redaktion:

Jörg Bässmann
Jürgen Becker
Kathrin Obert

Fachbereich KI 16 –
Polizeiliche Kriminalprävention

Alle Rechte vorbehalten

© 2001 by Hermann Luchterhand Verlag GmbH, Neuwied und Kriftel.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: arttec grafik simon & wagner, St. Goar

Satz: Satz Offizin Hümmer, Waldbüttelbrunn

Druck: Druckerei Wilhelm & Adam, Heusenstamm

Printed in Germany, November 2001

☞ Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfreiem Papier

Vorwort

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

unter dem Titel „*Kriminalprävention in Deutschland – Länder-Bund-Projekt-sammlung*“ liegt Ihnen nunmehr eine aktuelle Auswahl nationaler Präventionsprojekte aus dem „Infopool Prävention“ des Bundeskriminalamtes vor. Vorliegender Band basiert im Wesentlichen auf den Ergebnissen einer im vierten Quartal 2000 gestarteten Erhebung bei Landeskriminalämtern, der Grenzschutzdirektion Koblenz und verschiedenen Ministerien auf Bundesebene. Wie in den Vorjahren bestand darüber hinaus auch für andere Institutionen die Möglichkeit, Projekte beziehungsweise Initiativen einzubringen.

Dem „Infopool Prävention“ geht es nicht nur darum, das Wissen um wirkungsvolle oder potenziell wirkungsvolle Präventionsansätze generell zu verbreitern, sondern vor allem darum, Präventionspraktikern wie -planern konkrete Anregungen und Orientierungen für ihre wichtige Arbeit zu liefern. Diesem Ziel und nicht dem quantitativen Vergleich der Aktivitäten bestimmter Akteure oder Organe dient auch der vorliegende Band.

Einen wichtigen Beitrag zur qualitativen Fortentwicklung der Projektsammlung des „Infopool Prävention“ hat eine Projektgruppe der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) im Frühjahr 2000 liefern können. Die Projektgruppe ging in ihrer Arbeit unter anderem ein auf

- die Zugänglichkeit des „Infopool Prävention“, seinen Inhalt und die Auswahl der Projekte,
- Zielvorgaben für die Weiterentwicklung des Infopool,
- die Optimierung der Eingabe- und Recherchemöglichkeiten sowie der Meldewege,
- die Möglichkeit der Einführung von Präventionsdatenbanken der Polizeien auf Länderebene und
- die Verbesserung der Informationsqualität des „Infopool Prävention“ durch Evaluation ausgesuchter Projekte.

Ergebnisse der Projektgruppenarbeit (z. B. hinsichtlich der Erfassung der Projektfinanzierung und von Projektzielgruppen) wurden bereits in die Projektdatenbank eingearbeitet. Das Bundeskriminalamt wird darüber hinaus seinem Auftrag nachkommen, den „Infopool Prävention“ anwenderfreundlich und zukunftssicher fortzuentwickeln, wobei die Anwendungsmöglichkeiten des Intranet und des in der Entwicklung befindlichen polizeilichen Extranet einbezogen werden.

Ebenfalls der nutzerorientierten Fortentwicklung des Infopool dient eine im März dieses Jahres gestartete zweite Kundenbefragung. Auch wenn die Ergeb-

Vorwort

nisse zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Bandes noch nicht ausgewertet sind, so sei den Leserinnen und Lesern versichert, dass Kritik sowie Vorschläge und Anregungen weitestgehend Berücksichtigung finden werden.

Wie in den letzten Bänden sind auch in der vorliegenden Auswahlammlung keine Projekte erfasst, die bereits in den beiden vorangegangenen Jahren veröffentlicht wurden. Projekte der ausschließlichen Verkehrsprävention wurden ebenfalls nicht ausgewählt. Projekte wurden auch dann nicht ausgewählt, wenn sie in ihrer Beschreibung als unzureichend angesehen wurden. Zugelieferte, in diesem Band aber nicht enthaltene Projekte sind jedoch in den „Infopool“-Gesamtbestand eingeflossen und insoweit über das Bundeskriminalamt, KI 16, einer Recherche zugänglich.

Das Bundeskriminalamt verarbeitet Projektinformationen mittels MS-Access. Um auch Nutzer, die nicht über diese Software verfügen, jahrgangsübergreifend eine möglichst zielgenaue Recherche von Präventionsprojekten zu ermöglichen, wurden Projekte beginnend mit dem nationalen Auswahlband 1999 ins Internet (http://www.bka.de/infopool_de.html) eingestellt. Dieses Angebot wird regelmäßig aktualisiert, so dass zum Beispiel Initiatoren von Präventionsprojekten die Möglichkeit haben, auch kurzfristige Projekte darzustellen. In diesem Zusammenhang ist auf die umfangreiche nationale und internationale Sammlung von Präventionslinks und auf eine englischsprachige Auswahlammlung an deutschen Präventionsprojekten (http://www.bka.de/infopool_en.html) zu verweisen.

Die Herstellung dieses Auswahlbandes wäre ohne die große Unterstützung und engagierte Mitarbeit einer Vielzahl von Personen, Dienststellen und anderen Institutionen nicht möglich gewesen. Ich freue mich daher, an dieser Stelle den Landeskriminalämtern und der Grenzschutzdirektion Koblenz, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Bundesministerium des Innern sowie den vielen Projektbetreibern herzlich für ihre Mitarbeit, für ihre Toleranz gegenüber den Anfragen des Bundeskriminalamtes, für ihre Verbesserungsvorschläge und für ihre Anregungen danken zu können.

Prof. Dr. Jürgen Stock

Leiter

Kriminalistisches Institut des Bundeskriminalamtes

Inhaltsverzeichnis

1	Themenbereich Drogen/Sucht	1
	Suchtvorbeugung in Kindertagesstätten	3
	Fit, Fröhlich, Kreativ – Suchtprävention einmal anders	7
	Ich bin mir selbst Droge genug – Ein Slogan wird Programm	9
2	Themenbereich Eigentumskriminalität	13
	Konzeption Taschendiebstahl – Polizeipräsidium Karlsruhe –	15
	Schwerpunkteinsatz zur Bekämpfung der Taschen-	
	diebstahlskriminalität	19
3	Themenbereich Gewalt	23
	Anti-Gewalt-Training	
	(Umgang mit Aggression und Gewalt im öffentlichen Raum)	25
	Cool statt gewalttätig	29
	Entwicklung eines Präventionskonzeptes zu Gewalt	
	gegen Lesben	33
	Interventionsprogramm für verhaltensauffällige Schüler	
	(InvaS)	35
	Das schaffst Du – Jungenförderung gegen Angst und Gewalt	39
	Gemeinsam gegen Gewalt	
	(„Handy-Aktion“)	41
	MEMME – Anti-Gewalt-Training in der Schule	45
4	Themenbereich Jugendkriminalität/Jugendschutz	49
	Fit for Life	
	– Training sozialer Kompetenz für Jugendliche	51
	Konfliktvermittlung in Ostvorpommern	53
	Kooperation Polizei-Jugendhilfe-Sozialarbeit (PJS)	
	– Ein gemeinsames Projekt der Stadt Nürnberg und der	
	Polizeidirektion Nürnberg	57
	Aktionskonzept „Streetball“	61
	Bau einer Skateranlage	63
	Jugend und Recht	65
	Krisenzentrum beim Albert-Schweitzer-Kinderdorf	
	(ASK) Hanau	69
	Pro Kids	71
	Schulschwänzerinitiative der Polizeidirektion Nürnberg	75
	Schulschwänzerprogramm	77
	Sicherheitspartnerschaft in Eutin	79
	Sport statt Gewalt – Projekt des Bundesgrenzschutzes –	81
	Sportvereine gegen Jugendkriminalität	
	– Präventionspreis 2000 der Landespolizei	

Inhaltsverzeichnis

	Mecklenburg-Vorpommern in Zusammenarbeit mit der Sportjugend des Landessportbundes	
	Mecklenburg-Vorpommern	83
	Strandfetenreform	87
	Wenn du klaust, bist du dabei!?	89
	Aktionsprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C)	91
	Jugendstation	93
	Straßenfußball für Toleranz	95
5	Themenbereich Kinder/Primärprävention	97
	Future for all	
	– ein Schulprojekt für Hoffnung und Lebensfreude	99
	Sozialtraining in der Schule	101
	Puppenbühne der Polizeidirektion Weiden i. d. Opf.	103
6	Themenbereich Nachbarschaft/Wohnumfeld	105
	Sport mit Aussiedlern	107
	Schutzhütte	111
7	Themenbereich Opferhilfe/Opferschutz	113
	Arbeitsbereich „Sekten/Okkultismus“ im Polizeipräsidium München	115
	Polizeiliche Opferberatung beim Polizeipräsidium Rheinpfalz	117
8	Themenbereich Sexueller Missbrauch	121
	Keine Gewalt gegen Kinder – Ein Verhaltenstraining für Kinder im Grundschulalter –	123
	Bekämpfung des Sextourismus mit Kindesmissbrauch in der Tschechischen Republik – (KISS)	125
	Informationsbroschüre „Gemeinsam gegen Kinderprostitution, Sextourismus und Kinderpornografie“	127
	Projekt „Bull-Kids“	131
	Spot gegen die sexuelle Ausbeutung von Mädchen und Jungen im Tourismus	133
9	Themenbereich Sicherheitsgefühl	135
	Konzeption zum Einsatz von Sicherheitsmobilen	137
	Projekt „Polizei und Bürger – Gemeinsam für Sicherheit“	139
10	Themenbereich Städtebauliche Prävention	143
	Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die soziale Stadt	145

Inhaltsverzeichnis

11	Themenbereich Straftaten gegen Frauen	149
	Wissenschaftliche Begleitung Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt (WiBIG)	151
	Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	153
12	Themenbereich Straftaten gegen Senioren	155
	Gewalt gegen Ältere im persönlichen Nahraum	157
	Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojektes „Gewalt gegen Ältere im persönlichen Nahraum“	159
13	Themenbereich Zeugen- und Helferverhalten	161
	Bürgermut 2000	
	Bedingungen, die Hilfeverhalten begünstigen	163
	Wer nichts tut, macht mit	165
14	Themenbereich Sonstiges	167
	Findelbaby	169
	Netzwerk „Innere Sicherheit“ in Bremen	173
	Präventionspreis der Polizei	175
15	Themenbereich Institutionen mit fester Themenzuschreibung	179
	Informationszentrum Kindesmisshandlung / Kindesvernachlässigung (IKK)	181
16	Anhang	185
	Alphabetisches Projektverzeichnis	187
	Dienststellenverzeichnis	191
	Mitglieder der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention	193
	Landespräventionsräte/-gremien	195
	Stichwortverzeichnis	199



Themenbereich

Drogen/Sucht

Suchtvorbeugung in Kindertagesstätten

Organisation

Das Projekt wurde 1996/1997 in Rheinland-Pfalz auf Initiative und mit finanzieller Förderung des Ministeriums für Kultur, Jugend, Familie und Frauen durchgeführt. Beteiligt waren

- die katholischen Kindergärten St. Suitbertus in Rheinbrohl und „Rappelkiste“ in Waldbreitbach sowie die evangelische Kindertagesstätte in Westerbürg,
- Fachkräfte im Landesfachkräfteprogramm Suchtvorbeugung (Diakonisches Werk Westerbürg und psychosoziale Beratungsstelle des Caritasverbandes in Neuwied),
- die Fachhochschule Koblenz zur wissenschaftlichen Begleitung und
- das Büro für Suchtprävention der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. (LZG).

Konzeptioneller Ansatz

Zentrales Anliegen des Projektes war es, die Entwicklung eines gesundheitsfördernden und suchtvorbeugenden Prozesses in Kindertagesstätten zu fördern. Die über einen längeren Zeitraum hinweg kontinuierliche Beschäftigung mit Fragen der Gesundheitsförderung und Suchtvorbeugung in den Einrichtungen sollte dazu beitragen, die Sensibilität gegenüber dem Thema zu erhöhen, gesundheitsfördernde und suchtvorbeugende Aspekte im pädagogischen Alltag stärker zu berücksichtigen und so Alltagshandeln qualitativ weiterzuentwickeln.

Dreh- und Angelpunkt einer solchen Entwicklung sind die Erzieherinnen bzw. das Team. Wichtige Ziele im Hinblick auf die Erzieherinnen waren deshalb:

- sich mit Fragen der Suchtentstehung und -vorbeugung fachlich und persönlich auseinanderzusetzen,
- den pädagogischen Alltag unter gesundheitsfördernden und suchtvorbeugenden Aspekten zu reflektieren,
- dem jeweiligen Entwicklungsstand der Einrichtung / der Gruppe entsprechende situationsgerechte Übungen und Materialien zur Suchtvorbeugung zu entwickeln und zu erproben und
- auf eine kontinuierliche und langfristige Integration gesundheitsfördernder und suchtvorbeugender Elemente in den pädagogischen Alltag zu achten.

Drogen/Sucht

Eine beratende Rolle haben in diesem Kontext die Präventionsfachkräfte der örtlichen Suchtberatungsstellen übernommen.

Bezogen auf die Kinder als zentraler Zielgruppe des Projektes lagen die Ziele in der Stärkung

- eines realistischen Selbstbildes/des Selbstwertgefühls,
- der Selbständigkeit/Eigenaktivität,
- der Beziehungs- und Konfliktfähigkeit,
- der Genuss- und Erlebnisfähigkeit,
- eines angemessenen Umgangs mit Gefühlen sowie
- bedürfnisgerechter Alternativen zu kindlichen Konsumhaltungen.

Sachstand/Ergebnisse

Die Projektkonzeption wurde mit allen Beteiligten abgestimmt. Die Eltern wurden über das Projekt informiert und stimmten der Durchführung zu. Im späteren Verlauf wurden sie in unterschiedlicher Form in das Projekt integriert (u. a. Informationen durch Elternbriefe, Elternabende oder Beteiligung an Aktionen wie z. B. Improvisationstheater für Eltern und Kinder).

Für die Projektumsetzung wurde ein Zeitraum von zwei Jahren veranschlagt. Die ersten drei Halbjahre dienten der praktischen Arbeit in den Kindertagesstätten. Die Einrichtungen wählten pro Halbjahr ein für sie relevantes Thema der Suchtvorbeugung aus, wobei eines der Themen suchtspezifisch sein musste. Gewählt wurden die Themen „Umgang mit Konflikten“, „Förderung der Kreativität“ und „Beschäftigung mit Konsumverhalten von Kindern am Beispiel Spielzeug“.

Zur tieferen Auseinandersetzung mit der jeweiligen Thematik und zur Entwicklung erster Umsetzungsideen fand zu Beginn jedes Halbjahres ein zweitägiges Seminar statt, an dem nach Möglichkeit eine Erzieherin pro Gruppe und die Leiterin der Kindertagesstätte sowie die beiden Präventionsfachkräfte und die Fachkraft des Büros für Suchtprävention teilnahmen. Die Seminarerfahrungen wurden anschließend ins Gesamtteam transferiert. Es erfolgte die Planung im Team und die Umsetzung der Ideen in den Einrichtungen. Zum Ende eines jeden Halbjahres erfolgte ein Auswertungsseminar.

Das letzte Halbjahr des Projektes diente der Dokumentation der Praxiserfahrungen und der Vorbereitung des Transfers in andere Einrichtungen (Anschlussprojekte). Dies erfolgte ab Herbst 1997 für die jeweilige Region durch die Präventionsfachkräfte und auf Landesebene durch das Büro für Suchtprävention der LZG. Engagiert unterstützt wurde der Transfer durch die Kindertagesstätten.

Zentrale Projekterfahrungen:

Die Erzieherinnen berichteten, dass im Verlauf des Projektes Suchtvorbeugung für sie ganz allmählich ein immer klareres Profil gewonnen habe. Sie gaben an, ein differenzierteres Verständnis von Sucht/ -entstehung entwickelt zu haben und mehr über Suchtgefährdung/ Ressourcenförderung zu wissen.

Im Hinblick auf die Kinder hoben die Erzieherinnen im Rückblick auf das Gesamtprojekt folgende Entwicklungen hervor:

- für sie z. T. beeindruckende Entwicklungsschritte einzelner Kinder,
- eine insgesamt vertrauensvollere und offenerere Atmosphäre unter den Kindern,
- gewachsene Selbständigkeit (Kinder werden stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden, übernehmen mehr Eigenverantwortung, die Kinder helfen sich stärker untereinander und regeln Alltagskonflikte selbständiger),
- Intensivierung der Arbeit am Thema „Gefühle“ (stärkere Beachtung von Gefühlen, breiteres Ausdrucksspektrum für unterschiedliche Gefühle),
- die Erweiterung des kreativen Angebots und Unterstützung der Entdeckerfreude von Kindern (z. B. im Umgang mit sinnlichen Materialien, phantasiereicherer Umgang mit Alltags- und Naturmaterialien, mehr Raum für eigene Gestaltungsideen der Kinder),
- Beobachtung erhöhter Konzentration und Ausdauer auf eine Spieltätigkeit sowie bessere Nutzung der in einem Material angelegten Spielvariablen parallel zur Reduktion des Spielzeugangebotes im Konsens mit den Kindern.

Im Hinblick auf die Elternarbeit zeigten sich die Erzieherinnen zufrieden mit:

- gewachsenem Vertrauen,
- dem Erproben neuer ungewöhnlicher Formen der Elternarbeit,
- der Entwicklung von Angeboten, die die Eltern dauerhaft nutzen,
- der Integration von Eltern z. T. bereits in der Vorbereitung und Planung einzelner Projektphasen.

Als schwierig erwies sich die Bearbeitung suchtspezifischer Themenstellungen mit den Eltern.

Alle Einrichtungen stimmten darin überein, dass die Zusammenarbeit im Team und auch die Bereitschaft zur konstruktiven Auseinandersetzung im Team wesentlich zum Erfolg des Projektes beitrug. Als förderlich für den Projektverlauf wurden genannt:

- die Zusammenarbeit im Team,
- die Unterstützung durch die Leiterin,

Drogen/Sucht

- die fachliche Begleitung,
- die Seminare,
- die überschaubare Teilnehmerzahl des Gesamtprojektes und
- die Atmosphäre.

Als hemmend wurden vor allem die Rahmenbedingungen genannt (z. B. Überlastung, Zeitdruck, Umstrukturierung parallel zur Durchführung des Projektes).

Auf Basis aller (hier im Einzelnen aus Raumgründen nicht darstellbaren) Projekt- und Transfererfahrungen wurde 1999 nachfolgende Materialsammlung entwickelt:

„Suchtvorbeugung in Kindertagesstätten. Beispiele aus der Praxis. Eine Projektdokumentation“. Hg.: Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V., LZG-Schriftenreihe Nr. 55.

Weitere Informationen

Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. (LZG),
Büro für Suchtprävention, Karmeliterplatz 3, 55116 Mainz

Fit, Fröhlich, Kreativ – Suchtprävention einmal anders

Organisation

Eine gemeinsame Projektwoche zum Thema „Sucht und Abhängigkeit“ führten in der Zeit vom 10. 04. 2000 bis 14. 04. 2000 die Hauptschule Pirk im Landkreis Neustadt/WN und die Polizeidirektion Weiden i. d.Opf. durch.

Als Projektleiter agierte ein Polizeibeamter der Kriminalpolizeiinspektion (KPI) Weiden i. d.Opf. und ein Lehramtsanwärter bei der Hauptschule Pirk. Beteiligt bzw. eingebunden waren zudem der zuständige Jugendkontaktbeamte der Polizeidirektion Weiden i. d.Opf., die Klassenleiter der teilnehmenden Schulklassen, die Hauswirtschaftslehrerin der Schule, das Gesundheitsamt Neustadt/WN, ein praktischer Arzt aus Pirk sowie die Barmer Ersatzkasse mit einer Plakatausstellung.

Finanziert wurde das Projekt aus Eigenmitteln von Schule und Polizei. Vom Gesundheitsamt wurde der Teil „Gesundes Pausenbrot“ und Saftbar übernommen.

Konzeptioneller Ansatz

Ziel war, die Suchtprävention nicht auf eine einzelne Veranstaltung zu beschränken, sondern die Jugendlichen einen längeren Zeitraum mit dem Thema zu beschäftigen. Ferner sollte durch die verschiedenen Vortragsarten und Moderationstechniken (Gruppenarbeit, Kartenabfrage, Flip Charts u. a.) eine intensive Aufarbeitung der Materie erreicht werden.

Zielgruppe waren die Klassen 8 a und 8 b der Hauptschule. Ferner wurden in einigen Teilen, u. a. Jugendschutz, Rauchen, gesunde Ernährung, auch die beiden Klassen 7 a und 7 b mit einbezogen.

Begleitet wurde das Projekt von einer Plakataktion. Die beiden achten Klassen wurden zu Beginn der Woche in Kleingruppen eingeteilt, die überwiegend in den 5. und 6. Stunden jedes Tages die Möglichkeit erhielten, ihre Gedanken zum Thema Sucht in einem Bild zu illustrieren. Zum Abschluss der Woche mussten dann diese Gruppen ihre Arbeiten der Öffentlichkeit, sprich Mitschülern, Lehrerkollegium, Ehrengästen und Presse vorstellen.

Eine gute Übung zur Stärkung von Persönlichkeit und Selbstwertgefühl. Der künstlerische Aspekt stand klar im Hintergrund, wurde aber gerade von den Schülern nie aus dem Auge verloren.

Drogen/Sucht

Sachstand/Ergebnisse

Das gebotene Programm wurde von den Schülern überraschend gut aufgenommen. Trotz vorheriger Bedenken einiger Lehrkräfte beteiligten sich die Schüler überwiegend sehr gut am Projekt. Lediglich bei einem Vortrag über die gesundheitlichen Gefahren von Drogen kam etwas Unruhe auf. Hier wurde ersichtlich, dass die Schüler bei reinen Vorträgen im Gegensatz zu einer aktiven Einbindung in Gruppenarbeiten oder Diskussionen schnell an Konzentration verlieren.

Gut angekommen ist auch die geschlechtsspezifische Suchtprävention am ersten Tag. Großen Diskussionsbedarf hatten alle Jugendlichen beim Thema Jugendschutz.

Insbesondere bei der Diskussion um dessen Sinn wurden von den Schülern klar ihre Standpunkte vertreten und die Forderung nach mehr Angebot formuliert.

Die Präsentation der Plakate durch die Schülerinnen und Schüler diene dazu, das Arbeitsergebnis einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen, sollte aber auch nochmals den Jugendlichen einen sog. „KICK“ bringen. Das freie Reden vor Publikum, die Anwesenheit der Presse und die erwartungsvollen Blicke der Mitschüler waren eine echte Herausforderung.

Die vorgestellten Plakate boten aber auch den Besuchern etwas Neues, da für viele das Thema Sucht nur mit illegalen Drogen besetzt ist. Ihnen wurde hier eine ganz andere, überraschende Art von Bildern präsentiert.

Weitere Informationen

Polizeidirektion Weiden i.d.Opf., Regensburger Str. 52, 92637 Weiden i. d.Opf.

Internet:

<http://www.polizei.bayern.de/ppnopf/pdweiden/organisation/puppen.htm>

Ich bin mir selbst Droge genug – Ein Slogan wird Programm

Organisation

Basierend auf dem Drogenpräventionsslogan „Sei Dir selbst Droge genug“ des Polizeipräsidiums München startete das Polizeipräsidium Schwaben für den eigenen Zuständigkeitsbereich mit dem Slogan „Ich bin mir selbst Droge genug“ eine neue Initiative im Bereich der polizeilichen Drogenprävention.

In Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidium Schwaben konzipierte das Bayerische Landeskriminalamt (BLKA) daraus ein Themenpaket (Konzeption, Leitfaden, Faltblatt, Werbeträger), mit dessen Hilfe der neue Slogan von den in der polizeilichen Drogenprävention tätigen Beamten bayernweit umgesetzt werden kann.

Dabei soll unter Einbindung möglichst vieler gesellschaftlicher Kräfte (Schulen, Vereine etc.) versucht werden, diesen Slogan bzw. die Abwandlung „Wir sind uns selbst Droge genug“ zum Leitmotiv für Jugendliche und Heranwachsende zu machen.

Der Projektzeitraum (vier bis fünf) ist langfristig angesetzt, um den angestrebten Verhaltensänderungen eine realistische Basis zu bieten.

Konzeptioneller Ansatz

Mit dem Slogan „Ich bin mir selbst Droge genug“ wird an das Selbstbewusstsein und die eigene Stärke der Zielgruppe appelliert. Die Jugendlichen und Heranwachsenden sollen erkennen, dass jeder die Fähigkeiten und das Potenzial hat, die subjektiv empfundenen Drogenwirkungen (z. B. „geil sein, stark sein, schmerzfrei sein“) mit eigenen Mitteln und aus eigenem Antrieb zu erreichen.

Für die polizeiliche Drogenprävention bietet sich der Slogan u. a. aus der Eindeutigkeit der Aussage sowie des Wortwitzes, der zum Nachdenken anregt an. Der Spruch ist weder langweilig noch provokant, sodass sich eine breite Mehrheit damit identifizieren kann. Durch die Ich-Bezogenheit ist der Träger eines T-Shirts, Caps o. ä. dazu aufgefordert, sich mit dem Slogan auseinander zu setzen. Dies hat auch Signalwirkung für Andere, insbesondere in der Peer-Group. Es bietet sich die Möglichkeit der Einbeziehung von Sympathieträgern (z. B. prominenter Sportler) als „Werbeträger“ an.

Der Spruch eignet sich als „Aufhänger“ für Drogenpräventionsmaßnahmen, insbesondere an Schulen.

Drogen/Sucht

Durch die Identifizierung mit der eigenen Persönlichkeit soll die Resistenz gegenüber äußeren Einflüssen, wie z. B. dem Missbrauch leistungssteigernder oder psychodelischer Substanzen erhöht werden.

Bei einem Pre-Test wurde der Slogan und die dazugehörigen Werbeträger (T-Shirt, Cap, Handtuch und Duschtuch) Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 17 Jahren gezeigt. Über 70% der Befragten sprachen sich dabei positiv aus.

Der Entwurf eines Faltblattes wurde Schülern in einer 8. und einer 10. Klasse eines Münchener Gymnasiums vorgestellt. Die Reaktionen der Schüler auf das Faltblatt waren ebenfalls überwiegend positiv.

Sachstand/Ergebnisse

Für eine zielgruppenorientierte und effektive Umsetzung des Slogans bieten sich folgende Möglichkeiten an:

- Einbindung des Themenpaketes in Vorträge von Drogenpräventionsbeamten
- Durchführung von Projekttagen und Ideenwettbewerben an Schulen
- Einbindung in den Sportunterricht, Anbindung an sportbezogene Aktionen
- Polizeiliche Präventionsaktivitäten (z. B. Infostände, Messeveranstaltungen)
- Einbindung in Aktionen von örtlichen Suchtarbeitskreisen und schulischen Institutionen wie Elternbeiräten
- Imagekampagnen mit Personen des öffentlichen Lebens (z. B. prominente Sportler), die ein drogenfreies Leben vertreten und dadurch Vorbildfunktion haben
- Veröffentlichungen in Medien (z. B. Fotos mit Textunterschriften als Insetrate bzw. Fülleranzeigen)

Die Konzeption zur bayernweiten Umsetzung des Drogenpräventionslogans, der Leitfaden zur Gestaltung eines Präventionsvortrages, 500 Faltblätter sowie jeweils ein T-Shirt, Cap und PC-Mousepad wurde den Polizeidirektionen vom BLKA zur Verfügung gestellt.

Der durch das BLKA, SG 133, erstellte „Leitfaden“ gibt den örtlich zuständigen Präventionsbeamten dabei Tipps und Anregungen für eine wirkungsvolle Umsetzung des Slogans im Rahmen von Präventionsvorträgen vor Jugendlichen bzw. Schülern im Alter von 13 bis 17 Jahren.

Mit Hilfe des themenbezogenen Faltblattes können der Zielgruppe die Inhalte des Slogans näher gebracht und die Jugendlichen zum Nachdenken angeregt

werden. Auf den dadurch in Gang gesetzten Diskussionsprozess kann die Polizei dann konkret eingehen und ihre Präventionsmaßnahmen abstimmen.

Entscheidende Bedeutung für die Akzeptanz des Slogans bei den Schülerinnen und Schülern kommt der Einbindung des Lehrpersonals bei der Vor- und Nachbereitung des Themas im Unterricht zu.

Für die Entwicklung des neuen Drogenpräventionslogans „Ich bin mir selbst Droge genug“ war es möglich, die Prototypen der dazugehörigen Streumittel im Zuge der 1. Internationalen Jugend- und Erlebnismesse „Young Planet“ vom 23.07.–25.07.99 in der Olympiahalle in München einem Pre-Test mit der Zielgruppe zu unterziehen. Eine Schaufensterpuppe, bekleidet mit einem T-Shirt und einem Cap mit dem Aufdruck „Ich bin mir selbst Droge genug“ war im Messestand ausgestellt. Daneben trugen die eingesetzten Mitarbeiter der Verhaltensorientierten Prävention des BLKA die Produkte teilweise selbst.

Die Messebesucher waren im Zusammenhang mit der Teilnahme am Preisausschreiben aufgefordert, das T-Shirt sowie das Cap mit genannten Slogan zu bewerten.

Die Auswertung ergab, dass 76% der Befragten das Produkt tragen würden.

Weitere Informationen

Bayerisches Landeskriminalamt, Sachgebiet 133–Verhaltensorientierte Prävention, Maillingerstr. 15, 80636 München

Internet: <http://www.polizei.bayern.de>

e-mail: blka@polizei.bayern.de

Themenbereich Eigentumskriminalität

Konzeption Taschendiebstahl – Polizeipräsidium Karlsruhe –

Organisation

Im Rahmen des Projektes „Karlsruhe zeigt Verantwortung – Sicherheit in der Stadt“ wurde eine Arbeitsgruppe Laden-/Taschendiebstahl unter Federführung des Polizeireviers Karlsruhe-Marktplatz und des Amts für Wirtschaftsförderung der Stadt Karlsruhe gebildet. Durch vielfältige Maßnahmen soll die Eigentumskriminalität – vorwiegend in der Innenstadt – reduziert werden.

Die Maßnahmen werden sowohl aus städtischen Mitteln, als auch durch die Karlsruher Geschäftswelt und den Förderverein „Sicheres Karlsruhe e. V.“ finanziert.

Konzeptioneller Ansatz

Ziel der Maßnahmen ist die Reduzierung der Taschendiebstähle durch zielgruppenorientierte Arbeit, einerseits täterorientiert, andererseits durch Aufklärung und Schulung bei potentiellen Geschädigten sowie bei Geschäftsleitung und Personal im Einzelhandel.

Die Fahndungsgruppe „Taschendiebstahl“, bestehend aus besonders geschulten Zivilfahndungskräften, ergänzt mit uniformierten Präsenzkraften, wird zeitlich und örtlich eng am Lagebild orientiert eingesetzt. Ziel ist die beweiskräftige Festnahme von Taschendieben auf frischer Tat. Durch einen permanenten Kontrolldruck bei verdächtigen Personen sollen diese von den Taten abgehalten werden. Gleichzeitig sollen durch Aufklärungsarbeit und Bürgergespräche Tatgelegenheiten genommen werden.

Der Einsatz erfolgt in enger Kooperation mit dem Verkaufspersonal und den Kaufhausdetektiven.

Ergänzt wird der Einsatz der Fahndungsgruppe durch eine spezielle Telefonhotline, die im Einzelhandel bekannt gemacht wird und den direkten und schnellen Kontakt des Personals mit den Fahndungskräften ermöglicht.

Neben der Einbeziehung der Verantwortlichen und Beschäftigten des Einzelhandels in die Einsatzkonzeption werden seit 1999 Beschäftigte durch Polizeibeamte geschult. Die Schulungsmaßnahmen umfassen die Themen Entwicklung der Laden- und Taschendiebstahlskriminalität, Tätertypologie, Verhaltensmuster, Feststellung verdächtiger Personen, Schwachstellenanalysen, Wahrnehmung und Wiedergabe, Täterbeschreibung, Einschreitersrechte und Notwehr. Die praxisnahe Gestaltung bewirkt eine hohe Akzeptanz bei den geschulten Beschäftigten.

Eigentumskriminalität

Die Schulungsmaßnahmen wurden auf die Gewerbefachschulen für den Einzelhandel ausgedehnt.

1998 initiierte die Arbeitsgruppe Laden-/Taschendiebstahl einen Plakatwettbewerb zum Thema Taschendiebstahl. Die prämierten Plakatentwürfe von Gewerbeschülern aus Karlsruhe werden unter dem Motto „Sei clever – gib Taschendieben keine Chance“ bzw. „Keine Gelegenheit – kein Diebstahl“ im Einzelhandel, in Banken und im Bereich des ÖPNV ausgehängt. Zweimal jährlich wird ein neues Motiv aufgelegt.

Sachstand/Ergebnisse

Das Gesamtkonzept hat durch die Zusammenarbeit aller Partner im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention (Polizei, Kommune, Geschäftsleitungen und Personal des Einzelhandels, Industrie- und Handelskammer, Mitglieder des Arbeitskreises „Laden-/Taschendiebstahl“, Medien) einen Weg aufgezeigt, mit dem die Diebstahlskriminalität als Teil der Straßenskriminalität in der Innenstadt einer Großstadt angegangen werden kann.

Gerade während der Einsatzzeiten der Fahndungsgruppe zeigt sich ein zweiter Aspekt der mit weiteren begleitenden Maßnahmen der Kommunalen Kriminalprävention ausgeweitet werden kann. Neben den Fallzahlen des Taschendiebstahls ging auch die Zahl der Ladendiebstähle und Diebstähle aus Verkaufsräumen zurück. Eine Erklärung hierfür ist die starke Präsenz von Polizeibeamten, die gezielt den potentiellen Täterkreis observieren und mit Kontrollen für Verunsicherung sorgen, sowie die gesteigerte Aufmerksamkeit des Verkaufspersonals, das eng mit den eingesetzten Polizeikräften kooperiert. Positiver Nebeneffekt sind Rückgänge im Bereich der übrigen Straßenskriminalität sowie der Ordnungsstörungen in der Fußgängerzone.

Die Statistik zeigt beim Taschendiebstahl eindeutige Rückgänge der Fallzahlen, sowohl im langfristigen Vergleich, als auch zu den mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit verbundenen Einsatzzeiten der Fahndungsgruppe. Die Fallzahlen konnten gegenüber 1996/1997 um mehr als 50% reduziert werden.

Durch eine Vortragsreihe soll nun die Bevölkerung ebenfalls sensibilisiert und eine Verhaltensänderung herbeigeführt werden. In Vorträgen im Rathaus Karlsruhe, aber auch in Hausfrauenvereinigungen, Senioreneinrichtungen, Bürgervereinen u. v. a. wird wieder die Vorgehensweise der Täter geschildert und Verhaltenstipps mitgeteilt.

Im Internet wird sowohl auf der Seite des Polizeipräsidiums Karlsruhe als auch bei der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe auf die Möglichkeit der kostenlosen Verpflichtung von Referenten des Polizeipräsidiums Karlsruhe hingewiesen.

Weitere Informationen

- Polizeipräsidium Karlsruhe, Polizeirevier Karlsruhe-Marktplatz, Karl-Friedrich-Straße 15, 76133 Karlsruhe
e-mail: prev.marktplatz@ppka.bwl.de
- Förderverein „Sicheres Karlsruhe“ e. V., Steinhäuserstraße 22, 76135 Karlsruhe
Internet: www.sicheres.karlsruhe.de
e-mail: sicheres.karlsruhe@t-online.de
- Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, Lammstraße 13–17, 76133 Karlsruhe
Internet: <http://www.ihk.de/karlsruhe>
e-mail: info@karlsruhe.ihk.de

Schwerpunkteinsatz zur Bekämpfung der Taschendiebstahlskriminalität

Organisation

Während der Sommerferien 2000 führte das Bundesgrenzschutzamt Berlin zwei Schwerpunkteinsätze zur Bekämpfung der Taschendiebstahlskriminalität im Zuständigkeitsbereich durch.

Beteiligt waren Beamte der Bundesgrenzschutzinspektion Berlin VB und des Bundesgrenzschutzamtes Blumberg neben den originär zuständigen Polizeivollzugsbeamten der Bundesgrenzschutzinspektionen Berlin-Ostbahnhof und Berlin Bahnhof Zoo.

Konzeptioneller Ansatz

Ziel der Einsätze waren:

- deutliche polizeiliche Präsenz, insbesondere an den Bahnhöfen mit über dem Durchschnitt liegender Taschendiebstahlskriminalität,
- bürgernahe Präventionsmaßnahmen mit hierfür geschulten Beamten, unter Einbeziehung von dazu eigens entwickeltem Präventionsmaterial,
- Einsatz von Mobilien Fahndungseinheiten (MFE) und speziell fortgebildeten Tatortbeobachtern der Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft (BFH) des Bundesgrenzschutzamtes Blumberg für konzentrierte Fahndungsmaßnahmen
- intensive Zusammenarbeit und Koordination der Einsätze mit den jeweiligen Bundesgrenzschutzinspektionen, dem zuständigen LKA 4215 und dem Landespolizeischutzamt (LSA) des Landes Berlin,

um möglichst flächendeckend, öffentlichkeits- und medienwirksam auf die Problematik der o. g. Kriminalität hinzuweisen, sowie durch gezielte Fahndungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit den o. a. BOS polizeilich beweissichere Festnahmen von Tatverdächtigen verzeichnen zu können und ein gemeinsames Lagebild „Taschendiebstahl in Berlin“ zu erhalten.

Nach Auswertung des Lagebildes „Taschendiebstahl“, insbesondere für den Zeitraum der letztjährigen Sommerferien, wurden für die beiden Schwerpunktreisewochenenden die jeweiligen Einsätze geplant.

Das hinlänglich bekannte Opfer- und Täterverhalten sowie die Beziehung zueinander wurde aufgrund eigener Erfahrungen und mittels Literaturrecherchen hauptsächlich von der Bundesgrenzschutzdirektion und dem Landeskriminalamt Berlin ausgewertet und anlassbezogen umgesetzt.

Eigentumskriminalität

Die Benutzer der Bahn sollten offensiv und gezielt informiert werden, um ihnen darzustellen, wie wichtig ihr eigener Beitrag zur Verhinderung, zumindest jedoch zur Erschwerung der Taschendiebstahlskriminalität sein kann. Das erfolgte durch die Einrichtung von Informationsständen, das aktive Ansprechen der Reisenden, das Verteilen und Erläutern von Informationsmaterial sowie durch gezielte Gespräche mit Betroffenen bei erkanntem „Fehlverhalten“.

Ferner wurde Informationsmaterial an den Service-Punkten der Deutschen Bahn AG zur Auslage gebracht sowie ein modifiziertes Opferschutzblatt zur Ausgabe an Opfer von Taschendiebstählen in den jeweiligen Bundesgrenzschutzinspektionen zugänglich gemacht, um den Tätern die Begehung weiterer Straftaten (Scheckkartenbetrug, missbräuchliche Benutzung von Mobiltelefonen, Einbruchdiebstahl, etc.) zu erschweren bzw. unmöglich zu machen.

Die massive polizeiliche Präsenz, speziell während der Hauptverkehrszeit, sollte die Tatmöglichkeiten der Täter einschränken und, wenn möglich, die Täter aus dem Zuständigkeitsbereich des BGS heraus in ihre „Rückzugsgebiete“ verdrängen. Hier übernahmen die Kolleginnen und Kollegen des LKA/der LSA die (bekannten) Täter.

Durch den Einsatz von Zivilkräften wurde ferner in den Schwerpunktbahnhöfen aber auch in den dislozierten Einsatzabschnitten intensiv nach Taschendieben gefahndet.

Durch dieses lückenlose Zusammenspiel von Prävention und Repression konnte ein relativ umfangreiches Bewegungsbild der einzelnen Täter/-gruppen erfasst werden.

Folglich können zukünftige Projekte gezielt und mit bedarfsgerechtem Personaleinsatz bewältigt werden.

Die zur Abrundung des Präventionseinsatzes zu leistende Öffentlichkeitsarbeit erfolgte durch die Abteilung „ÖP“ des Bundesgrenzschutzamtes Berlin.

Sachstand/Ergebnisse

- Präventiv:

Bei den Benutzern der Bahn sowie in der weiteren Öffentlichkeit wurden die Projekte äußerst positiv angenommen. Insbesondere das gezielte und freundliche Ansprechen der Betroffenen durch die eingesetzten Beamten stieß auf eine gute Resonanz.

- Repressiv:

Die Projekte haben nach Auswertung durch die BGSI VB/B zu zahlreichen Festnahmen und eingeleiteten Strafverfahren geführt. Insbesondere gegen

Eigentumskriminalität

den „harten Kern“ der Berliner Taschendiebstahlszene konnten einige erfolgreiche Verfahren initiiert werden.

- **Perspektive:**

Es ist geplant, derartige Projekte/Einsätze während der Adventszeit des Jahres 2000 wieder durchzuführen. Generell sollen solche Einsätze zukünftig während der Schwerpunktzeiten (Ferienzeiten, verkaufslange Wochenenden und besondere Anlässe) durchgeführt werden.

Weitere Informationen

Bundesgrenzschutzamt Berlin, Bundesgrenzschutzinspektion VB, Schnellerstraße 139 a, 12439 Berlin

Themenbereich Gewalt

Anti-Gewalt-Training (Umgang mit Aggression und Gewalt im öffentlichen Raum)

Organisation

Die Initiative Schutz vor Kriminalität e. V. (ISVK) ist ein auf Bundesebene wirkender gemeinnütziger Verein zur Förderung der Verbrechenverhütung und -aufklärung. Für die Ziele des Vereins stehen Mitgliedsbeiträge, Spenden und Bußgeldzuweisungen der Gerichte zur Verfügung. Der Verein führt seit 1993 bundesweit Anti-Gewalt-Trainings durch.

Die Trainings und Seminare für Behörden, Institutionen, für die Wirtschaft und Einzelpersonen werden aus Seminargebühren finanziert. Für einkommensschwache oder mittellose Seminarteilnehmer oder für Anti-Gewalt-Trainings von genereller Bedeutung werden die Kosten aus Spenden und Bußgeldzuweisungen der Gerichte finanziert.

Die ISVK kooperiert mit dem Programm der Berliner Polizei zur Verhütung von Gewalt (Anti-Gewalt-Projekt) beim Landeskriminalamt, Referat Vorbeugung, mit schulischen Bildungseinrichtungen in und außerhalb Berlins und der dolife AG -Schulungszentrum für Sicherheit.

Die Dozenten und Trainer verfügen über abgeschlossene Studien und/oder mehrjährige Berufserfahrungen in den Bereichen Psychologie, Pädagogik, Rhetorik und Kommunikation, Sozialpädagogik oder Kriminalistik.

Konzeptioneller Ansatz

Patentrezepte für den Umgang mit Gewalt und Aggression gibt es nicht. Ziel des Seminars ist es daher, durch die Erweiterung der eigenen Handlungskompetenzen und Verhaltensalternativen mehr Sicherheit im Umgang mit Aggression und Gewalt zu gewinnen. Diese Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls soll es den Teilnehmenden ermöglichen, in der aktuellen Situation den lähmenden Faktor „Angst“ zu überwinden, um sich selbst zu helfen oder anderen, die sich in einer bedrohlichen Situation befinden, effektiv beistehen zu können.

Die Trainings und Seminare der ISVK richten sich sowohl an männliche und weibliche Jugendliche, Heranwachsende und Erwachsene, die sich in präventionsrelevanter Hinsicht vor der alltäglichen öffentlich sichtbaren Gewalt und Kriminalität schützen wollen oder Hilfestellung zur Verarbeitung erlebter krimineller Angriffe benötigen. Darüber hinaus finden bundesweit „train-the-trainer-Seminare“ statt.

Gewalt

Aufbauend auf dem Anti-Gewalt-Projekt der Berliner Polizei (Programm der Berliner Polizei zur Verhütung von Gewalt) stellt sich das Anti-Gewalt-Training der ISVK als Training zur Einschätzung und Abwehr von Gewalt und Kriminalität im öffentlichen Raum und im ÖPNV sowie zur Stärkung der Selbstbehauptung für Frauen und Mädchen bei Angriffen gegen die sexuelle Selbstbestimmung dar. Darüber hinaus wird rationales Handeln zur Förderung der Zivilcourage im Hilfeverhalten vermittelt. Das Anti-Gewalt-Training setzt sich aus einem theoretischen und einem praktischen Teil zusammen.

- Theoretischer Teil:

In dem Training sollen die Ursachen und Erscheinungsformen von sichtbarer – öffentlicher – Gewalt im Alltag thematisiert und die Entwicklung extremer Konfliktsituationen (drohender körperlicher Auseinandersetzungen) bewusst(er) wahrgenommen werden. Was sind in diesem Zusammenhang „Strategien“, was können sie leisten – und wo sind ihre Grenzen? Wie gehe ich selbst mit Aggression um? Wann wirke oder reagiere ich selbst aggressiv? Wie verhalte ich mich in brenzligen Situationen und wie sehen mich die anderen?

Aus einem systemischen Ansatz heraus sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorgegebene und selbst eingebrachte Lösungsansätze kreativ-alternativ weiterentwickeln, um sie dann auch selbst auszuprobieren und für sich passend machen.

In den Anti-Gewalt-Trainings wechseln sich fundierte Theorie, Erfahrungsweitergabe und realitätsnahe Praxis ab. Im Hinblick auf die Erleichterung des Transfers von der Trainingssituation in die Praxis werden zur Vermittlung der Inhalte neben Kurzvorträgen zu relevanten kriminalistisch-kriminologischen und psychologischen Themen insbesondere Methoden des aktiven Lernens sowie realitätsnahe Rollenspiele mit Videofeedback eingesetzt.

- Praktischer Teil des Trainings: (in Zusammenarbeit mit dolife)

Menschen stoßen in der Konfrontation mit Aggression und Gewalt an ihre Bewegungsgrenzen, die sich über Verkrampfungen bis hin zu Schock, Starre und Lähmung auswirken können.

Diese Zeitverzögerung des Reflexes (z. B. über Wahrnehmung durch Sehen und Hören) gilt es zu beschleunigen. Dies geschieht auf der physiologischen Grundlage unterschiedlicher Reiz-Reaktions-Muster.

Körperkraft und Gelenkigkeit sind sekundär.

Der spezielle praktische Teil versetzt die Teilnehmenden in die Lage, eigene Stärken zu erkennen und auszubauen, Schwächen oder Grenzen – seien es motorische oder sinnliche – wahrzunehmen und sukzessive aufzulösen.

- Inhalte:
 - Schnelles und leichtes Erlernen des dolife – Verteidigungssystems
 - Deeskalierender Körpereinsatz in Konfliktsituationen
 - Schulung der Wahrnehmung auf Distanzverletzungen
 - Effektives Bewegen bei körperlichen Angriffen
- Praxisnutzen:
 - Grenzen und Möglichkeiten der Verteidigung besser zu reflektieren
 - Selbstsicherer aufzutreten (Anti-Opfer-Signale)
 - Beschleunigung der Reaktionszeit bei Übergriffen
 - Umgang mit der eigenen Angst hinsichtlich aggressiver Übergriffe
 - Erlernen von Fähigkeiten der Stressreduktion bei Gefahr

Sachstand/Ergebnisse

Das Konzept der Vermischung polizeilicher und außerpolizeilicher Gewalt- und Kriminalprävention hat sich bewährt. Von den Teilnehmenden am Anti-Gewalt-Projekt der Berliner Polizei nahmen ca. 10% an den Anti-Gewalt-Trainings der ISVK teil.

Bundesweit wurden die Anti-Gewalt-Trainings in den vergangenen sechs Jahren mit ca. 20.000 DM unterstützt. Gerade die Vermittlung deeskalierenden, gewaltfreien und unbewaffneten Widerstandes gegen Gewalt und Kriminalität, hat zu einer bundesweiten Nachfrage auch in der Lehrerfortbildung und der Multiplikatoren-schulung geführt. Darüber hinaus haben Presse, Funk und Fernsehen in Abständen seit sechs Jahren über die Trainings der ISVK berichtet.

Das Anti-Gewalt-Training wurde 1999 in Berlin extern wissenschaftlich begleitet. Es wurde in einer Vorher-, Nachher- und Langzeitmessung mit 350 U-Bahn-Fahrgästen eine signifikante Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls nachgewiesen.

Die Evaluation wurde 2000 abgeschlossen und liegt als Report in drei Bänden vor.

Veröffentlichungen:

1997 Reinhard Kautz: „Handeln statt wegsehen – Wie wir uns und andere vor Gewalt im Alltag schützen –“, Knaur-Verlag München

Gewalt

Weitere Informationen

- Initiative Schutz vor Kriminalität e. V. (ISVK), Polizeipoststelle LKA 01, Otto-Braun-Str. 27, 10178 Berlin
Internet: <http://www.ISVK.de>
- Der Polizeipräsident in Berlin, Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle (LKA 14), Verhaltensorientierte Gewalt- und Kriminalprävention (Anti-Gewalt-Projekt), Platz der Luftbrücke 6, 12096 Berlin
Internet: <http://www.polizei.berlin.de>
e-mail: vorbeugung@polizei.berlin.de
- dolife AG, Schulungszentrum für Sicherheit, Eisenbahnstraße 64, 10709 Berlin

Cool statt gewalttätig

Organisation

Die Mitarbeiter des im Stadtteil Homburg-Erbach angesiedelten Modellprojekts „Cool statt gewalttätig“ sind mit vielfältigen Ansätzen in den unterschiedlichen Präventionsbereichen tätig. Das Projekt ist durch Mitarbeit in Stadtteilarbeitskreisen, Kooperationen mit Kindergärten, Schulen, Polizei, Einrichtungen der Jugendhilfe sowie Angebot und Finanzierung von Freizeitaktivitäten an der Entwicklung des Stadtteils beteiligt.

Eine Finanzierung erfolgt aus Mitteln des Ministeriums für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales und des Jugendamtes des Saar-Pfalz-Kreises. Innerhalb des Saar-Pfalz-Kreises ist das Angebot kostenlos, im übrigen Saarland werden Kosten abgerechnet.

Konzeptioneller Ansatz

Saarlandweit bietet das Projekt folgende Angebote an:

1. Coolness-Training

Das Coolness-Training ist ein für den Bereich der sekundären Gewaltprävention modifiziertes Anti-Gewalt-Training. Es ist gedacht als Angebot für Gruppen in Schule und Jugendhilfe. Hauptziele sind Minderung der Gewaltbereitschaft, Erkennen des eigenen Beitrags zu Gewaltereignissen, Erwerb gewaltfreier Selbstbehauptungs- und Hilfsstrategien, Stärkung der Opfer. Das Training richtet sich neben gewaltbereiten Kindern und Jugendlichen auch an deren tatsächliche und potentielle Opfer sowie scheinbar unbeteiligte Gruppenmitglieder. Es erstreckt sich über zehn bis zwölf Doppelstunden. Nach Bedarf kann es auch in verkürzter Form (Primärprävention in Kindergarten und Grundschule) durchgeführt werden.

Ähnlich wie das Anti-Gewalt-Training verläuft das Coolness-Training in vier Phasen:

(1) Integrationsphase:

Aufbau von Gruppengefühl und Teilnehmermotivation, Förderung bewusster Wahrnehmung und Akzeptanz der anderen Gruppenmitglieder und deren Bedürfnisse.

(2) Konfrontationsphase:

Wohlvollende Konfrontation mit gewalttätigen bzw. gewaltfördernden und damit inakzeptablen Verhaltensweisen und der Situation der Opfer.

Gewalt

(3) Kompetenzentwicklungsphase:

Entwicklung angemessener Konfliktlösungs- und Selbstbehauptungstechniken, Entwicklung von Möglichkeiten solidarischer Hilfe.

(4) Konsolidierungsphase:

Unterstützung in Konfliktsituationen.

Neben den Methoden des Anti-Gewalt-Trainings werden im Coolness-Training verstärkt Interaktions- und Rollenspiel eingesetzt. Vor der Durchführung eines Trainingskurses durch einen Trainer des Modellprojektes wird es als sinnvoll erachtet, eine Informations- bzw. Fortbildungsveranstaltung für die Mitarbeiter der jeweiligen Einrichtungen durchzuführen. Die Teilnahme eines oder mehrerer Mitarbeiter am Training ist ausdrücklich erwünscht.

2. Anti-Gewalt-Training

Das Anti-Gewalt-Training ist ein Angebot für den Bereich der tertiären Gewaltprävention. Es orientiert sich inhaltlich und methodisch an den von Prof. Jens Weidner und Dr. Michael Heilemann entwickelten Formen des Anti-Aggressivitäts-Trainings und wird von Trainern mit Zusatzqualifikation geleitet. Hauptziele des Trainings sind der bewusste Verzicht auf Gewalt sowie der Erwerb angemessener Selbstbehauptungsstrategien. Das Training richtet sich an jugendliche und heranwachsende Mehrfachgewalttäter. An einer Trainingsgruppe nehmen maximal sechs Klienten teil. Ein Kurs erstreckt sich über 16 drei- bis vierstündige Sitzungen, die durch verbindliche, zusätzliche Termine (z. B. Rechtsmedizin, Psychodrama, Kampfsport) ergänzt werden.

Das Training verläuft in vier Phasen:

(1) Integrationsphase:

Aufbau von Gruppengefühl und Teilnehmermotivation, Erarbeitung der biographischen Entwicklung der Teilnehmer.

(2) Konfrontationsphase (heißer Stuhl):

Konfrontation mit eigenen Gewalttaten, Rechtfertigungsstrategien, Folgen für Opfer und dessen Umfeld, Folgen für Täter und dessen Umfeld, Aggressionsauslösern.

(3) Gewaltreduktions-/Kompetenzentwicklungsphase:

Hinterfragen subkultureller Werte und Normen, Einbeziehung des sozialen Umfeldes, Entwicklung angemessener Konfliktlösungs- und Selbstbehauptungsstrategien.

(4) Konsolidierungsphase:

Beratung und Hilfe in schwierigen Lebenssituationen.

Die Teilnahme am Anti-Gewalt-Training kann durch Zuweisung durch Justiz oder Jugendhilfe, aber auch freiwillig erfolgen. Eignung und Motivation eines Klienten werden in einem Vorgespräch überprüft.

3. Soziales Kompetenztraining

Die freiwillige AG Soziales Kompetenztraining ist ein Angebot an Schulen. Thematisiert werden unerwünschte Verhaltensweisen wie Verstöße gegen Strafrechtsnormen (Diebstahl, Sachbeschädigung, Körperverletzung etc.) sowie Auffälligkeiten während des Schulalltags (Stören des Unterrichts, Hausaufgabenverweigerung, Schule schwänzen etc.). Wichtige Ziele sind Erlernen und Einüben sozial gewünschter Verhaltensweisen, Übernahme von Verantwortlichkeit gegenüber Mitschülern und Schuleigentum, Entwicklung von Konfliktlösungsstrategien, Stärkung des Selbstbewusstseins. Das Training richtet sich grundsätzlich an alle Regelschulen (erweiterte Realschule, Gesamtschule, Gymnasium) der Klassenstufe 5/6. Die Teilnehmerzahl sollte zwölf Kinder nicht überschreiten. Über einen Zeitraum von zwölf Wochen findet wöchentlich ein 90-minütiges Training statt. Der Aufbau der jeweiligen Einheit ist in einem festen Rahmen unterteilt in:

(1) Einleitungsphase:

Spiele zum Aufwärmen und Austoben.

(2) Arbeitsphase:

Aufgriff aktueller Situationen aus dem Schulalltag der vergangenen Woche, die Betreffenden werden damit konfrontiert, Erarbeitung einer Kurseinheit zu einem bestimmten Themenbereich/einer bestimmten Problematik.

(3) Abschlussphase:

Rückmeldung der Kinder, wie Verhaltensänderungen aussehen können.

(4) Ausklang:

Spiele.

Die Kurse werden von einem männlichen Trainer und einer weiblichen Trainerin durchgeführt. Es ist erwünscht, dass auch ein Lehrer an den Teamsitzungen teilnimmt und diese später eigenverantwortlich führt. Weiter ist es sinnvoll, mit der entsprechenden Schule Projektwochen durchzuführen. Für die Lehrer wird die Möglichkeit der Information durch Fortbildung in Form eines pädagogischen Tages angeboten.

4. Präventionsveranstaltungen

Neben verschiedenen Trainingsformen bietet das Modellprojekt „Cool statt gewalttätig“ auch Präventionsveranstaltungen, z. B. in Form von Projekttagen in Schulen an. Ziel solcher Veranstaltungen ist es, die Teilnehmer an eine aktive Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Gewalt heran-

Gewalt

zuführen. In diesem Rahmen sollen sie die unterschiedlichen Dimensionen von Gewalthandeln und die Folgen für die Opfer kennen lernen, Tätermotivationen und den Beitrag scheinbar Unbeteiligter zu Gewaltereignissen erkennen. Die Teilnehmer sollen alternative Handlungsmöglichkeiten, Möglichkeiten solidarischer Hilfe und Hilfsinstitutionen kennen lernen. Neben Vorträgen, Kleingruppenarbeit und Diskussionsrunden können Übungen zu Wahrnehmung und Körpersprache, Interaktions- und Rollenspiel, Übungen zu Deeskalations- und Nothilfe- sowie Selbstbehauptungstechniken eingesetzt werden.

Mögliche Bausteine für Präventionsveranstaltungen sind:

Sich selbst und andere besser verstehen; Gefühle bewusst wahrnehmen, erkennen und ausdrücken; Auslöser für Wut und Aggression erkennen; Wut und Aggression beherrschen und abbauen; Selbstbehauptung bei Hänselei und Beleidigung; Streiten will gelernt sein; Gemeinsam sind wir stark gegen Gewalt; Was geschieht im Jugendstrafverfahren; Bei wem kann ich Hilfe finden, Arbeit von Jugendamt, Polizei, Beratungsstellen.

Sachstand/Ergebnisse

Die Zusammenarbeit zwischen AWO VESPE und dem örtlichen Jugendsachgebiet der Polizei ist vielfältig und hat sich im Laufe der Zeit intensiviert. So erfolgt eine gegenseitige Einbindung in Projektwochen und Veranstaltungen. Insbesondere die sportliche Konfliktlösung als Teil des Coolnesstrainings hat sich bewährt.

Für eine Evaluation des Ansatzes zur Gewaltprävention wurde von der Universität Saarbrücken, Fachbereich Psychologie, Unterstützung signalisiert. Die regionalen Medien haben über das Projekt informiert.

Weitere Informationen

- Polizeiinspektion Homburg, Jugendsachgebiet, Eisenbahnstraße 40, 66424 Homburg
e-mail: 11522106@slpol.de
- Arbeiterwohlfahrt VESPE, (Verbund sozialpädagogischer Einrichtungen), Moselstraße 8, 66424 Homburg
Internet: <http://www.lvsaarland.awo.org>

Entwicklung eines Präventionskonzeptes zu Gewalt gegen Lesben

Organisation

Das Projekt „Entwicklung eines Präventionskonzeptes zu Gewalt gegen Lesben“ wird in der Zeit von November 1999 bis November 2003 durchgeführt. Die Projektarbeit wird mit einem Personalbestand von 2 ½ Stellen umgesetzt. Als Kooperationspartner sind die

- Lesbenberatung e. V. Berlin
- Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen
- Stadt Amsterdam
- Stadt Frankfurt
- SOLA London
- Sappho b'dire, Brüssel

an der Projektarbeit beteiligt.

Die Finanzierung erfolgt über Mittel der Europäischen Kommission sowie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Eine externe wissenschaftliche Begleitung wird von der Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Frauenforschung e. V., eine interne Evaluation wird durch die Projektleiterin durchgeführt.

Konzeptioneller Ansatz

Ziel ist die Systematisierung und Standardisierung von Projektarbeit, die auf die Problematik der Gewalt gegen Lesben ausgerichtet ist. Das Projekt richtet sich sowohl an staatliche als auch an nichtstaatliche Organisationen, die zu dem Thema arbeiten oder arbeiten könnten.

Wissenschaftliche Grundlage für die Arbeit bilden die drei in Deutschland erschienenen Studien zu Gewalt gegen Lesben (Berlin 1998, Bielefeld 1999, Frankfurt/M 2000) und eine lesbisch-feministische Gesellschaftsanalyse.

Folgende Maßnahmen wurden durchgeführt und werden fortgeführt:

- Durchführung einer europäischen Fachtagung zu Gewalt gegen Lesben
- Vernetzung (horizontal und vertikal)
- Systematisierung der vorhandenen Präventions- und Interventionsansätze

Gewalt

- Erstellung einer Dokumentation
- Entwicklung eines Präventions- und Interventionskonzepts

Im Verlauf der nächsten Jahre soll eine zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit erstellt werden, zu dem Bereich der häuslichen Gewalt in lesbischen Beziehungen geforscht werden und schließlich im Jahr 2003 alle Ergebnisse erneut zusammengeführt werden.

Sachstand/Ergebnisse

Die derzeitige Projektarbeit hat auf nationaler und internationaler Ebene zu einer verstärkten Vernetzung nicht nur der Lesbenberatungsstellen sondern auch mit staatlichen Einrichtungen geführt. Die Fachtagung hat große Aufmerksamkeit durch die Presse und Öffentlichkeit erfahren. Im September 2000 sollte die Dokumentation erstellt und die Vernetzungsarbeit fortgeführt werden.

Im November 2000 sollte eine Anhörung vor dem Europa-Parlament stattfinden, bei der die Projektergebnisse vorgestellt werden sollten. Die Umsetzung der Ergebnisse erfolgt national auf kommunaler Ebene und supranational in den Kooperationsländern. Im Vordergrund steht bei letzterem noch die Vernetzung, die der erste Schritt für eine Erarbeitung gemeinsamer Standards in Forschung und Beratung darstellt.

Weitere Informationen

Lesben Informations- und Beratungsstelle e. V., Alte Gasse 38, 60313 Frankfurt

Internet: <http://www.libs.w4w.net>

e-mail: daphne@libs.w4w.net

Interventionsprogramm für verhaltensauffällige Schüler (InvaS)

Organisation

InvaS ist ein gemeinsames Präventionsprojekt des Staatlichen Schulamtes Mannheim, des Stadtjugendamtes Mannheim sowie des Polizeipräsidiums Mannheim.

Der Pilotdurchlauf fand vom 15. bis 17.11.99 statt. Das Programm ist ein auf Dauer angelegtes Angebot der Sekundärprävention. Bislang bestand das Trainerteam aus zwei Mitarbeitern des Stadtjugendamtes, drei Lehrern und einem Jugendsachbearbeiter der Polizei.

Im Jahr 2000 fanden zwei weitere Veranstaltungen statt. Der dritte Durchgang wurde auf insgesamt fünf Projektstage ausgeweitet. An jedem Projektdurchlauf können etwa acht Schüler teilnehmen.

Ein Schwerpunkt bildet zwischenzeitlich die personal- und zeitintensive Nachbetreuung durch das Projektteam. Andere soziale Einrichtungen sind bislang nicht in der Lage, die erforderliche Nachbetreuung zu übernehmen. Hierdurch bedingt ist auch die Durchführung von zunächst angedachten vier bis fünf Durchläufen pro Jahr nicht realistisch sondern wird auf zwei bis drei begrenzt sein.

Das Staatliche Schulamt Mannheim hat eine Lehrerin für sechs Stunden pro Woche für dieses Projekt freigestellt. Das Stadtjugendamt Mannheim prüft zur Zeit (März 2001) noch, ob eine Vollzeitstelle für einen Sozialpädagogen eingerichtet werden kann.

Die anfallenden Kosten für die ersten Veranstaltungen übernahm der „Förderverein Sicherheit in Mannheim e. V.“.

Die wissenschaftliche Begleitung der ersten beiden Durchläufe erfolgte durch die Pädagogische Hochschule Heidelberg.

Konzeptioneller Ansatz

Die Idee für das Projekt entstand aus der Überlegung, in der Schule durch Gewaltbereitschaft auffälligen Schülern ein Angebot zu machen, das einen drohenden Schulausschluss vermeidet bzw. diese Ordnungsmaßnahme effizient zu gestalten. Zielgruppe sind deshalb Kinder ab der 5. Klassenstufe, d. h. im Alter von 11 bis 13 Jahren, die durch Gewaltbereitschaft und Verhaltensauffälligkeiten bereits in Erscheinung getreten sind und für die eine Erziehungs- und Ordnungsmaßnahme ansteht. Dabei kommen nur solche Kinder für das Training in Betracht, bei denen der Wille zu erkennen ist, an ihrem Verhalten etwas zu ändern.

Gewalt

Das Programm der Projektstage orientiert sich in seinen einzelnen Bausteinen an dem Ziel

- die Kinder schon vor Erreichen des Strafmündigkeitalters mit dem eigenen Gewalthandeln zu konfrontieren,
- sie in der Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten (der Tat) zu unterstützen, indem Betroffenheit hergestellt und das Einfühlen in die Rolle des betroffenen Opfers gefordert wird,
- sie über die Folgen von Straftaten aufzuklären,
- eigene Gefühle erkennen und benennen lernen,
- „Raufen und kämpfen“ nach Regeln einzuüben,
- mit den Kindern Handlungsalternativen zu entwickeln.

Eine Clearingstelle beim Staatlichen Schulamt entscheidet, wer an dem Projekt teilnehmen darf. Dabei wird auf die Einmaligkeit der Teilnahme an dem Verhaltenstraining hingewiesen, das folgendermaßen abläuft:

Die Teilnehmer werden an allen Veranstaltungstagen von einem Funkstreifenwagen in der Schule abgeholt und zurückgebracht. Inhaltlicher Schwerpunkt des ersten Tages, der in einem Polizeirevier stattfindet, ist die Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten. Dabei kommen verschiedene Methoden der konfrontativen Pädagogik, letztlich der sogenannte „Heiße Stuhl“ zum Einsatz. Die Trainer werden dabei vom Stadtjugendamt gestellt. Am späten Nachmittag verdeutlichen Jugendsachbearbeiter des Polizeipräsidiums anhand des Filmes „Sackgasse Gewalt“ – einem vom Medienzentrum der Polizei Baden-Württemberg erstellten Präventionsvideo – die Konsequenzen von Straftaten.

Der zweite Tag wird auf dem Gelände des „Alpine-Teamwork-Tower“, einem erlebnispädagogischen Klettergelände verbracht. Hier können die Kinder intensive Gruppenerfahrungen machen und eigene physische und psychische Grenzen erleben. Ziel der Maßnahme ist die Stärkung des Selbstwert- und Verantwortungsgefühls der Kinder.

Den fairen körperlichen Wettstreit lernen die Schuler am nächsten Vormittag in einer Turnhalle. Am Nachmittag kommt wieder im Polizeirevier der „Heiße Stuhl“ zum Einsatz, wo erlernte Konfliktlösungsstrategien praktisch erprobt werden. Danach entwirft jeder Teilnehmer einen persönlichen Vertrag, in dem er seine Ziele und künftige Verhaltensänderungen festhält. Der Vertrag wird nach Beendigung des Trainings der Schule zugeleitet.

Sachstand/Ergebnisse

Die Befragung von Teilnehmern, Eltern und Lehrern des Pilotdurchlaufes zeigte eine äußerst positive Resonanz. Bei drei Schülern des ersten Durchlaufes

Gewalt

wurde von allen Beteiligten eine anhaltende, fundamentale Verhaltensänderung, bei zwei weiteren das anhaltende Bemühen und die Motivation festgestellt, ihr Verhalten zu ändern.

Bei den restlichen drei Teilnehmern war eine kurzfristige Verhaltensänderung zu beobachten.

Die weiteren Durchläufe zeigten bisher bei etwa zwei Dritteln der Teilnehmer anhaltende Verhaltensänderungen.

Weitere Informationen

Polizeipräsidium Mannheim, Kriminalprävention und Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle, L 6, 1, 68161 Mannheim

e-mail: kbst@ppma.bwl.de

Das schaffst Du – Jungenförderung gegen Angst und Gewalt

Organisation

In Zusammenarbeit von Polizei und Schule wurde 1999 ein spezielles Präventionsangebot für Jungen – Jungenförderung gegen Angst und Gewalt – entwickelt.

Ein entsprechendes Projekt wurde für alle sechs Klassen der 7. Jahrgangsstufe der Sophie-Scholl-Gesamtschule in Remscheid nacheinander durchgeführt.

Konzeptioneller Ansatz

Jede Klasse erlebte insgesamt drei Projektstage. An den beiden ersten Tagen nahmen die Mädchen an einem Wendokurs, die Jungen am Kurs „Das schaffst Du“ teil. Trainer des Jungenprogramms waren der Schulsozialarbeiter und der Jugendschutzbeauftragte der Polizei, am ersten Tag unterstützt durch zwei Trainer des Deutschen Alpenvereins. Den dritten Tag gestalteten die Klassenlehrer, um die beiden Teilgruppen wieder zusammenzuführen und das Erlernte für ein besseres Auskommen in der Gesamtklasse zu nutzen.

Der Kurs „Das schaffst Du“ behandelt vor allem folgende Themen:

- Vertrauen – Misstrauen
- Regeln – Verstöße
- Stärke – Schwäche
- Gruppe – Außenseiter
- Opfer – Täter
- Angriff – Verteidigung
- Gewalt – friedliches Miteinander.

Zuerst wurden miteinander die Ziele und Regeln erarbeitet.

Beide Tage standen unter dem Motto des positiven Umganges miteinander. Gegenseitiges Lob, Unterstützung und Beratung waren oberstes Gebot. Um die Notwendigkeit dieser Inhalte zu verstärken, wurde am ersten Tag eine Kletterwand des Deutschen Alpenvereins aufgesucht.

Mit Zuspruch und Unterstützung im Teamwork erreichten alle Kletterer den Gipfel und hatten somit ein Erfolgserlebnis. Dadurch, dass sich die Jungen gegenseitig sicherten, waren sie eine Gemeinschaft, die aufeinander angewiesen war und die miteinander arbeiten musste.

Gewalt

Der zweite Tag wurde gestaltet mit Vertrauens-, Rollenspielen und Gruppenarbeit zu den o. a. Themen.

Sachstand/Ergebnisse

Das Projekt fand bei den 90 Jungen eine sehr positive Resonanz. In einer Nachbesprechung mit den Klassenlehrern am Ende des zweiten Tages wurden die Wünsche der Gruppe bzw. Möglichkeiten am dritten Tag fortzufahren durch die Trainer dargestellt. Dabei wurde deutlich, dass im Vorfeld eines solchen Projektes allen Lehrern das Projekt transparent gemacht werden muss, um Irritationen im Nachhinein zu vermeiden.

Nach einem halben Jahr führten die Jugendschutzbeauftragten der Polizei mit verschiedenen Beteiligten Gespräche. Lehrer und Schüler gehen jetzt vertrauensvoller miteinander um. Die Situation in der Klasse hat sich deutlich entspannt. Die gegenseitige Akzeptanz hat sich in der Jungengruppe wie auch in der Mädchengruppe verbessert, beide Gruppen kommen besser miteinander zurecht.

Weitere Informationen

Polizeipräsidium Wuppertal, Kommissariat Vorbeugung, Friedrich-Engels-Allee 228, 42285 Wuppertal

Gemeinsam gegen Gewalt („Handy-Aktion“)

Organisation

Die Hamburger Polizei führt gemeinsam mit dem Referat Gewaltprävention des Amtes für Schule, dem Jugendinformationszentrum Hamburg (JIZ) sowie dem Fachkreis Gewaltprävention eine Präventionsaktion mit dem Schwerpunktthema „Gewalt und Raub unter Jugendlichen“ durch. Besonders im Blickpunkt steht dabei die gewaltsame Wegnahme von Handys, die unter Jugendlichen längst zu einem neuen Statussymbol geworden sind.

Diese große Präventionskampagne steht wieder unter dem seit 1997 proklamierten Motto: „Gemeinsam gegen Gewalt“. Durch eine landesweite Plakataktion in Schulen, in Bussen, Bahnen sowie in Dienststellen und an Fahrzeugen der Polizei soll die Kampagne in das Blickfeld der Öffentlichkeit gelangen.

Die Schirmherrschaft für die gesamte Präventionsaktion haben der Innenminister sowie die Senatorin der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung übernommen.

Als Ansprechpartner für die gesamte Aktion stehen die Jugendbeauftragten der Hamburger Polizei jederzeit zur Verfügung.

Konzeptioneller Ansatz

Ziel der Aktion „Gemeinsam gegen Gewalt“ war und ist es, im Schulunterricht zum einen den Anstoß für eine breite Auseinandersetzung mit der Thematik „Handy-Raub“ zu geben, einem Delikt, das von den Jugendlichen selbst meist verharmlosend als „Abziehen“ bezeichnet wird. Zum anderen soll eine Diskussion zum allgemeinen Thema „Gewalt unter Jugendlichen“, deren Verhinderung sowie über den angemessenen Umgang mit dieser gesellschaftlichen Problematik geführt werden.

Die Aktion sucht zu verdeutlichen, dass die gewaltsame Wegnahme eines Handys oder anderer Sachen kein Kavaliersdelikt, sondern Raub ist. Opfer sollen durch die offensive Diskussion gestärkt und ermutigt werden, Anzeigen zu erstatten, um so das Dunkelfeld aufzuhellen. Die Registrierung der Individualnummern von Handys (IMEI-Nummern) soll darüber hinaus den Fahndungsdruck erhöhen und den Tätern signalisieren, dass das Entdeckungsrisiko höher wird.

Die Durchführung von Unterrichten findet in Fortführung des „Präventionsprogramms Kinder- und Jugenddelinquenz“ statt, das bereits im Jahre 1981 von Schulbehörde und Polizei ins Leben gerufen wurde und an dem seither ein wachsendes Interesse von Seiten der Hamburger Schulen besteht.

Gewalt

Selbstverständlich bleibt es jedoch letztlich allen Schulen selbst überlassen, von sich aus aktiv zu werden und diese Themen verstärkt in den Unterricht einzubringen, um auf diesem Wege ein entsprechendes Problembewusstsein zu verstärken bzw. zu schaffen und damit insgesamt eine erhöhte Sensibilität unter Jugendlichen herzustellen.

Vom 13.–15. November 2000 fanden, unter Federführung des Fachkreises Gewaltprävention, im CinemaxX-Lichtspielhaus Filmtage zum Thema „Jugendgewalt“ statt. Gezeigt wurden verschiedene themenrelevante Filme, darüber hinaus präsentierten sich verschiedene Beratungseinrichtungen sowie die Polizeiliche Jugendarbeit mit Informationsständen. Die Großveranstaltung wurde von etwa 3.500 Hamburger Schülerinnen und Schüler besucht.

Sachstand/Ergebnisse

Seit dem 11. September 2000 suchen speziell für die Aufgabe ausgebildete Polizeibeamte Schulklassen der unterschiedlichen Jahrgangsstufen auf, um hier Unterrichte zum Thema „Gewalt unter Jugendlichen“ – über das Einstiegsthema „Handy-Raub“ – durchzuführen. In diesem Kontext erhalten die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, die IMEI-Nummer des in ihrem Besitz befindlichen Handys in eine persönliche Informations- und Registrierkarte einzutragen. Diese Karten sind an den Hamburger Schulen und Polizeidienststellen erhältlich, bzw. können direkt von der Website der Hamburger Polizei ausgedruckt werden.

Im Rahmen der Handy-Registrieraktion wurden bis Jahresende 2000 an 115 Hamburger Schulen Präventionsunterrichte von speziell fortgebildeten Polizeibeamten gegeben. In den Unterrichten konnten ca. 11.000 Schüler über die Möglichkeit der Handy-Registrierung informiert werden. Darüber hinaus sind die Bereiche „Abziehen“/ Raub und Gewalt thematisiert worden.

Im Rahmen der Aktion zeigte sich, dass den meisten Jugendlichen nicht bekannt war, dass ihr Handy eine nicht veränderbare Individualnummer (IMEI) besitzt. Jugendliche haben sich dahingehend geäußert, dass registrierte Handys an Hehlerwert verlieren und von daher als Raubgut unattraktiver werden.

Verhaltens-Tipps zur Vermeidung von Opferwerdung wurden von den Jugendlichen mit Interesse aufgenommen und diskutiert.

Die Reaktionen auf die aktionsbegleitenden Informationsveranstaltungen von Jugendlichen, Lehrkräften und Besuchern sind durchgehend positiv.

Die Registrierkarten wurden rege nachgefragt, wobei nicht bekannt ist, inwieweit auch tatsächlich eine Registrierung erfolgte.

Von den bislang erreichten Schulen wurde begrüßt, dass sich Polizei den Fragen zur Handy-Raub-Problematik und den Präventionsmöglichkeiten stellt. Durch

die Besuche in den schulischen und außerschulischen Einrichtungen bestand vielfach die Möglichkeit, dass weitergehende Probleme und Fragen angesprochen und diskutiert werden konnten. Darüber hinaus kam und kommt es nach wie vor zu Vereinbarungen für weitere Gespräche und Aktionen und die Ankündigung, auch in Zukunft das Angebot der Polizei zu Präventionsunterricht annehmen zu wollen.

Eine Betrachtung der Eingangsstatistik im Bereich Strafanzeigen mit dem Raubgut Handy ergibt, dass in den letzten Monaten ein leichter Rückgang der Fallzahlen zu verzeichnen ist. Aussagen dazu, ob dieses Ergebnis auf die Aktion zurückzuführen ist (Verunsicherung der Täter etc.) sind allerdings nicht möglich.

Vor dem Hintergrund der insgesamt positiven Reaktionen wird die Aktion auch in 2001 weitergeführt.

Weitere Informationen

Landeskriminalamt Hamburg, – LKA 151 –, Polizeiliche Jugendarbeit, Postfach 60 02 80, 22202 Hamburg

Internet: <http://www.polizei.hamburg.de>

MEMME – Anti-Gewalt-Training in der Schule

Organisation

Das Thema Gewalt wird durch alle Medien verbreitet und ist in der Öffentlichkeit allgegenwärtig. Veröffentlichte Kriminalstatistiken belegen mit nüchternen Zahlen den Anstieg von Gewaltdelikten im gesamten Bundesgebiet. Außerdem sinkt zunehmend das Eingangsalter der Tatverdächtigen von Gewaltstraftaten. Diese besorgniserregende Entwicklung ist allein mit repressiven Mitteln nicht aufzuhalten. Um diesen Zustand langfristig zu ändern, müssen frühzeitig wirksame Präventionsmaßnahmen eingeleitet werden.

Das Konzept stützt sich auf drei Säulen:

- die Schüler
- das Lehrerkollegium
- die Eltern der Schüler

Den Schülern wird im Klassenverband in fünf Unterrichtsstunden das Thema in Form von Kleingruppenarbeit, Diskussionen und Selbsterfahrungsübungen nahegebracht. Ihnen wird vermittelt, wann Gewalt beginnt und wie sie ihr begegnen können. Es werden gemeinsam verschiedene Handlungsstrategien entwickelt, mit Gewalt umzugehen.

Das Lehrerkollegium wird im Rahmen einer Multiplikatorenbesuchung über das Thema informiert. Neben fachlichen Ratschlägen der Jugendbehörden und der Polizei werden dem Kollegium Methoden an die Hand gegeben, das Thema „Mit Gewalt gemeinsam umgehen lernen“ im Unterricht weiterzuentwickeln.

Mit den Eltern der Schüler werden während eines Elternabends Handlungsmuster erarbeitet, die es erleichtern, das Thema im Kreis der Familie zu behandeln. Insbesondere wird versucht, erste Erscheinungsformen von Gewalt frühzeitig zu erkennen. Die Eltern werden angehalten, beim Umgang mit Konflikten eine positive Streitkultur zu entwickeln, um ihren Kindern damit als Vorbild zu dienen.

Das Projekt „MEMME“ wird an acht Schulen aller drei Schularten in die Praxis umgesetzt.

- Pro Schule werden, je nach Jahrgangsstärke, drei bis fünf Termine zu je fünf Unterrichtsstunden für die Schüler benötigt.
- Die Multiplikatorenbesuchung des Lehrerkollegiums ist auf ca. drei Stunden ausgelegt.
- Je nach Jahrgangsstärke sind zwei bis drei Elternabende zu je zwei Stunden erforderlich. Ein Gesamtelternabend für alle Klassen einer Jahrgangsstufe

Gewalt

erscheint aus pädagogischer Sicht nicht sinnvoll, da die Informationsabende interaktiv gestaltet werden. Denn nur selbsterarbeitete Ergebnisse bleiben haften und können damit leichter in die Praxis umgesetzt werden.

Der Gesamtzeitaufwand für ein Schuljahr liegt bei einem Durchschnitt von ca. 150 Stunden für einen Referenten der beteiligten Behörden.

Konzeptioneller Ansatz

Bei dem Anti-Gewalt-Projekt „MEMME“ handelt es sich um eine primärpräventive Maßnahme, mit der die Zielgruppe (Kinder und Jugendliche im Alter von 13–17 Jahren) direkt angesprochen wird.

Das Projekt wurde in direkter Zusammenarbeit mit dem Jugendamt der Stadt Bayreuth entwickelt und gemeinsam, unter Mitwirkung des jeweiligen Lehrerkollegiums, an Bayreuther Schulen in die Praxis umgesetzt. Damit soll erreicht werden:

- Fernziele:
 - Der Zielgruppe soll vermittelt werden, vorhandene Konflikte gewaltfrei zu lösen. Damit soll ihr prosoziales Verhalten gefördert werden.
 - Das Thema Gewalt soll durch die Zielgruppe aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Dadurch sollen vorhandene Gewaltsituationen rechtzeitig erkannt und Strategien entwickelt werden, mit diesen umzugehen. Dies soll die Gefahr, sowohl zum Opfer als auch zum Täter von Gewaltstraftaten zu werden, deutlich verringern.
- Nahziele:
 - Intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt
 - Erkennen von Formen und Ursachen von Gewalt unter Einbeziehung persönlicher Erfahrungen
 - Reflexion eigener Verhaltensmuster
 - Erweiterung des eigenen Handlungsspektrums durch Erarbeiten von alternativen Reaktionsmöglichkeiten
 - Konfliktpotentiale frühzeitig erkennen und gewaltfrei damit umgehen lernen
 - Erweiterung der Handlungskompetenz in kritischen und aggressiven Situationen

Sachstand/Ergebnisse

Das Konzept „MEMME“ wird seit dem Frühjahr 1999 an Bayreuther Schulen in Zusammenarbeit mit der Schulleitung und dem Lehrerkollegium in die Praxis umgesetzt. Es wird bei den Schülern im Klassenverband jeweils von einer Präventionsfachkraft des Stadtjugendamtes Bayreuth, einem Jugendkontaktbeamten der Polizeiinspektion Bayreuth-Stadt und dem jeweiligen Klassenlehrer gemeinsam durchgeführt.

Bei den Projektvormittagen fielen die Klassengemeinschaften durch hohes Engagement und aktive Mitarbeit sowohl in den Diskussionsrunden als auch bei den Selbsterfahrungsübungen auf. In vielen Fällen konnte schon direkt nach Beendigung des Vormittags eine gewisse Wirkung des vermittelten Wissens auf die Schüler festgestellt werden. Allein ihr kritisches Hinterfragen von Problemen im Zusammenhang mit dem Thema Gewalt zeigte, dass die vorangegangenen Stunden die Schüler merkbar berührten. Selbst nach Wochen und Monaten kamen einige der Schüler auf die Referenten zu, um mit gezielten Fragen das Thema Gewalt noch einmal aufzugreifen.

Die Erfahrungswerte bei der Umsetzung des Konzepts „MEMME“ zeigen, dass das Projekt von den Schülern vorbehaltlos akzeptiert wird und dass eine wirkungsvolle Präventionsarbeit nur in Kooperation aller Behörden und Institutionen durchführbar ist.

Weitere Informationen

Polizeipräsidium Oberfranken, – Sachgebiet E 3 –, Ludwig-Thoma-Straße 4,
95447 Bayreuth

Internet: <http://www.polizei.bayern.de/ppofr/>;

e-mail: ppofr@baypol.bayern.de

Themenbereich

Jugendkriminalität/
Jugendschutz

4

Fit for Life – Training sozialer Kompetenz für Jugendliche

Organisation

Das Bremer Institut für Pädagogik und Psychologie BIPP wird von zwei Diplom-Psychologen geleitet. Als Honorarkräfte sind am BIPP vier Diplom-Psychologen aus Bremen, Hamburg und Hildesheim beschäftigt.

Das „FIT FOR LIFE Training“ wurde 1998 bis 2000 am Zentrum für Rehabilitationsforschung der Universität Bremen entwickelt und 1998/1999 mit jeweils einer Laufzeit von sechs Monaten in vier außerschulischen Institutionen der Berufsbildung erprobt. Nach der Beendigung des Projekts wurde das Bremer Institut für Pädagogik und Psychologie BIPP als Transferinstitut für die Multiplikation des Präventionsprogramms gegründet.

Die wissenschaftliche Begleitung hat das Projektteam des Zentrums für Rehabilitationsforschung vorgenommen.

Das Projekt wurde zur Hälfte von der Universität Bremen und zur Hälfte von der Europäischen Union (Europäischer Sozialfonds: Gemeinschaftsinitiative Beschäftigung – Youthstart) und der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg finanziert.

Konzeptioneller Ansatz

Das EU-Projekt „FIT FOR LIFE – Training sozialer Kompetenz für Jugendliche“ soll die soziale Kompetenz, die Motivation und das Arbeitsverhalten von sozial benachteiligten Jugendlichen fördern.

Von sozialer Benachteiligung wird gesprochen, wenn Jugendliche den Schulabschluss verfehlen, weder eine Lehrstelle noch einen Job bekommen oder häufig eine Ausbildung abbrechen. Diese Jugendlichen sind besonders gefährdet, in Apathie oder Gewalt abzugleiten.

Wissenschaftliche Grundlage des Trainingsprogramms sind die soziale Lerntheorie, die Theorie der Selbstwirksamkeit und das Modell der sozial-kognitiven Informationsverarbeitung.

Die Inhalte des Trainings finden sich in folgenden Modulen: Motivation, Selbstsicherheit, Gesundheit und Freizeit, Körpersprache, Kommunikation, Konflikttraining 1 und 2, Lebensplanung, Beruf und Zukunft, Gefühle, Einfühlungsvermögen sowie Lob und Kritik.

Die Module sind identisch aufgebaut, und deren Inhalte werden durch strukturierte Rollenspiele, Verhaltensübungen, üben von Regeln und den angemessenen

Jugendkriminalität/Jugendschutz

nen Einsatz von Feedback (auch Videofeedback) mit den Jugendlichen erarbeitet.

Das Training erstreckt sich über einen Zeitraum von sechs Monaten (wöchentlich 90 Min.) und findet in Kleingruppen von fünf bis sieben Jugendlichen statt, welche von einem ausgebildeten Trainer geleitet werden.

Sachstand/Ergebnisse

Bereits während des Trainings wurde eine hohe Akzeptanz und positive Bewertung des Trainings in den Rückmeldungen der Trainer und Jugendlichen deutlich.

Die wissenschaftliche Evaluation ergab bei den Jugendlichen nach Absolvierung des Trainings Verbesserungen in den Verhaltensbereichen „aggressives Verhalten“, „Initiative“, „sozial kompetentes Verhalten“ und „soziale Problemlösekompetenz“.

Im Jahre 2001 wird das dazugehörige Handbuch

Jugert, G., Rehder, A., Notz, P. & Petermann, F.: Training sozialer Kompetenz für Jugendliche -FIT FOR LIFE-. Weinheim: Juventa Verlag
erscheinen.

Weitere Informationen

BREMER INSTITUT für Pädagogik und Psychologie BIPP, Am Hallacker
42 g, 28327 Bremen

Konfliktvermittlung in Ostvorpommern

Organisation

Das für den Zeitraum 1998 bis 2000 konzipierte Modellprojekt „Konfliktvermittlung in Ostvorpommern“ wurde finanziert durch den Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern, das Landesjugendamt Mecklenburg-Vorpommern und das Kreisjugendamt Ostvorpommern. Als Kooperationspartner konnten in Ostvorpommern nachstehende zwölf Schulen gewonnen werden:

- auf Usedom die VHRS Zinnowitz und Karlshagen,
- in Wolgast die Realschule Kosegarten und die VHRS Karlshagen,
- in Anklam die VHRS „Am Steintor“, die Südstadtschule Realschule, die Friedrich-Schiller-Schule VRS und die Makarenko-Schule (Förderschule),
- in Gützkow die Haupt- und Realschule und das Gymnasium sowie
- in Züssow die Haupt- und Realschule und
- in Krien die Haupt- und Realschule.

Weitere Kooperationspartner waren die Universität Greifswald, Abteilung Erziehungswissenschaften sowie das Institut L. I. S. A. in Schwerin, Bereich Gewaltprävention.

Die Ausbildung der Jugendlichen, Lehrer und Studenten wurden von einer Konfliktrainerin und einer Mediatorin durchgeführt.

Wissenschaftlich wurde das Projekt durch das „Institut für soziale Arbeit und Organisationsplanung (e. V.)“ Neubrandenburg begleitet.

Konzeptioneller Ansatz

Das Ziel der „Konfliktvermittler-Ausbildung“ sollte nicht nur die soziale Kompetenz der ausgebildeten Schüler stärken, sondern zu einem ganz neuen „Verhaltenskodex“ für die gesamte Schule führen:

- es sollen keine Beleidigungen mehr ausgesprochen werden,
- es sollen keine Herabsetzungen anderer mehr vorgenommen werden,
- es soll keine Gewalt mehr ausgeübt werden,
- gegenüber anderen soll Respekt gezeigt werden,
- die Schüler sollen wieder das Zuhören lernen,

Jugendkriminalität/Jugendschutz

- Fremden soll Toleranz entgegengebracht werden,
- die Sensibilisierung für die Gefühle anderer soll gefördert werden,
- die Wahrnehmung von Signalen und Körpersprache anderer soll gefördert werden,
- der demokratische Umgang der Lehrer mit den Schülern soll gefördert werden,

wobei die Lehrer natürlich die o. g. Punkte als Vorbilder verinnerlichen sollten.

Die Umsetzung und die Vorgehensweise, um die Konfliktvermittlung in Schulen einzurichten, erfolgte gemäß nachstehenden Maßnahmen.

1. Fortbildung einiger interessierter Lehrer, Schulleiter und Schulsozialarbeiter, damit sie die im Anschluss an diese Fortbildung ausgebildeten Konflikt-schlichter besser in ihrer Arbeit unterstützen können.
2. Fortbildung der Konfliktvermittler
 - die unter Punkt 1. und 2. genannte Ausbildung sollte extern in einer Fortbildungsstätte oder einem Freizeithaus durchgeführt werden, um einerseits eine bessere Effizienz und Zusammenarbeit zu erreichen, andererseits können bis zu 12 Schulen zusammengefasst an einer Ausbildungseinheit teilnehmen.
 - die Klassensprecher der 7. Klassen wurden angeschrieben, um in ihren Klassen per demokratischer Wahl zwei Schüler auszuwählen, die sie als sozial kompetent und friedliebend einschätzten; diese Schüler wurden von der Schulleitung zu einer Fortbildung für die Dauer von einem Jahr bei der Konfliktrainerin angemeldet.
 - die Koordination der einzelnen Blockseminare für die Dauer von drei bis vier Tagen sowie die Abholung und Unterbringung erfolgte über die jeweilige Schulsozialarbeiterin oder eine engagierte Lehrerin.
3. Aufbau und Begleitung von Schlichtergruppen/Reflexion und Beratung in der jeweiligen Schule mit Auswertung, Kontrolle und Weiterbildung.
4. Schulprogrammentwicklung

Durch eine Präsentation vor der Lehrerschaft und der Schulleitung sowie vor den einzelnen Schulklassen wurden die einzelnen Module vorgestellt und dabei ein schulspezifisches Profil gemeinsam mit allen Beteiligten erarbeitet. Wesentliche Inhalte hierbei waren Absprachen, Regeln, praktische Umsetzung (gesonderter Raum für eine ungestörte Konfliktvermittlung; festgelegte Zeiten für die Durchführung von Konfliktvermittlungen) und Kompetenzen der Konfliktvermittlung.

Jugendkriminalität/Jugendschutz

5. Lehrer- und Schulsozialarbeiterfortbildung, um die Lehrer noch mehr in diese Thematik einzuführen, in Form von Seminaren, Fachtagungen, SCHILF-Tagen, Hospitationen und Zusatzqualifikationen für Hochschulen.
6. Grundlagen- und Sensibilisierungsseminare für Schulklassen und Gruppen zu Themen wie Zivilcourage, Toleranz, Antirassismus, Täter-Opfer-Arbeit, Streitkulturseminare und Projekttag.

Sachstand/Ergebnisse

Durch die Ausbildung jugendlicher Konfliktvermittler in den Schulen konnte bei Schülern und Lehrern eine verstärkte Konfliktfähigkeit festgestellt werden:

- Schüler und Lehrer wurden sensibler gegenüber Aggressionen und Gewalt,
- Schüler und Lehrer lernten Konflikte besser zu differenzieren,
- Schüler und Lehrer konnten ihre eigenen Konflikte besser reflektieren,
- die Schule insgesamt entwickelte Alternativen zum Umgang mit Gewalt,
- die Lehrer verlagerten ihre Sichtweise bei Konflikten dahingehend, dass sie Bestrafung ablehnten und eher eine Regulierung von Konflikten anstrebten,
- Schulkonflikte wurden differenzierter mit ihren unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen gesehen.

Neben vielen Presseartikeln konnte der Verein im Auftrag des „Instituts für berufliche Bildung und Weiterbildung“ e. V. einen Lehrbrief erstellen, der in allen neuen Bundesländern verteilt wurde. Gefördert wurde dieser Lehrbrief vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Im Frühjahr 2000 erfolgte eine Einladung von der Stiftung „childrens hour“ unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten nach Berlin in das Schloss Bellevue.

Weitere Informationen

- „Horizonte-Verein zur Förderung von Jugend und Freizeit“ e. V., Chausseestraße 56, 17438 Wolgast
- Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung, Geschäftsstelle, Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern, Arsenal am Pfaffenteich, 19048 Schwerin

Kooperation Polizei-Jugendhilfe-Sozialarbeit (PJS) – Ein gemeinsames Projekt der Stadt Nürnberg und der Polizeidirektion Nürnberg

Organisation

Mit finanzieller Unterstützung durch das Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit, das Bayerische Staatsministerium des Inneren, der Stadt Nürnberg und der Polizeidirektion Nürnberg wurde zum 01. 03. 1998 das Modellprojekt Kooperation Polizei-Jugendhilfe-Sozialarbeit gegründet. Das Projekt hat eine Laufzeit von fünf Jahren. Im Kernbereich findet eine wissenschaftliche Begleitung statt, welche unter der Leitung von Frau Prof. Greiffenhagen, evangelische Fachhochschule Nürnberg, steht.

Das Modellprojekt hat zwei Schwerpunkte:

- Verbesserung der Kooperation von Polizei und Sozialbehörden
- Verbesserung des Krisenhilfesystems

Eine Sozialpädagogin des Allgemeinen Sozialdienstes, ein Sozialpädagoge der offenen Kinder- und Jugendarbeit des Jugendamtes und eine Polizeibeamtin der Polizeidirektion Nürnberg bilden das Team für den Kooperationsschwerpunkt. Der Schwerpunkt der Verbesserung des Krisenhilfesystems wird von einer weiteren Sozialpädagogin des Allgemeinen Sozialdienstes bearbeitet. Jedes Teammitglied ist seiner bisherigen Dienststelle zugeordnet.

Konzeptioneller Ansatz

Im Rahmen des Projektschwerpunktes Verbesserung der Kooperation zwischen Polizei und Sozialbehörden ist es Ziel zwischen den städtischen sozialen Diensten (insbesondere Jugendamt und Allgemeiner Sozialdienst) und den Polizeidienststellen dauerhafte, personenunabhängige und verbindliche Kooperations- und Kommunikationsstrukturen aufzubauen. Dies ist notwendig, weil beide Professionen mit gleichen Themen und gleichen Personen befasst sind (z. B. Gewalt in Familien, Delinquenz von Kindern, Jugendkriminalität, Suchterkrankungen und deren Auswirkungen, psychosoziale und psychiatrische Krisen mit Suizidankündigung, Verwahrlosung etc.).

Während bislang aus Unkenntnis und/oder durch Vorbehalte jeder für sich arbeitete, soll nun ein Bewusstsein entwickelt werden bei entsprechenden Situationen an die Einbeziehung des Fachwissens und der Handlungsmöglichkeiten der anderen Profession zu denken.

Jugendkriminalität/Jugendschutz

Daraus leiten sich folgende Arbeitsinhalte für diesen Kooperationssschwerpunkt ab:

- Verbesserung des Informationsstandes

Grundlegende Voraussetzung für Kooperation ist das „Wissen“ über den Kooperationspartner, d. h. es müssen Organisation, Erreichbarkeit, Arbeitsgrundlagen, -methoden und -ziele bekannt sein. Dadurch werden für beide Professionen die Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation sichtbar. Dieses Basiswissen wird u. a. in entsprechenden Informationsveranstaltungen auf unterschiedlichen Ebenen und bei gemeinsam durchgeführten Fortbildungsveranstaltungen vermittelt.

- Aufbau von Kooperationsbeziehungen

Der Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen den entsprechenden Dienststellen und Abteilungen ist von entscheidender Bedeutung für die dauerhafte Fortführung der Kooperation. Das Projekt hat die Aufgabe diese Kooperationsbeziehungen zu initiieren, deren Sinnhaftigkeit für die Kooperationspartner erfahrbar zu machen und Regularien zu erarbeiten, die die Dauerhaftigkeit der Umsetzung gewährleisten.

- Veränderung von Verfahrensabläufen

Inhaltliche Verbesserungen in der Zusammenarbeit bedingen Veränderungen in den Verfahrensabläufen. Daran werden für die Mitarbeiter vor Ort die Veränderungen in der Zusammenarbeit sichtbar und fördern gleichzeitig das Bewußtsein für die Erfordernisse der Kooperation. Beispielhaft sind folgende Veränderungen zu nennen: täterorientierte Schwerpunktsachbearbeitung bei der Polizei im Bereich der Jugendkriminalität und bei Gewalt im sozialen Nahraum, schnelle Informationsweitergabe an den zuständigen ASD-Mitarbeiter durch Nutzung der PC-gestützten Straßendatei des ASD bei der Polizei)

- Erarbeitung/Bereitstellung von für die Kooperation wichtigen Arbeitsmitteln und Informationsmaterialien

Die erarbeiteten Broschüren und Informationsmaterialien dienen den Kooperationspartnern einerseits zur Informationsgewinnung und sind andererseits als unterstützende Hilfsmittel zur Kooperation anzusehen (u. a. Faltblatt über die Jugendeinrichtungen für die Polizei, Stadtplan mit Grenzen der Sozialregionen und Polizeieinspektionen, Leitfaden für die Vorstellung des ASD in den Polizeieinspektionen).

- Optimierung der Kooperation zu ausgewählten Themenbereichen

Zu ausgewählten Themenbereichen werden vom Projekt verstärkt Kooperationsbeziehungen initiiert, die Thematik in ihrer Bedeutung für beide Berufsgruppen vertieft und die Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation detailliert erarbeitet. Die Ausarbeitung dieser Thema in schriftlicher Form

Jugendkriminalität/Jugendschutz

unterstützt sowohl die Handlungssicherheit der beiden Professionen als auch den Qualitätsstandard der Kooperation (Bsp: Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Sozialarbeit im Handlungsfeld des sexuellen Missbrauchs)

- Verankerung der Inhalte in die Ausbildung

Ein wesentliches Ziel ist eine Verankerung der Arbeitsgrundlagen, -methoden und -ziele in die jeweiligen Lehrplänen der Fachhochschulen für Sozialpädagogik und des Präsidiums der Bayerischen Bereitschaftspolizei.

Sachstand/Ergebnisse

Die genannten Arbeitsinhalte orientieren sich u. a. auch an den Erkenntnissen des Modellprojektes in den jeweiligen Bereichen und beinhalten gleichzeitig einige Ergebnisse der Arbeit von PJS. Vor allem im Bereich der Veränderung von Verfahrensabläufen wird dies deutlich. Gemeinsame Treffen zum Erfahrungs- und Informationsaustausch werden zwischenzeitlich nicht nur von PJS, sondern auch selbständig von den regional zusammenarbeitenden Behörden organisiert. Auf gemeinsam durchgeführten Fortbildungsveranstaltungen konnten die Mitarbeiter sich persönlich kennen lernen, was sich wiederum förderlich auf die gegenseitige Kontaktaufnahme auswirkte. Durch Hospitationen erlebten die Mitarbeiter die Arbeit der anderen Profession und gaben diese Erfahrungen in den eigenen Dienststellen weiter.

Eine Verbesserung in der Kooperation kann jedoch nur schwerlich von einem Arbeitsinhalt abhängig gemacht werden, sondern entwickelt sich durch eine kombinierte Vorgehensweise. Die bisher erreichte Verbesserung ist daher auch nicht „messbar“, wird allerdings allgemein in Gesprächen mit Mitarbeitern bestätigt.

Der Schwerpunkt Verbesserung des Krisenhilfesystems hat als langfristiges Ziel ein Krisenhilfesystem, welches die erforderlichen Hilfen zur richtigen Zeit in ausreichendem fachlichen Umfang am richtigen Ort für die Bürger und die beteiligten Dienste zur Verfügung stellt.

Die Verbesserung des Krisenhilfesystems in Nürnberg soll durch den offenen Austausch über bedarfsgerechte Versorgungsstrukturen erreicht werden.

An dem Austausch sind die Institutionen und Dienststellen beteiligt, die rund um die Uhr für die gesamte Bevölkerung Ansprechpartner sind (Polizei, Feuerwehr, Kliniken, Telefonseelsorge) und die sozialen Beratungsdienste für spezifische Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, Frauen, Wohnungslose, Drogenabhängige, Psychisch Kranke), die zu unterschiedlichen Zeiten für Hilfesuchende erreichbar sind.

Jugendkriminalität/Jugendschutz

Grundlage für bedarfsgerechte Verbesserungen sind die Ergebnisse einer Analyse des Krisenversorgungssystems, an welcher sich die o. g. Dienste aktiv beteiligt haben.

Die Untersuchungsergebnisse stehen im Juli 2001 in schriftlicher Form zur Verfügung.

Ausführliche Informationen zum Modellprojekt, sowie sämtliche relevanten Arbeitsmaterialien und Broschüren können über die Internetadresse www.sicherheitspakt.nuernberg.de abgerufen und heruntergeladen werden.

Weitere Informationen

- Polizeidirektion Nürnberg, Jakobsplatz 5, 90402 Nürnberg
Internet: www.sicherheitspakt.nuernberg.de
e-mail: pp-mfr.nuernberg.pd@baypol.bayern.de
- Evangelische Fachhochschule Nürnberg, Bärenschanzstraße 4, 90429 Nürnberg

Aktionskonzept „Streetball“

Organisation

Das Aktionskonzept „Streetball“ wurde 1998 vom Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) ins Leben gerufen. Es gründet sich auf Erfahrungen bei Veranstaltungen der Jugendbeamten des Polizeipräsidiums München, des Projekts „Basketball um Mitternacht“ des Sportkreises Stuttgart sowie der Sporttour „GO SPORTS – erLEBEN ohne Drogen“ der Sportjugend des Landeskriminalamts Niedersachsen.

Mit Hilfe des Aktionskonzepts soll eine in die Breite gehende Initiative zur Durchführung von Streetball-Turnieren für Jugendliche und Heranwachsende unter dem Slogan „MY WAY FAIR PLAY“ erreicht werden. Dazu wird bei polizeilichen Führungskräften, Polizeibeamten und Dienststellen mit Bezug zur Prävention, vor allem aber auch bei Institutionen bzw. Verantwortungsträgern außerhalb der Polizei, die in direktem und ständigen Kontakt mit Kindern und Jugendlichen stehen (z. B. Jugendämter, Vereine, freie und öffentliche Träger der Jugendarbeit), dafür geworben, Streetball-Turniere anzuregen, zu fördern, vorzubereiten oder umzusetzen.

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention stellt den Veranstaltern von Streetball-Turnieren die erforderlichen Bälle sowie eine Broschüre zur Verfügung, in der Informationen zur Organisation eines Turniers enthalten sind. Im Stil einer Checkliste finden sich dort Hinweise, wie solche Veranstaltungen öffentlich bekannt gemacht werden können, welche sportliche Ausrüstung dafür erforderlich ist und welche Möglichkeiten eines Rahmenprogramms bestehen. Es finden sich ferner Hinweise zum Sponsoring, zur Nachbarschafts- bzw. Anwohnerbetreuung, zu Fragen der Versicherung, der Kosten, des Zeitaufwands und Personalbedarfs.

Konzeptioneller Ansatz

Die in den letzten Jahren veränderten Freizeitgewohnheiten führen dazu, dass sich weniger Jugendliche einem Verein oder Club anschließen, um sich sportlich zu betätigen. Außerhalb der Vereinsarbeit und der Fitnessclubs fehlen oft, vor allem an den Wochenenden, attraktive und kostengünstige Freizeitangebote. Nicht zuletzt dieser Mangel an altersgerechten Freizeitangeboten und die damit oftmals verbundene Langeweile von Jugendlichen, ihr mehr oder weniger „planloses“, unstrukturiertes Freizeitverhalten stellen einen erheblichen Risikofaktor im Hinblick auf delinquentes Verhalten dar. Mit „Streetball“ sollen insbesondere Jugendliche und Heranwachsende angesprochen werden, die über Vereine, Jugendinitiativen oder sonstige lokale Einrichtungen nicht integriert und für konventionelle Sport- und Freizeitangebote auch wenig zugänglich sind.

Jugendkriminalität/Jugendschutz

Durch die Teilnahme an Streetball-Turnieren können gefährdete Jugendliche zumindest für eine begrenzte Zeit „von der Straße“ geholt und insoweit auch davor bewahrt werden, mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Sport, insbesondere Mannschaftssport, hilft dabei, Aggressionen abzubauen, schafft Erfolgserlebnisse und stärkt das Selbstvertrauen, lehrt Verantwortung zu übernehmen und den Sinn von Regeln und Fairness zu erkennen. Sport kann zu einem positiven Selbstbild der Person beitragen und die sozialen Kontakte erweitern bzw. intensivieren. Dies bedeutet freilich nicht, dass sich allein durch die Beteiligung an sportlichen Aktivitäten Probleme in der Lebenswelt von Jugendlichen aus der Welt schaffen lassen. Über das Angebot von Streetball-Turnieren soll jedoch eine erste Kontaktaufnahme mit gefährdeten Jugendlichen hergestellt werden, die es mittelfristig ermöglicht, sie in einen stabilen Rahmen sozialer Kontakte einzubinden und sie in die Lage versetzt, eine strukturierte Freizeitgestaltung zu entwickeln.

Die Durchführung einzelner Aktionen und einmaliger Veranstaltungen reicht deshalb bei weitem nicht aus. Vielmehr geht es darum, ein auf Dauer ausgerichtetes Programm fest zu installieren, das sich zudem nicht nur auf den sportlichen Bereich beschränken sollte. Aus Gründen der Akzeptanz bei den Jugendlichen kann diese Aufgabe nicht allein durch die Polizei geleistet werden, sondern muss von vornherein auf Kooperation mit den für die freie und öffentliche Polizeiarbeit zuständigen Stellen vor Ort angelegt sein.

Sachstand/Ergebnisse

Auf Grund der bestehenden Nachfrage sind seit 1998 bundesweit 105.000 Bälle sowie 140.000 Broschüren zur Veranstaltung von Streetballturnieren zur Verfügung gestellt worden. Die Rückmeldungen der Veranstalter sind weitestgehend positiv. Darüber hinaus hat sich das Aktionskonzept Streetball zu einem Werbeträger der Polizei im Hinblick auf jugendbezogene Präventionsarbeit entwickelt.

Die Broschüre zum Aktionskonzept Streetball, in der u. a. Hinweise zur Organisation von Streetball-Turnieren enthalten sind, ist kostenlos erhältlich bei der Zentralen Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention, Taubenheimstr. 85, 70372 Stuttgart.

Weitere Informationen

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Zentrale Geschäftsstelle, Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart

Internet: <http://www.polizei.propk.de>

e-mail: zgs@polizei.propk.de

Bau einer Skateranlage

Organisation

Unter der Federführung der Mitarbeiter der Polizeistation Heikendorf wurde in enger Kooperation mit Kindern, Jugendlichen, dem Sozialamt und der Gemeindewerke Heikendorf der dringend notwendige Bau einer Skateranlage organisiert und durchgeführt. Unterstützt wurde diese jugendspezifische Maßnahme durch ortsansässige Firmen, Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Heikendorf.

Die durch den Bau entstandenen Kosten in Höhe von rund 60.000,- DM wurden durch einen organisierten „Spendentopf“ der Gemeinde Heikendorf abgedeckt.

Konzeptioneller Ansatz

Um der Entwicklung der Kinder- und Jugenddelinquenz in der Gemeinde Heikendorf entgegen zu treten und gleichzeitig den Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung anzubieten, wurde von den Mitarbeitern der Polizeistation Heikendorf in Zusammenarbeit mit den Kindern und Jugendlichen der Bau einer Skateranlage auf einem kostenlos von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Gelände in unmittelbarer Nähe des Schul- und Sportzentrums beschlossen. Dadurch sollte auch ein langfristig angelegtes positives Vertrauensverhältnis in enger Kooperation mit den Jugendlichen selbst, dem Jugendzentrum, den Heikendorfer Schulen und der Gemeinde geschaffen werden. So sollten bereits im Vorfeld dieser Aktion viele Jugendliche, Bürgerinnen und Bürger sowie gemeindeeigene Einrichtungen für die Herstellung dieser Skateranlage sensibilisiert und in dieses Projekt mit eingebunden werden. Ziel dieser Aktion war auch der Aufbau eines gut funktionierenden Netzwerkes mit Beteiligung aller Institutionen und Einrichtungen.

Sachstand/Ergebnisse

Das besondere Engagement der Mitarbeiter der Polizeistation Heikendorf und eine von Anfang an enge Abstimmung und Koordination mit den verantwortlichen Leitern des Bürgermeisteramtes, des Sozial- und Hauptamtes, des Bauhofes sowie der Gemeindewerke führte bereits nach kurzer Zeit zu einer besseren Einschätzung der Situation von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde Heikendorf.

Durch das partnerschaftliche Verhalten und konsequente präventive und repressive Vorgehen der Polizei wurden die Jugendlichen zur Selbsthilfe und

Jugendkriminalität/Jugendschutz

Eigeninitiative aufgefordert und von Straftaten abgehalten. Diese polizeiliche Maßnahme ist auch zur Nachahmung in anderen Bereichen geeignet.

Das durchgeführte Präventionskonzept führte nicht nur zur Einrichtung einer professionellen Skateranlage und damit zur Erhöhung des Freizeitangebotes für diese Zielgruppe, sondern auch zu einer Steigerung des Selbstwertgefühls und Dialogbereitschaft der Kinder und Jugendlichen mit der örtlichen Polizei. Dies wird von der Jugendstaatsanwaltschaft Kiel und der Jugendgerichtshilfe Plön nachhaltig bestätigt und unterstützt.

Für dieses Projekt erhielt die Polizeistation Heikendorf den Präventionspreis 1999 der Landespolizei.

Weitere Informationen

Polizeidirektion Schleswig-Holstein Mitte, Polizeiinspektion Plön, Polizeistation Heikendorf, Dorfplatz 8, 24226 Heikendorf

Internet: <http://www.polizei.schleswig-holstein.de>

e-mail: pi.ploen@t-online.de

Jugend und Recht

Organisation

Das Heidenheimer Projekt „Jugend und Recht“ wird im Schulunterricht fächerübergreifend in Deutsch, Gemeinschaftskunde, Religion und Ethik anhand eines fiktiven Falles in Form von Rollenspielen aufgearbeitet. Adressaten sind die Schüler der Klassenstufe 8 der Hauptschulen. Das Projekt besteht aus insgesamt zehn Bausteinen.

Kooperationspartner sind bei diesem Projekt die Lehrer der jeweiligen Schule, der Täter-Opfer-Ausgleich e. V. Heidenheim, die Bewährungshilfe, die Jugendgerichtshilfe, die Staatsanwaltschaft Ellwangen, das Amtsgericht Heidenheim und die Polizeidirektion Heidenheim.

Das Projekt läuft ca. sechs Wochen. Das Projekt wird durch die Beteiligten selbst finanziert. Eine wissenschaftliche Begleitung ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

Konzeptioneller Ansatz

Im Heidenheimer Projekt „Jugend und Recht“ wird in insgesamt zehn Bausteinen die Thematik Gewaltbereitschaft und Jugendkriminalität behandelt. Durch das Projekt sollen bei den potentiellen jugendlichen Zeugen die Hemmschwellen abgebaut und das Helferverhalten und die Zivilcourage gefördert werden. Die Bausteine beinhalten im einzelnen:

- Baustein 1 – Wege in die Kriminalität

Mit den Schüler wird in sechs Unterrichtseinheiten zusammen mit einem Beamten der Kriminalpolizei die Thematik Jugendkriminalität erläutert. Anschließend wird ein Rollenspiel – ein Raubüberfall – vorbereitet und szenisch von den Jugendlichen dargestellt.

- Baustein 2 – Anzeigeerstattung – Polizei

In zwei Unterrichtseinheiten werden – aufbauend auf den ersten Baustein – bei der Polizei die Geschädigtenvernehmung und die Vernehmung und erkennungsdienstliche Behandlung der Täter durchgeführt und besprochen.

- Baustein 3 – Staatsanwaltschaft

In einem weiteren Rollenspiel erläutert eine Staatsanwältin in zwei Unterrichtseinheiten den weiteren Verlauf des Verfahrens bis zur Anklage und Aushändigung der Anklageschrift an die Täter.

Jugendkriminalität/Jugendschutz

- Baustein 4 – Strafverfahren

In einer Unterrichtseinheit wird den Schülern Überblick über die Aufgaben der Jugendgerichtshilfe gegeben und die Möglichkeiten des Jugendgerichtsgesetzes und des Strafrechts erläutert. Außerdem wird ihnen die Funktion der Schöffen bei Gericht erklärt.

- Baustein 5–Jugendgerichtshilfe

In einem Rollenspiel wird der Besuch der Jugendgerichtshilfe bei den Tätern zu Hause gespielt. Die Elternrolle übernimmt dabei ein Lehrer. Auf Anregung der Jugendgerichtshilfe regt die Staatsanwaltschaft einen Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) an. Die Einladung zum TOA – mit umfangreichen Informationsmaterialien – wird den Rollenspielern am Ende der Unterrichtseinheit ausgehändigt.

- Baustein 6 – Täter-Opfer-Ausgleich

Unter Beteiligung eines Mitarbeiters des Täter-Opfer-Ausgleichs e. V. wird in zwei Unterrichtseinheiten das Verfahren Täter-Opfer-Ausgleich erläutert und in einem darauf folgenden Rollenspiel das Erstgespräch mit einem Beschuldigten und dem Geschädigten gespielt.

- Baustein 7 – Ladung zur Hauptverhandlung

In einer weiteren Unterrichtseinheiten wird – nach Scheitern des TOA – die Hauptverhandlung terminiert, die Ladungen an die Täter, das Opfer und die Zeugen zugestellt. Darüber hinaus werden die weiteren Rollen der beiden Schöffen, des Gerichtsreporters und der Eltern der Beschuldigten und des Geschädigten besetzt.

- Baustein 8–Hauptverhandlung

Im Sitzungssaal des Amtsgerichtes wird die „Strafsache“ unter Beteiligung eines Jugendrichters, eines Anwaltes, eines Vertreters der Staatsanwaltschaft, der Jugendgerichtshilfe und den jugendlichen Rollenspielern szenisch dargestellt.

- Baustein 9 – Bewährungshilfe

In einer Unterrichtseinheit werden von einem Mitarbeiter der Bewährungshilfe Informationen zur Bewährungshilfe gegeben und je nach Ausgang der Hauptverhandlung in einem Rollenspiel ein Erstgespräch mit einem Täter durchgeführt und ein Videofilm über den Jugendstrafvollzug gezeigt. Außerdem wird ein Besuch in der Jugendarrestanstalt Göppingen angeboten.

- Baustein 10 – Soziale Trainingskurse

In diesem Baustein werden den Schüler in einer Unterrichtseinheit mit einer Mitarbeiterin des Täter-Opfer-Ausgleichs die Ziele und Inhalte eines sozialen Trainingskurses vorgestellt und einfache Übungen zur Wahrnehmung

Jugendkriminalität/Jugendschutz

des eigenen Verhaltens und zur Entwicklung von Handlungsalternativen durchgeführt.

Sachstand/Ergebnisse

Bisher wurde das Projekt an zwei Schulen, der Ostschule und der Hirscheckschule in Heidenheim durchgeführt. Die Resonanz auf das Projekt war nicht nur bei den Beteiligten, sondern auch in den Medien äußerst positiv. Weitere Aktivitäten sind geplant.

Weitere Informationen

Polizeidirektion Heidenheim, Karlstraße 20, 89518 Heidenheim

Krisenzentrum beim Albert-Schweitzer-Kinderdorf (ASK) Hanau

Organisation

Im Januar 1999 entstand in Kooperation der Jugendämter für die Stadt Hanau und des Main-Kinzig-Kreises sowie der Polizeidirektion Hanau angesiedelt beim Albert-Schweitzer-Kinderdorf Hanau das sog. „Krisenzentrum“.

Das Krisenzentrum besteht aus einem mobilen Krisenbereitschaftsdienst und einer beim Albert-Schweitzer-Kinderdorf (ASK) eingerichteten Inobhutnahmestelle mit vier Unterbringungsplätzen für Kinder und Jugendliche.

Der Bereitschaftsdienst, absolviert von ausgebildeten Sozialpädagogen des ASK, ist außerhalb der regulären Arbeitszeiten der Jugendämter ausschließlich für die Polizei über eine spezielle Handynummer erreichbar.

Die Kosten für das Krisenzentrum tragen zu zwei Dritteln der Kreis und zu einem Drittel die Stadt Hanau.

Konzeptioneller Ansatz

Bei innerfamiliären oder sonstigen Krisensituationen, bei denen Kinder oder Jugendliche gefährdet erscheinen, alarmiert die Polizei den Bereitschaftsdienst, der in der überwiegenden Zahl der Fälle auf der Wache oder vor Ort erscheint und die weitere Bearbeitung übernimmt. Mit dem Ziel, entstandene Krisen bereits im Ansatz zu lösen und nach Möglichkeit Fremdplatzierungen der betroffenen Kinder zu vermeiden, werden sofort fachlich fundierte Gespräche und andere pädagogische Maßnahmen eingeleitet.

Für die Polizei entfallen dadurch die oftmals schwierigen Entscheidungen, Kinder aus ihren Familien herauszunehmen und auch die meist sehr zeitintensiven Anstrengungen bei der Suche nach geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten.

Sachstand/Ergebnisse

Entsprechend einer vorliegenden Zwischenbilanz konnten viele Konflikte geschlichtet werden, ohne dass die Kinder aus ihrer häuslichen Umgebung herausgenommen werden mussten. Aber allein 53 Heranwachsende mussten 1999 im Krisenzentrum in Schutz genommen werden.

Wenn beide Jugendämter die Leistungen alleine organisieren müssten, käme das erheblich teurer. Das Projekt soll deshalb fortgesetzt werden.

Jugendkriminalität/Jugendschutz

Weitere Informationen

Polizeipräsidium Südothessen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Jugendkoordinator, Am Freiheitsplatz 4, 63450 Hanau

Pro Kids

Organisation

Auf Initiative der Polizei begann 1994 eine Kooperation „Polizei – Schule“, die zunächst in einer Partnerschaft der Polizeiinspektion Neunkirchen mit je einer Klasse der Steinwaldschule einmündete. Bei der Auswahl der Schule wurde von Beginn an an eine Schulform unterhalb des Gymnasiums gedacht, da gerade bei diesen Schulen aufgrund von Erfahrungswerten ein größerer Handlungsbedarf bezüglich Prävention und Aufklärung anzunehmen war. Nicht zuletzt spielte die soziale Struktur der Schüler eine wesentliche Rolle. 1997 erfolgte ein Wechsel zur Freiherr-vom-Stein-Schule. Nachdem zunächst nur eine Klasse betreut wurde, erfolgte 1998/1999 eine Ausdehnung der Partnerschaft auf die gesamte Schule. Zu Beginn wurde das Projekt ohne festgelegte Struktur begonnen. Durch praktische Umsetzung der ersten Vorstellungen wurden grundlegende Erfahrungen gesammelt, die dem Projekt in einer zweiten Phase eine praktikable und der Zielsetzung entsprechende Struktur gaben. Es kristallisierten sich bestimmte Themenschwerpunkte heraus, die nunmehr die strukturelle Grundlage der Initiative sind.

Konzeptioneller Ansatz

Die Initiative verfolgt eine doppelte Zielsetzung. Sie pflegt einen sozialen Präventionsansatz, indem sie einen Beitrag zur Verminderung von Jugenddelinquenz wie Körperverletzungsdelikten, Gewalt an Schulen, Eigentumsdelikten, Ladendiebstahl, Drogenkriminalität leisten und im Sinne eines situativen Präventionsansatzes Tatgelegenheiten reduzieren und potentielle Opfer sensibilisieren will.

Hierzu bietet sie die Vermittlung von vertrauensbildenden Maßnahmen, Entwicklungen von Problemlösungsstrategien, Werten und Bildung, die Verhinderung von Defiziten in der Persönlichkeitsentwicklung und Motivationsanreize an.

Als gesamtgesellschaftlichen Ansatz fördert sie eine enge Zusammenarbeit von Schulen, Polizei und anderen, eine Steigerung des Selbstwertgefühls durch Erlangung sozialer Kompetenz in der Gruppe, Schaffung sinnvoller Freizeitangebote, Beratung und Aufbrechen alter Strukturen.

Die Projektinhalte gliedern sich in folgende Maßnahmen:

1. Vertrauensbildung

Besuch der Polizei in der Klasse/Vorstellung des Projektes; Besuch der Schulklasse auf der Dienststelle und Vorstellung des Polizeiberufs; gemein-

Jugendkriminalität/Jugendschutz

sames Frühstück auf der Dienststelle; gemeinsame sportliche Veranstaltungen; Angebot von Hilfestellungen bei konkreten Problemen; Teilnahme am Unterricht der Schule.

2. Veranstaltungen

Einbindung in die aktuelle Öffentlichkeitsarbeit der Polizei; Teilnahme der Polizei an Schulfesten bzw. der Schule an Veranstaltungen der Polizei; Teilnahme am Schulwandertag; Führung über den Hüttenweg (Historie der regionalen Industriekultur).

3. Präventionsthemen

Aufarbeitung der Themen Sucht, Drogen, Strafverfahren, Strafvollzug, Umgang mit ausländischen Mitschülern, Gewalt an Schulen und Jugendschutzbestimmungen durch Diskussionskreise, die im Rahmen des Unterrichts durch den Klassenlehrer vor- bzw. nachbereitet werden. Soweit erforderlich erfolgt eine Unterstützung durch Fachreferenten. Zu den einzelnen Themen kommen neben den Letztgenannten auch Betroffene zu Wort, die aus ihren persönlichen Erfahrungen mit Alkohol, Rauschgift und Straftat berichten. Ein Besuch bei der Polizei gibt einen Einblick in die Kriminaltechnik und beim Amtsgericht wird eine Verhandlung erlebt.

Während sich die vorgenannten Maßnahmen an die Schüler wenden, werden die Eltern durch einen Elternabend mit projektbezogenen Themen angesprochen.

4. Freizeitgestaltung

Die Erfahrungen im laufenden Projekt ließen einen weiteren Bereich der Kooperation entstehen. Grundlage war die Erkenntnis, dass am Ort ein attraktives Freizeitangebot nicht ausreichend vorhanden ist. Also sprachen Polizei und Schulleitung Privatpersonen an, nachdem von den Schülerinnen und Schülern verschiedene Ideen eingebracht worden waren. Entstanden sind so vorläufig fünf Arbeitsgruppen, die überwiegend von „Externen“ geleitet werden.

Sachstand/Ergebnisse

Die bisherigen Erfahrungen lassen es als sinnvoll erscheinen, eine Klasse über zwei Jahre (Klassenstufe 8 und 9) zu betreuen. Die Kontaktaufnahme erfolgt zurzeit alle fünf Wochen innerhalb der Ü-Schicht, darüber hinaus im Rahmen vertrauensbildender Maßnahmen bei aktuellen Anlässen oder Problemen soweit dienstlich möglich. Je nach Themenbereich beträgt die Dauer einer Veranstaltung zwei bis vier Stunden in Absprache mit der Schulleitung. Bei der Polizei hat sich ein Stamm von mehreren Personen gebildet, die sich im Projekt engagieren. Die Betreuung der Klassen erfolgt durch freiwillige Beamte der

Jugendkriminalität/Jugendschutz

Dienstgruppe. Ein Wechsel der Personen soll möglichst unterbleiben, um eine gewisse Kontinuität zu erlangen, die für Vertrauen notwendig ist.

Zwischen den beiden Projektschulen und der Polizeiinspektion hat sich ein partnerschaftliches Verhältnis entwickelt, das wesentlich auch von den beteiligten Personen getragen wird. Diese positive Veränderung bezieht sich sowohl auf das institutionelle als auch das persönliche Verhältnis der Beteiligten zueinander. Die Mitarbeit der einzelnen Klassen gestaltete sich unterschiedlich, reges Interesse ist vor allem bei praktischen Abschnitten feststellbar. In den Projektklassen ist es während der Betreuung zu Straftaten einzelner Schüler gekommen. Auf diese konnte zeitnah reagiert werden. In einigen Fällen suchten Schüler und auch Eltern, die Probleme hatten, auch nach der Betreuungszeit den Kontakt zur Polizei. Es wurde der Eindruck gewonnen, dass durch die gemeinsamen Aktivitäten die Anonymisierung der Institution durchbrochen werden konnte.

In der örtlichen und regionalen Presse wurde mehrfach positiv über das Projekt berichtet. Die Kontakte zu anderen Einrichtungen weiteten sich aus. Das Projekt wird weiter bestehen. Allerdings sind sich die Beteiligten darüber einig, dass Veränderungen wie frühere und konsequentere Einbindung der Eltern, Einbeziehung unterer Klassen, Ausweitung der Kurse, Intensivierung der Kontakte zu örtlichen Einrichtungen der Jugendhilfe durchgeführt werden sollen. Das Projekt ist Teilnehmer am saarländischen Landespräventionspreis.

Weitere Informationen

Polizeiinspektion Neunkirchen, Falkenstraße 11, 66538 Neunkirchen

e-mail: 11469507@slpol.de

Schulschwänzerinitiative der Polizeidirektion Nürnberg

Organisation

Das Projekt läuft mittlerweile seit 1998 in enger Zusammenarbeit mit den Schulbehörden der Stadt Nürnberg und des Freistaates Bayern sowie den Einrichtungen der Bezirkssozialarbeit. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt vor allem über die Jugendbeauftragten, die Jugendsachbearbeiter sowie die Schulverbindungsbeamten der Nürnberger Polizei und ist ein wichtiger Bestandteil des Sicherheitspaketes für die Stadt Nürnberg.

Konzeptioneller Ansatz

Das Nürnberger Konzept im Bereich Schulschwänzer beruht auf zwei Säulen:

- Die Polizei übernimmt auf Antrag der zuständigen Schulbehörde Vorführungen im Rahmen des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes.
- Die Polizei führt in Zivil zur allgemeinen Schulzeit Kontrollen an bekannten Treffpunkten von Schülerinnen und Schülern durch. In telefonischer Absprache mit der jeweiligen Schule können angetroffene schulpflichtige Kinder und Jugendliche in der Schule vorgeführt werden.

In jedem Fall und unabhängig von einer Vorführung werden bei Schulschwänzern in der Folge das Schulamt, das Jugendamt, der Allgemeine Sozialdienst sowie die Erziehungsberechtigten informiert.

Sachstand/Ergebnisse

Nach Auskunft des Schulamtes Nürnberg ist die Zahl der notorischen Schulschwänzer im Schuljahr 1998/1999 im Vergleich zum Vorjahr von 122 auf nunmehr 70 zurückgegangen. Für das laufende Schuljahr 1999/2000 konnte die Quote der notorischen Schulschwänzer sogar auf nur noch 1,16 % gesenkt werden.

Die negative Vorbildwirkung des Schulschwänzens nahm offensichtlich ab, weil durch das konsequente behördliche Eingreifen verdeutlicht wird, dass unentschuldigtes Fernbleiben von Unterricht keineswegs als Kavaliersdelikt betrachtet wird.

Gleichzeitig ist der Tatbestand des Ladendiebstahls für das Jahr 1999 für den PD-Bereich Nürnberg gegenüber dem Vorjahr um 3 % zurückgegangen.

Das Programm ist damit eine konsequente Antwort auf die statistischen Untersuchungen der Nürnberger Polizei, die einen Zusammenhang zwischen noto-

Jugendkriminalität/Jugendschutz

rischem Schulschwänzen und dem Begehen von Delikten, insbesondere dem Ladendiebstahl, ersichtlich machen.

Mittlerweile wird in allen bayerischen Polizeipräsidien geprüft, inwieweit das Programm auch hier umsetzbar ist.

Weitere Informationen

Polizeidirektion Nürnberg, Jakobsplatz 5, 90402 Nürnberg

Schulschwänzerprogramm

Konzeptioneller Ansatz

Die Polizeiinspektion (PI) Mitte der Polizeidirektion (PD) Hannover führt seit Juni 1999 ein Projekt zur „Optimierung der Kriminalitätsverhütung und -verfolgung für Kinder und Jugendliche“ durch.

Mit dem Projekt soll auf Minderjährige schon im Vorfeld einer Straftatenbegehung eingewirkt werden, um mit erzieherischen Mitteln möglichem kriminellen Verhalten präventiv zu begegnen.

Bei dieser Maßnahme werden jugendgefährdende, aber auch andere Orte überprüft und angetroffene Minderjährige angesprochen. Falls erforderlich, werden gegen Betreiber und Verantwortliche von Spielhallen, Gaststätten und anderen Veranstaltungsorten pp. Maßnahmen eingeleitet.

Ein Bestandteil des Gesamtprojektes ist das Teilprojekt „Schulschwänzer“.

Hierbei werden im Rahmen der uniformierten Präventionsstreifen in den Vormittagsstunden an den bevorzugten Treffpunkten der Minderjährigen sowie in Kaufhäusern, Spielhallen pp. auch Überprüfungen hinsichtlich der Einhaltung der Schulpflicht durchgeführt. Dabei werden Schülerinnen und Schüler gezielt angesprochen und befragt. Bei festgestelltem ›Schulschwänzen‹ wird in der Regel die Verfügung ausgesprochen, sich unverzüglich in die Schule zu begeben. In wenigen Ausnahmefällen ist es bislang aus gefahrenabwehrrechtlichen Gründen zu einer Zuführung an die Schule durch die Polizei gekommen. Eine derartige Verbringung erfolgt nur nach vorheriger Absprache mit den Verantwortlichen. In allen Fällen werden die Schule und das Elternhaus über die jeweilige polizeiliche Maßnahme fernmündlich in Kenntnis gesetzt.

Sachstand/Ergebnisse

Seit Bestehen wurde im Rahmen des Gesamtprojektes insgesamt 166 gezielte Streifengänge und Kontrollen durchgeführt.

Im Rahmen des Teilprojektes Schulschwänzer hat der Beauftragte für Jugendfragen (BfJ) der Polizeiinspektion Mitte 194 schriftliche Mitteilungen an Schulen wegen des Verdachtes einer Schulpflichtverletzung gefertigt. Darauf erfolgten in 111 Fällen Rückmeldungen seitens der Schulen.

Das Projekt hat mittlerweile eine hohe Akzeptanz erreicht und wird allgemein durch die Schulen, Eltern sowie durch Kaufhäuser und Spielhallen begrüßt.

Jugendkriminalität/Jugendschutz

Nach anfänglicher Skepsis wird das Konzept auch vom Amt für Jugend und Familie überwiegend begrüßt. Festgestellt wurde, dass angetroffene Schüler in der Vergangenheit nicht wieder auffällig wurden.

Weitere Informationen

Polizeidirektion Hannover, Polizeiinspektion Mitte, G / S 4, Waterloostraße 9,
30169 Hannover

Sicherheitspartnerschaft in Eutin

Organisation

Die Polizeiinspektion Eutin führte in Zusammenarbeit mit der Stadtjugendpflege das Projekt „Sicherheitspartnerschaft“ in Eutin durch.

Konzeptioneller Ansatz

Die Gründung der „Sicherheitspartnerschaft Eutin“ hatte den Ursprung in den durch jugendliche und heranwachsende Spätaussiedler begangenen Straftaten. Unter Einbeziehung aller in Frage kommender Behörden und Institutionen, gelang es in vernetzter Weise Lösungsansätze zu finden. Dazu wurde ein Ermittlungsteam von drei Polizeibeamten bei der Polizeizentralstation Eutin gebildet.

Bei den Ermittlungen ließen sich ständig wechselnde Gruppierungen feststellen, wobei die Eutiner Gruppe sowohl engen Kontakt zu den Nachbarstädten im Nordbereich als auch im Südbereich hielten. Es ließen sich sogar Kontakte bis nach Rendsburg, Kiel und Hamburg feststellen.

Die Präsenz der Polizei in den Ansiedlungsschwerpunkten der Aussiedler in Eutin wurde deutlich erhöht. Der Präventionsbeauftragte des Kreises Ostholstein sowie der Bürgermeister und der Jugendpfleger der Stadt Eutin trugen Informationen zusammen, um die problematische Situation im Bereich der jugendlichen und heranwachsenden russischen Aussiedler im Kriminalpräventiven Arbeitskreis bei der Stadt Eutin zu thematisieren. Dieses führte zur Gründung einer „Sicherheitspartnerschaft“ mit dem Thema: „Die Lebenssituation der russischen Aussiedler in Eutin“ (Aktivitäten zur Sozialisierung und Integration und die Erstellung gemeinsamer Handlungskonzepte).

Um der Problemlage präventiv begegnen zu können, wurden drei Arbeitsgruppen unter Beteiligung verschiedener Institutionen (Arbeitsgruppe 1: Beruf/Qualifizierung, Arbeitsgruppe 2: Wohnen/Freizeit, Arbeitsgruppe 3: Schule/Sprachförderung) gebildet.

Es wurden hausinterne Sozialpädagogen von zwei Wohnungsbaugesellschaften als Ansprechpartner eingesetzt.

Sachstand/Ergebnisse

Durch die Zusammensetzung der unterschiedlichsten Professionen in den einzelnen Arbeitsgruppen haben sich Informationsfluss und Hintergrundwissen insgesamt wesentlich verbessert. Die Kompetenzen und das „Know How“

Jugendkriminalität/Jugendschutz

der unterschiedlichsten Partner innerhalb dieser Sicherheitspartnerschaft können seitdem wechselseitig genutzt werden.

Durch das Zusammenwirken der repressiven und präventiven Maßnahmen konnte in relativ kurzer Zeit eine Beruhigung innerhalb der problembelasteten Wohnbereiche erzielt werden. Einzelne Maßnahmen und Projekte der Arbeitsgruppe werden auch in Zukunft noch durchgeführt. Das Projekt erhielt eine Anerkennungsurkunde des Innenministers.

Weitere Informationen

Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd, Polizeiinspektion Eutin, Lübecker Str. 35, 23701 Eutin

Internet: <http://www.polizei.schleswig-holstein.de>

e-mail: pi.eutin@t-online.de

Sport statt Gewalt – Projekt des Bundesgrenzschutzes –

Organisation

Das Bundesgrenzschutz-Projekt „Sport statt Gewalt“ wird im Sport- und Freizeitbereich von Kindern und Jugendlichen des südlichen Oderbruch durchgeführt.

Unter Federführung des Beauftragten für Polizeiliche Kriminalprävention des Bundesgrenzschutzamtes sind bei den Aktionen ca. drei Polizeibeamte (Bürgerkontaktbeamte) eingesetzt. Des Weiteren wird das Projekt vom Polizeipräsidium Frankfurt (Oder) und dem Sportverein Rot-Weiß Reitwein betreut.

Projektbeginn war Oktober 1999. Es werden jährlich zwei Aktionen (Frühlings- und Herbstsportfest) durchgeführt. Das Projekt ist als dauerhafte Einrichtung geplant.

Die Finanzierung erfolgt aus zweckgebundenen Mitteln für Maßnahmen der Polizeilichen Kriminalprävention des Bundesgrenzschutzamtes sowie aus Mitteln des Sportvereins.

Konzeptioneller Ansatz

Vor dem Hintergrund von Tendenzen zu einer gewissen Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen im Schul- und Freizeitbereich sowie Erkenntnissen über einige Aktivitäten von rechtsorientierten Jugendlichen im Bereich der ländlichen Region des südlichen Oderbruch wurde die Zusammenarbeit zwischen dem Sportverein und dem Bundesgrenzschutzamt/Polizeipräsidium vereinbart.

Kindern und Jugendlichen soll im Rahmen von regelmäßigen Aktionen eine sinnvolle, aktive und gewaltfreie Möglichkeit der Freizeitgestaltung demonstriert und angeboten werden. Dabei steht die sportliche Aktivität und der Spaß im Vordergrund. Im Ergebnis derartiger Aktionen wird die aktive Mitarbeit von Kindern und Jugendlichen in Sportvereinen der Region angestrebt.

In der Vorbereitungs- und Organisationsphase erfolgt die Einbeziehung von Eltern und Erziehungssträgern. Zur weiteren Popularisierung der Aktion werden prominente Sportler der Region gewonnen.

Die sportlichen Aktivitäten werden durch gewaltpräventive Maßnahmen/Vorfürhungen des Bundesgrenzschutzamtes und des Polizeipräsidiums begleitet.

Jugendkriminalität/Jugendschutz

Sachstand/Ergebnisse

Das Gesamtprojekt und die jährlich durchzuführenden zwei Sportfeste werden durch die lokalen Medien begleitet.

Bei den bisher durchgeführten Aktionen waren zwischen 70 und 150 Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern beteiligt.

Im Ergebnis der bisherigen Aktionen wurde durch den Sportverein ein so genanntes freies Training (Fußball) für Kinder organisiert, die noch nicht am Wettkampfbetrieb teilnehmen, in ihrer Freizeit jedoch einer organisierten sportlichen Tätigkeit nachgehen möchten.

Für das Frühlings sportfest 2000 wurde der Ringerweltmeister und Olympiasieger Maik Bullmann als prominenter Sportler gewonnen. Der Olympiastützpunkt Frankfurt (Oder) ist insgesamt an einer Zusammenarbeit im Rahmen des Projektes interessiert.

Eine Umfrage unter den Beteiligten bestätigte sowohl das Interesse an den Aktionen selbst als auch am Sinn und Zweck des Projektes. Recht großes Interesse gab es z. B. an Info-Material und Diskussionen zum Thema Fremdenfeindlichkeit insbesondere durch 12- bis 16-Jährige.

Für das Projekt wurde ein festes Logo erstellt. Für die Einzelaktionen liegt ein entsprechend abwandbares Logo vor. Diese Vorgehensweise hat sich wegen des Wiedererkennungswertes des Projektes und der Aktionen in der Praxis bewährt. Beide Logos werden sowohl für die Einladungsplakate als auch für zu bedruckende T-Shirts genutzt.

Weitere Informationen

Bundesgrenzschutzamt Frankfurt (Oder), Kopernikusstraße 71, 15236 Frankfurt (Oder)

**Sportvereine gegen Jugendkriminalität
– Präventionspreis 2000 der Landespolizei
Mecklenburg-Vorpommern in Zusammenarbeit mit der
Sportjugend des Landessportbundes
Mecklenburg-Vorpommern**

Organisation

Alle Sportvereine des Landessportbundes Mecklenburg-Vorpommern konnten sich durch Zusendung ihrer Bewerbungsunterlagen an das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern bis zum 23. September 2000 an dem Präventionspreis beteiligen.

Konzeptioneller Ansatz

Kinder und Jugendliche von heute prägen das Gesicht unserer Gesellschaft von morgen. Teamgeist und Solidarität, Leistungswille und Fairness im Umgang miteinander, eine gesunde Einstellung zu ihrem Körper – all dies lernen Kinder und Jugendliche im Sportverein, ob als Mitglied oder vielleicht auch nur als sportlich Interessierter.

Leider können nicht alle Kinder und Jugendliche im Verein mitwirken, mitbestimmen, eigene Ideen in Taten umsetzen, Verantwortung für Aufgaben übernehmen, denn nur wenige Sportvereine sind offen für neue Angebote, offen für alle Kinder und Jugendliche, die neue Kontakte suchen und knüpfen wollen. Nur wenige bemühen sich aktiv auch um die Kinder und Jugendlichen, die kriminell gefährdet sind oder um die, die Hilfe bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft brauchen.

Gesucht wurde der Verein in Mecklenburg-Vorpommern, der mit den Mitteln des Sports bzw. über den Sport

- sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche,
- kriminell gefährdete Kinder und Jugendliche,
- oder bereits mit dem Gesetz in Konflikt geratene Kinder und Jugendliche mit seinen Angeboten anspricht und sich aktiv um sie bemüht.

Gesucht wurde der Sportverein, der zur Bekämpfung und Zurückdrängung der Jugendkriminalität im Land Mecklenburg-Vorpommern beiträgt, indem er

- in besonderem Maße auf minderjährige Problemgruppen zugeht,

Jugendkriminalität/Jugendschutz

- Projekte und Aktivitäten für sozial benachteiligte, kriminell gefährdete oder bereits mit dem Gesetz in Konflikt geratene Kinder und Jugendliche sowie Außenseiter und Randgruppen anbietet oder/und
- Hilfestellung für ehemals inhaftierte Jugendliche bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft gibt, um sie vor einem Rückfall zu bewahren.

Gesucht wurden vor allem langfristige und kontinuierlich durchgeführte, über das normale Maß hinausgehende Angebote, die genau auf die oben genannten Zielgruppen ausgerichtet sind. Gedacht wurde dabei z. B. an die aktive Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen der sogenannten „Straßenszene“ in zielgruppengerechte und gruppenorientierte Freizeitsportarten, an die Integration der Problemgruppen in das Vereinsleben über die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen (persönliche Betreuung, Beitragsgestaltung, Lebenshilfe, etc.).

Sachstand/Ergebnisse

Das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern erreichten neun Projekte von Sportvereinen des Landes. Eine Jury, bestehend aus Vertretern des Landeskriminalamtes und der Sportjugend des Landessportbundes Mecklenburg-Vorpommern, entschied über die Vergabe der Preise.

Die Prämierung der drei Erstplatzierten fand im Rahmen der Feier zum 10-jährigen Bestehen der Sportjugend Mecklenburg-Vorpommerns am 04. November 2000 statt.

Mit dem ersten Preis (3.000 DM) wurde der Box- und Freizeitclub e. V. Greifswald ausgezeichnet. Er widmet sich in seiner Vereinsarbeit hauptsächlich der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die Probleme in unterschiedlichen Lebensbereichen aufweisen und auf verschiedenste Art mit dem Gesetz in Konflikt kamen. Zum Sportangebot kommen u. a. Nachhilfe bei schulischen Problemen, Hilfe bei der Lehrstellensuche, Unterstützung sozial Schwacher und die Organisation von Sommerlagern hinzu.

Der zweite Preis (2.500 DM) ging an den SV Turbine Neubrandenburg e. V. Er arbeitet im Bereich Boxen mit teilweise kriminell gefährdeten, verhaltensauffälligen Jugendlichen, die Defizite im Sozialverhalten in der Schule, in der Freizeit und dem gesamten Umfeld aufweisen. Unter Leitung eines Sozialpädagogen lernen die Jungen mit Aggressionen und Misserfolgen umzugehen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die aktive Elternarbeit.

Den dritten Preis (1.500 DM) erhielt der A. F. C. Tollense Sharks Neubrandenburg e. V. Dieser American-Football-Verein gründete sich vor einigen Jahren aus Jugendlichen, die u. a. wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch, Brandstiftung an Asylbewerberheimen sowie Raub und Nötigung als polizeibekannt galten. Basierend auf ihren eigenen Lebenserfahrungen und ihrer eige-

Jugendkriminalität/Jugendschutz

nen persönlichen Entwicklung, die stark durch den Sport beeinflusst wurde, bauten einige der Gründungsmitglieder den Verein nach einer Reorganisation weiter auf und widmeten sich aktiv der Jugendarbeit, um Kindern und Jugendlichen, die aus dem gleichen negativen Umfeld kommen, ein Sozialisationsfeld zu geben. Der Verein widmet sich außerdem intensiv den sogenannten „Lücke-Kindern“ (10 bis 14 Jahre), die besonders gefährdet sind und oft keiner geregelten Freizeitbeschäftigung nachgehen.

Weitere Informationen

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern, Dezernat 64–Prävention –,
Retgendorfer Straße 2, 19067 Rampe

Internet: <http://www.LKAMV.Praevention@t-online.de>

e-mail: lkamv.praevention@t-online.de

Strandfetenreform

Organisation

Das Projekt zur Eindämmung und Verhinderung von Jugendkriminalität im Strandbereich von Möltenort wurde unter der Polizei in enger Kooperation mit den Heikendorfer Schulen, dem Bürgermeisteramt und dem örtlichen Jugendzentrum durchgeführt.

Konzeptioneller Ansatz

Auf Grund der besorgniserregenden Entwicklung der Jugendkriminalität insbesondere in den Sommermonaten und überwiegend im Strandabschnitt von Möltenort wurde das Projekt „Strandfetenreform“ entwickelt, welches das vorrangige Ziel hatte, auf originelle Weise Regeln von Jugendlichen für Jugendliche aufzustellen. Dabei erfolgten rechtzeitige Informationsveranstaltungen und Verteilung von Flugblättern vor den Sommerferien in den Heikendorfer Schulen.

Weiterhin wurde auf Vorschlag der Polizeistation Heikendorf ein Lichtmast mit Strahlern im Strandbereich installiert, der zu tatrelevanten Zeiten mittels Fernbedienung von der Polizei aus eingeschaltet werden konnte. Mit der Bündelung von präventiven und repressiven Maßnahmen sollten damit die am Strand auftretenden Sachbeschädigungen, Lärmbelästigungen, Brandstiftungen, Körperverletzungen, Alkohol- und Müllprobleme reduziert werden.

Sachstand/Ergebnisse

Durch die anhaltende Diskussion mit den Jugendlichen selbst, den Eltern, Lehrern und Gemeindevertretern gelang es den Mitarbeitern der Polizeistation Heikendorf schon nach kurzer Zeit, eine hohe Akzeptanz dieser aus präventiven und repressiven Maßnahmen gebündelten Aktion zu erreichen. Durch die frühzeitige Einbindung des Jugendzentrums und der Heikendorfer Schulen in dieses Projekt verbesserte sich deutlich die Situation am Strand von Möltenort. Die typischen Straftaten in diesem Bereich gingen erheblich zurück. Dieses Projekt war auch im Hinblick auf die touristische Attraktivität schleswig-holsteinischer Badeorte für andere Gemeinden mit ähnlichen Problemen gut kopierbar sowie ohne hohen finanziellen Aufwand durchführbar. Diese Maßnahme wurde beispielhaft in die Arbeitsgruppe „Tourismus“ des Rates für Kriminalitätsverhütung eingebracht.

Für diese Präventionsmaßnahme erhielt die Polizeistation Heikendorf den Präventionspreis 1999 der Landespolizei.

Jugendkriminalität/Jugendschutz

Weitere Informationen

Polizeidirektion Schleswig-Holstein Mitte, Polizeiinspektion Plön, Polizeista-
tion Heikendorf, Dorfplatz 8, 24226 Heikendorf

Internet: <http://www.polizei.schleswig-holstein.de>

e-mail: pi.ploen@t-online.de

Wenn du klaust, bist du dabei!?

Organisation

Die Auswertung der Kriminalitätsentwicklung durch die Jugendkontaktbeamten hat für den Bereich Coburg ergeben, dass die Deliktszahlen im Bereich des Ladendiebstahls seit Jahren auf hohem Niveau stagnieren. Dabei fällt allerdings besonders auf, dass der Anteil minderjähriger Tatverdächtiger ständig zunimmt, d. h. immer mehr Kinder und Jugendliche werden beim Ladendiebstahl betroffen.

Mit dieser Situation fanden sich die Jugendkontaktbeamten nicht ab und entwickelten deshalb ein Konzept, mit dessen Hilfe verstärkt Aufklärungsarbeit insbesondere an den Coburger Schulen betrieben wird.

Zunächst wurde ein Rollenspiel aufgeführt. Nachdem allerdings den Jugendlichen ein schlüssiges Konzept dargebracht werden sollte (jugendliche Gruppe, Dieb, Detektiv, Polizei, Gericht usw.), war der Personalaufwand zu groß.

Aus dieser Situation wurde die Idee der filmischen Umsetzung des Themas Ladendiebstahl geboren. Nachforschungen über bereits bestehende Ansätze in der Präventionsarbeit hinsichtlich dieses Projektes ergaben, dass die Möglichkeit eines Films neu war und sich noch niemand an dieses Medium herangewagt hatte.

Eine zunächst beabsichtigte Beauftragung eines Fremdunternehmens wurde aufgrund mehrerer Unwägbarkeiten und insbesondere aufgrund der veranschlagten hohen Kosten (ca. 9.000,- DM) verworfen. Es bestand jedoch die Möglichkeit auf die Filmstelle des Polizeipräsidiums Mittelfranken zurückzugreifen.

Trotz wirtschaftlichster Planung wurden dennoch Herstellungskosten in Höhe von 1.500,- DM veranschlagt, welche für Honorare der Laienschauspieler, Kosten der GEMA und des Sprechers benötigt wurden.

Der Film wurde an Originalschauplätzen gedreht. Vertreter des Jugendamtes sowie der Jugendstaatsanwalt und die Jugendrichterin konnten als „Schauspieler“ gewonnen werden.

Der Videofilm ist ein didaktisches Mittel und bedarf daher einer entsprechenden Vor-, Auf- und Nachbereitung. Von der Fachhochschule Coburg wurde ein Begleitheft mit didaktischen Handreichungen erstellt. Es soll ermöglichen, dass der Film von allen Polizeibeamten in Schulen vorgeführt werden kann.

Gesponsert wurde der Film von den Vereinigten Coburger Sparkassen, ermöglicht mit Unterstützung der Filmstelle des Polizeipräsidiums Mittelfranken, Galeria Kaufhof, den Justizbehörden und dem Stadtjugendamt Coburg.

Jugendkriminalität/Jugendschutz

Konzeptioneller Ansatz

Der Film mit dem Titel „Wenn du klast, bist du dabei!?“ soll in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (5. bis 9. Schulklassen) eingesetzt werden und hat ein pädagogisches Ziel: „Die Verhinderung von Ladendiebstählen“.

Er zeigt die Folgen eines Ladendiebstahls in chronologischem Ablauf. Vom Anstiften und „Erwischen“, von den Maßnahmen der Polizei bis hin zur Gerichtsverhandlung und deren Ausgang.

Kurze Inhaltsbeschreibung:

Die 15-jährige Nina Voss möchte Mitglied in einer Clique werden. Dabei nimmt sie auch in Kauf, durch eine Mutprobe mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen:

Ihre „Freunde“ nehmen sie nur auf, wenn sie eine CD aus einem Kaufhaus stiehlt. Nina lässt sich dazu überreden und wird prompt erwischt. Das Unheil nimmt seinen Lauf . . .

Die Gesamtlauzeit des Videofilms beträgt etwa 18 Minuten. Im Anschluss folgt eine Diskussion und Aufarbeitung des Films.

Sachstand/Ergebnisse

Der Film „Wenn du klast, bist du dabei!?“ stößt wie auch die vorher aufgeführten Rollenspiele zum Thema Ladendiebstahl auf großes Interesse in der Öffentlichkeit und bei den Verantwortlichen, die mit Jugendlichen in Berührung kommen. Seitens der Schulen besteht ein großes Interesse daran, dass die Jugendkontaktbeamten mit diesem Film in die Schule kommen. Das Verhältnis Schule/Polizei konnte gravierend verbessert werden.

Eine kurze Testphase ergab, dass sich sowohl untere Klassen als auch Neuntklässler von dem Film angesprochen fühlen. Von der Lehrerschaft wurde der Film äußerst positiv und als pädagogisch wertvoll beurteilt. Alle Schüler waren der Meinung, dass der Film eine abschreckende Wirkung habe und nicht früh genug gezeigt werden kann. Konkrete Nachfragen, ob im Film nicht nur der Zeigefinger erhoben wird, und dieser nur die Sichtweise der „Erwachsenen“ widerspiegelt und somit belehrend wirkt, wurde seitens der Schüler verneint. Der Film kommt bei der heutigen Jugend an.

Weitere Informationen

Polizeipräsidium Oberfranken, – Sachgebiet E 3 –, Ludwig-Thoma-Straße 4, 95447 Bayreuth

Internet: <http://www.polizei.bayern.de/ppofr/>

e-mail: ppofr@baypol.bayern.de

Aktionsprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C)

Konzeptioneller Ansatz

Kinder und Jugendliche sind in sozialen Brennpunkten stärkeren und vielfältigeren Gefährdungen und Benachteiligungen ausgesetzt als in anderen, behüteteren Sozialräumen. Es ist die Aufgabe der Politik, vor allem der Jugendpolitik, auf allen Ebenen gerade in diesen Sozialräumen Strategien für die Entwicklung und Chancen junger Menschen zu entwickeln und umzusetzen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) will mit dem Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C) hier ansetzen und jungen Menschen bessere Voraussetzungen für ihre Zukunft öffnen.

Ziel des Programms E & C ist es zum einen

- über die im Rahmen des Kinder- und Jugendplanes des Bundes geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe Ressourcen und Maßnahmen für diese Sozialräume zu mobilisieren,
- die Arbeit im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe in diesen Sozialräumen qualifizieren und weiterentwickeln zu helfen, sowie den Blick in der Kinder- und Jugendhilfe stärker als bisher auf die Probleme und Schwierigkeiten junger Menschen in diesen Sozialräumen zu richten,
- zum anderen sollen neue Maßnahmen entwickelt und erprobt werden, die die soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen aus diesen Sozialräumen fördern.

Durch die Mobilisierung der Kinder- und Jugendhilfe sollen die Maßnahmen der für Kinder- und Jugendhilfe zuständigen Länder und Kommunen von der Bundesebene aus unterstützt werden.

Das Programm E & C setzt an den vorhandenen Ressourcen der Kinder und Jugendlichen ihrer Familien und sozialen Netzwerke an und versucht diese zu unterstützen, zu fördern und auszubauen. Dem Programm liegt die Annahme zugrunde, dass eine erfolgreiche soziale Arbeit nur mit – und nicht nur für – die betroffenen Kinder und Jugendlichen möglich ist.

Das Programm setzt präventive Akzente darin, Kinder und Jugendliche „stark zu machen“. Um dies zu erreichen, fördert E & C zunächst deren Stärken und Begabungen und ermöglicht für sie Entwicklungschancen. Sie sollen eigenverantwortlich und selbstbestimmt ihren Platz in der Gesellschaft einnehmen. Dafür sind die in die Breite wirkenden Angebote der Jugendarbeit und außerschulischen Jugendbildung geeignet.

Für spezielle Problemlagen sind im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe spezifische Angebote vorgesehen, die präventiv genutzt werden können. Dies be-

Jugendkriminalität/Jugendschutz

deutet für die Prävention im engeren Sinne einerseits, dass Prävention verhindern soll, dass Kinder und junge Menschen zu Opfern von Gewalt, Drogen, Sucht o. a. m. werden und dass sich verfestigte Problemkarrieren herausbilden. andererseits bedeutet dies auch, dass Prävention junge Menschen in die Lage versetzen soll, so stark zu sein, dass sie selbst nicht Gewalt und Aggression gegen andere ausüben.

Sachstand/Ergebnisse

Als bundeszentralem Träger fiel der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ) die Aufgabe zu, im Rahmen des Aktionsprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ein Fachforum durchzuführen, in dem zentrale Fragestellungen unter Jugendschutzaspekten gebündelt und einigen Projekten ein Raum der Präsentation geboten wurde. Dabei wurden u. a. verschiedene Handlungsfelder vorgestellt:

- Sucht- und Gewaltprävention
- Möglichkeiten junger Menschen im Bereich der neuen Medien zu arbeiten
- Möglichkeiten junger Menschen, ihre Verhältnisse zu verbessern, wenn sie aus „sozialen Brennpunkten“ kommen.

Im Rahmen des Aktionsprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C) fand unter wissenschaftlicher Leitung des Deutschen Jugendinstitutes e. V. (Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention) im Mai 2000 ein Wettbewerb und eine Fachmesse unter dem Motto „Fit für Leben und Arbeit“ statt.

Weitere Informationen

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 10117 Berlin
Internet: <http://www.bmfsfj.de>
- Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V., Haager Weg 44, 53127 Bonn
Internet: <http://www.jugendschutz.de>
e-mail: BAJ-Bonn@t-online.de
- Deutsches Jugendinstitut, Abt. Jugend und Jugendhilfe, Nockherstraße 2, 81541 München
Internet: <http://www.dji.de>

Jugendstation

Organisation

Bei dem Projekt handelt es sich um ein nach baden-württembergischem Muster konzipiertes Modellprojekt des Thüringer Innenministeriums, des Thüringer Justizministeriums, des Ministeriums für Familie, Soziales und Gesundheit sowie der Stadt Gera.

Initiator des Projektes ist das Thüringer Justizministerium. Die Projektbeteiligten arbeiten eigenverantwortlich. Für zentrale Fragen ist eine Lenkungsgruppe aus Vertretern der zuständigen Ministerien und der Projektbeteiligten zuständig.

Die Projektbeteiligten arbeiten in folgender Personalbesetzung:

- zwei Staatsanwälte, zwei Justizsekretäre (Staatsanwaltschaft Gera)
- drei Mitarbeiter der Jugendgerichtshilfe, zwei SAM/ABM (Jugendamt/Jugendhilfe)
- vier Polizeibeamte und eine Angestellte. Prognostisch sind sieben Polizeibeamte sowie ein Angestellter vorgesehen (Polizeiinspektion Gera-Mitte).

Die Laufzeit des Projektes beträgt drei Jahre. Gelder werden im Rahmen einer Mischfinanzierung durch das Thüringer Justizministerium, das Thüringer Innenministerium und die Stadt Gera bereitgestellt. Die laufenden Kosten werden durch die Projektbeteiligten nach eigenen Anteilen getragen. Das Projektgebäude ermöglicht die strikte räumliche Trennung der Kooperationspartner und lässt Raum für die Hinzuziehung weiterer Partner im Einzelfall.

Eine wissenschaftliche Begleitung erfolgt durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Landesbüro Thüringen.

Konzeptioneller Ansatz

Anliegen des Projektes ist es, auf Kinderdelinquenz und Jugendkriminalität schneller und gezielter als in bisheriger Arbeitsweise Einfluss nehmen zu können.

Ziele bei der Bearbeitung bekannter Straftaten nach diesem Modell sind vordergründig:

- eine Steigerung der Effizienz bei der Bekämpfung der Kinderdelinquenz und Jugendkriminalität,
- eine Optimierung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit,

Jugendkriminalität/Jugendschutz

- schnellere Reaktion auf Straftaten junger Menschen,
- sofortiges Reagieren bereits nach der ersten Verfehlung und langfristige Senkung der Rückfallzahlen im Kinder- und Jugendbereich.

In der Zielgruppe werden Kinder, Jugendliche und Heranwachsende erfasst, die ihren Hauptwohnsitz in der Stadt Gera haben und thüringenweit als Tatverdächtige in Erscheinung treten.

Indirekt werden darüber hinaus ebenfalls Eltern und Familie, Lehrer und Erzieher, Gruppierungen von Kindern und Jugendlichen mit auffälligem Verhalten und Einrichtungen der Jugend(sozial)arbeit erreicht.

Arbeitsschwerpunkte des Projektes sind, neben einer analysierten und zeitorientierten, vernetzten polizeilichen Sachbearbeitung:

- Vorbeugung mit sachbezogenem Charakter,
- Verbesserung der Kooperationsbeziehungen zwischen verschiedenen Ressorts im präventiven und repressiven Bereich,
- täterausgerichtete Prävention, entsprechend festgelegter örtlicher bzw. zeitlicher Schwerpunkte,
- zeitnahe Verfolgung von Straftaten verbunden mit einer zügigen Einleitung von Maßnahmen nach dem KJHG sowie JGG,
- begleitende Öffentlichkeitsarbeit nach innen und nach außen.

Sachstand/Ergebnisse

Projektbeginn war der 18. 09. 2000. Daher liegen noch keine verwertbaren Ergebnisse vor. In Hauskonferenzen der Jugendstation, gemeinsamen Fallbesprechungen und konzeptioneller Projektarbeit werden zunächst die internen Abläufe aufeinander abgestimmt und optimiert sowie gemeinsame Aktivitäten im präventiven Bereich geplant.

Weitere Informationen

Polizeiinspektion Gera-Mitte, Jugendstation, Weg der Freundschaft 10, 07546 Gera

Straßenfußball für Toleranz

Organisation

Die Organisation obliegt der Deutschen Sportjugend (dsj) im Deutschen Sportbund (DSB).

Das Projekt läuft vom 1. 3. 2000 bis 31. 12. 2003.

Die Finanzierung erfolgt durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, die Bundesanstalt für Arbeit sowie das Bundesamt für Zivildienst.

Für die wissenschaftliche Begleitung ist das Institut für Sportwissenschaft der Universität Potsdam verantwortlich.

Konzeptioneller Ansatz

Zielgruppe sind vor allem fremdenfeindliche und gewaltbereite Jugendliche. Durch eigene positive Erfahrungen mit Gewaltfreiheit und Toleranz im Zusammenleben mit Anderen soll das selbst Erlebte in eigene Regeln und Selbstverantwortung umgesetzt werden.

Zur Erreichung dieses Ziels scheint das Medium Straßenfußball besonders geeignet, bei dem die Spielorte, öffentliche Räume und die Mannschaften gemischt sind und die Spielregeln von den Mannschaftsmitgliedern in eigener Regie entworfen werden.

Sachstand/Ergebnisse

Das Projekt hat am 01. 03. 2000 begonnen, es folgten Auftaktveranstaltungen in verschiedenen Städten Brandenburgs. Im September 2000 fand auf der EXPO Hannover ein Jugendforum und ein Demo-Event im Big Tipi statt; am 08. 10. 2000 war die zentrale KICK-OFF-Veranstaltung in Potsdam unter Teilnahme der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, der Familienministerin sowie politischen Persönlichkeiten aus Land und Kommune.

Jugendkriminalität/Jugendschutz

Weitere Informationen

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat 503, 53107 Bonn
- Deutsche Sportjugend (dsj), – Deutscher Sportbund (DSB) –, Postfach 71 02 63, 60492 Frankfurt a. M.

Internet: <http://www.dsj.de>

Themenbereich

Kinder/Primärprävention

5

Future for all – ein Schulprojekt für Hoffnung und Lebensfreude

Organisation

Seit 1. Oktober 1999 führen das Landratsamt Esslingen, die Polizeidirektion Esslingen und die Stiftung der Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen in einer gemeinsamen Kooperation das Schulprojekt „Future for all“ durch. Die Laufzeit des Projektes ist nicht begrenzt. Die Verantwortlichen möchten mit dem Projekt alle Kinder der Klassenstufen 6 und 7 im 495.000 Einwohner zählenden Landkreis erreichen. Kapital- und kapazitätsbedingt können wöchentlich zwei Projekttagge durchgeführt werden. Pro Projekttag fallen dabei Kosten in Höhe von 500 DM an. Die Finanzierung wird über einen Eigenanteil der jeweiligen Schule, eine Spende der Stiftung der Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen und Fördergeldern des Innenministeriums Baden-Württemberg und des Kultusministeriums des Landes sichergestellt.

Eine wissenschaftliche Begleitung des Projektes ist geplant.

Konzeptioneller Ansatz

In diesem gemeinsamen Projekt werden Biographien sowie szenische Darstellungen dazu genutzt, den Kindern der Klassenstufe 6 und 7 sozialisierende Botschaften zu vermitteln. Theaterpädagogisch geschulte „Schauspieler“ der „Wilden Bühne Stuttgart e. V.“, selbst ehemalige Drogenabhängige und Straftäter, geben ihre Erfahrungen im Auftrag der Projektpartner über den Einstieg in die Sucht, das Leben mit der Droge, mit der Kriminalität, aber auch die Chance des Ausstiegs an Schüler, Eltern und Lehrer weiter.

Die Schauspieler, ein Mann und eine Frau, schildern der Klasse und den anwesenden Lehrer in einer ersten Phase authentisch und offen sowohl die positiven als auch negativen Erfahrungen ihrer „Drogen-Karriere“ und die damit verbundene Kriminalität. In einem zweiten Schritt übernimmt die Schauspielerin die Schülerinnen und der Schauspieler die Schüler. Die Lehrer sind in den Gruppen nicht anwesend. Nach einer kurzen theaterpädagogischen Aufwärmphase stellen die Schauspieler eigene Lebenssituationen dar, die Schlüsselszenen ihrer persönlichen Sucht und Kriminalitätsentwicklung waren. Danach diskutieren die Kinder/Jugendlichen das vorgestellte Problem und versuchen, andere Lösungsmöglichkeiten zu finden. Diese Alternativen werden nun szenisch aufgearbeitet und von den Schülern dargestellt.

In mehreren Sequenzen werden so die negativen Einflüsse und deren Auswirkungen auf das Leben der Schauspieler sowie der alternative Umgang mit den

Kinder/Primärprävention

Situationen und letztendlich die Möglichkeiten zum Ausstieg aus Sucht und Kriminalität bearbeitet.

Das Projekt beinhaltet das Ziel, dass sich die Kinder in der Diskussion und der szenischen Aufarbeitung authentisch mit der Phänomenologie auseinander setzen und gemeinsame Lösungen erarbeiten.

In einer dritten Phase trifft sich wieder die gesamte Klasse mit ihren Lehrern. Nun führen beide Gruppen jeweils eine Szene – in der biografischen Originalfassung und in einer von ihnen gewählten Alternativfassung – vor. Erlebnisse und Erfahrungen werden ausgetauscht, die erlebten Situationen in ihrem möglichen Zusammenhang mit Sucht und Kriminalität diskutiert.

Die gesamte Veranstaltung wird durch begleitende Fortbildungen für Lehrer sowie Informationsveranstaltungen für Eltern unterstützt.

Sachstand/Ergebnisse

Das Projekt „Future for all“ wurde von den beteiligten Schülern, Lehrern und Eltern äußerst positiv aufgenommen. Darüber hinaus stieß es auf große Resonanz bei den Schulen im Landkreis Esslingen. Im Schuljahr 1999/2000 wurde das Projekt für 160 Schulklassen und für 80 Eltern- und Pädagogenabende gebucht. Da wöchentlich nur zwei Projektstage plus maximal zwei Eltern- und Pädagogenveranstaltungen durchgeführt werden können, mussten rund 60 Buchungen abgesagt werden. Im Schuljahr 2000/2001 liegen bis jetzt schon Anmeldungen von 111 Schulklassen und für 21 Eltern- und Pädagogenabende vor. Anfragen aus anderen Landkreisen innerhalb und außerhalb von Baden-Württemberg konnten und können aus Kapazitätsgründen leider nicht berücksichtigt werden.

Weitere Informationen

Polizeidirektion Esslingen, Kriminalprävention und Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle, Agnespromenade 4, 73728 Esslingen

e-mail: post@pdes.bwl.de

Sozialtraining in der Schule

Organisation

Das Projekt „Sozialtraining in der Schule“ wurde 1994 als Pilotprojekt gestartet. Von 1995 bis 1996 wurde das Projekt am Zentrum für Rehabilitationsforschung der Universität Bremen entwickelt und 1996 mit einer Laufzeit von drei Monaten in fünf Bremer Schulen erprobt. Die Laufzeit ist nunmehr unbefristet. Die Ausführung obliegt einem Team aus Klassenlehrern und Psychologen unter Federführung von zwei Professoren. Als Kooperationspartner konnten vier Bremer Schulen gewonnen werden.

Die Finanzierung erfolgt durch Drittmittelgeber und das Land Bremen.

Die wissenschaftliche Begleitung hat ein Projektteam des Zentrums für Rehabilitationsforschung vorgenommen. Inzwischen ist in Österreich eine weitere Evaluation des Trainings durchgeführt worden.

Konzeptioneller Ansatz

Durch „Sozialtraining in der Schule“ soll Aggressivitäten, Ängsten, Hyperaktivitäten oder Leistungsschwächen vorgebeugt bzw. diese abgebaut werden.

Zielgruppe des Projektes sind Schulkinder im Alter von neun bis zwölf Jahren. Das entspricht den Jahrgangsstufen drei bis sechs. Es handelt sich um eine primärpräventive Intervention, durch die Aggression, soziale Unsicherheit, Ängsten und Aufmerksamkeitsstörungen vorgebeugt werden soll. Wissenschaftliche Grundlage des Trainingsprogramms sind die soziale Lerntheorie und das Modell der sozial-kognitiven Informationsverarbeitung. Daraus leiten sich die Ziele des Trainings im einzelnen her:

- Differenzierte soziale Wahrnehmung,
- Erkennen und Äußern von Gefühlen, um Körpersignale sicher zu interpretieren,
- Kooperation als Alternative zu aggressivem, sozial isoliertem, ängstlichem Verhalten,
- angemessene Selbstbehauptung, um Interessen und Bedürfnisse in nicht-aggressiver Weise durchzusetzen und
- Einfühlungsvermögen im Sinne einer Neubewertung der Folgen des eigenen Handelns aus der Sicht des Gegenübers.

Eine Sitzung des Sozialtrainings dauert eine Doppelstunde (1 ½ Stunden) und ist immer gleich aufgebaut. Innerhalb einer Sitzung werden die verschiedenen

Kinder/Primärprävention

Arbeitsthemen anhand von strukturierten Rollenspielen, Verhaltensübungen, Verhaltensregeln, Entspannungs-, Selbstkontroll- und Selbstbeobachtungstechniken in kindgerechter Form vermittelt. Die Übung oder das Rollenspiel wird ausgewertet, besonders unter dem Aspekt des Transfers in außerschulische Lernbereiche der Schüler. Die Umsetzung des Sozialtrainings in der jeweiligen Schulklasse erstreckt sich über zehn Wochen mit je einer 90 minütigen Sitzung pro Woche.

Sachstand/Ergebnisse

Die wissenschaftliche Evaluation nach einem dreimonatigen Training hat ergeben, dass die überdurchschnittlich ängstlichen Schüler ihre Angst reduzieren konnten, und dass die überdurchschnittlich aggressiven Schüler ihre Aggression reduzieren konnten. Mädchen sprechen dabei besser als Jungen auf die Methode an. (vgl.: Petermann, F., Jugert, G., Rehder, A., Tänzer, U. & Verbeek, D. (1999). Sozialtraining in der Schule. Weinheim: Psychologie Verlags Union. 2. überarb. Auflage (1. Aufl. 1997)).

Inzwischen wurde das Sozialtraining in der Schule einer weiteren Evaluation unterworfen: Mit österreichischen Schülern der fünften Jahrgangsstufe in Salzburg wurden die Ergebnisse der Bremer Studie in deutlicher Form bestätigt. Zusätzlich zeigten die Eltern der Schüler eine hohe Akzeptanz gegenüber dem Sozialtraining: Riffert, F. (2000). Sozialtraining in der Schule – Evaluation eines verhaltenstherapeutisch orientierten Präventionsprogramms. In: Verhaltenstherapie und Verhaltensmedizin, 21. Jg. (1), S. 51–64.

Weitere Informationen

BREMER INSTITUT für Pädagogik und Psychologie BIPP, Am Hallacker 42 g, 28327 Bremen

Puppenbühne der Polizeidirektion Weiden i. d. Opf.

Organisation

Die Puppenbühne der Polizeidirektion Weiden wurde im Dezember 1999 gegründet, um eine bleibende Einrichtung zu schaffen, in welcher Verkehrs- und Kriminalitätsprävention betrieben werden kann.

Zur Zeit (Oktober 2000) sind in der Puppenbühne drei uniformierte Polizeibeamte tätig. Die von den Beamten gespielten Puppenstücke werden in Eigenregie geschrieben, einstudiert und in den Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten auf Anforderung kostenlos aufgeführt.

Der Finanzbedarf der Puppenbühne wird zum Großteil aus Eigenmitteln sowie von der Verkehrswacht, Ortsverband Weiden, und dem „Bürger und Polizeiverein Vohenstrauß“ bestritten.

Konzeptioneller Ansatz

Mit dem Puppenstück „Der verzauberte Kasper“ wird in Kindergärten und 1. Klassen der Grundschulen den Kindern verkehrsgerechtes Verhalten spielerisch vermittelt. Die Kinder sollen das Überqueren der Straße, insbesondere an Ampeln und Zebrastreifen erlernen.

Im Rahmen der Kriminalprävention wurde das Puppenstück „Macho, Macho“ entwickelt. Hiermit sollen die Kinder der 2. Grundschulklasse für mehr Normakzeptanz, Achtung fremden Eigentums (Diebstahl, Sachbeschädigung), Auswirkung fehlender Zivilcourage (Wegschaumentalität) und übler Nachrede (falscher Beschuldigung) sowie für die Folgen von Gewaltanwendung sensibilisiert werden.

Sachstand/Ergebnisse

Das Medium Puppenspiel wurde deshalb ausgewählt, weil wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass der „Behaltenswert“ nach einem Jahr noch bei 90% liegt.

Das Verkehrspräventionsstück wurde speziell auf den geistigen Entwicklungsstand von Kindern im Alter vier bis sechs Jahren abgestimmt.

Bei der Entwicklung des Kriminalpräventionsstücks wurde die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) als Grundlage herangezogen. Laut PKS sind in den behandelten Themenbereichen, Sachbeschädigung, Diebstahl und Gewaltanwendung, besonders die 10- bis 14-jährigen Schüler auffällig. Die Puppen-

Kinder/Primärprävention

bühne will daher gerade im Vorfeld dieser Altersgruppe präventiv tätig sein und setzt bei den 7- bis 8-jährigen an, damit diese in der PKS wenn möglich später nicht mehr erscheinen.

In beiden Fällen wurde darauf geachtet, dass die Kinder den Kontakt zu den uniformierten Polizeibeamten haben und ihn als Freund und Helfer kennen lernen.

Die bisherige Resonanz ist durchweg positiv. Dies belegen die Reaktionen der Kinder und Gespräche mit Erziehern, Lehrern und Eltern. Bei Streifenfahrten und Fußdienstgängen werden die in der Puppenbühne eingesetzten Beamten immer wieder von Kindern erkannt und sogar mit ihren Vornamen angesprochen. Die Puppenbühne der PD Weiden wurde bis Juli 2000 weit über einhundert Mal von Schulen und Kindergärten des Direktionsbereichs angefordert.

Desweiteren wurde die Puppenbühne von den Polizeidirektionen Schweinfurt, Würzburg, Bayreuth, Passau und Nürnberg angefordert bzw. eingeladen. Über die einzelnen Vorführungen wird im Lokalteil der örtlichen Presse berichtet. Ebenso berichteten die regionalen TV- und Radiosender in Kurzreportagen über die Arbeit der Puppenbühne. Dies untermauert eine effektive Öffentlichkeitsarbeit der Polizeidirektion Weiden.

Weitere Informationen

Polizeidirektion Weiden, Regensburger Str. 52, 92637 Weiden i. d. Opf

Internet:

<http://www.polizei.bayern.de/ppnopf/pdweiden/organisation/puppen.htm>

Themenbereich Nachbarschaft/Wohnumfeld

6

Sport mit Aussiedlern

Organisation

Das Projekt „Sport mit Aussiedlern“ wurde 1989 unter Federführung des Bundesministeriums des Innern (BMI) und in Trägerschaft des Deutschen Sportbundes (DSB) als Modellprojekt zur Eingliederung der Aussiedler zunächst in den vier Modellregionen Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen eingerichtet. Im Jahr 1990 erfolgte die Ausweitung des Projektes auf alle alten, 1991 schließlich auf die fünf neuen Länder. Seit 1994 ist das Projekt in die Strukturen der Mitgliedsorganisationen der 16 Landessportbünde eingebunden.

Der DSB übernimmt die Bundeskoordination für seine Mitgliedsorganisationen. Die Projektkonzeption wird von den einzelnen Mitgliedsorganisationen den landesspezifischen Gegebenheiten angepasst.

An der Projektdurchführung wirken bundesweit mit: eine Bundeskoordinatorin, rund 36 Landes- und Regionalkoordinatoren als hauptamtliche Kräfte; rund 450 „Teamer“ (z. T. selbst Aussiedler), die als geringfügig Beschäftigte betreuerisch tätig sind, sowie ca. 300 Stützpunktvereine. Des weiteren wird mit über 1.000 Kooperationsvereinen und zahlreichen Trägern der Sozialarbeit zusammengearbeitet.

Das Projekt wird zu ca. 93 % aus Integrationsmitteln des Bundesministeriums des Innern finanziert (2001: rund 11 Mio. DM). Die Restfinanzierung erfolgt im unterschiedlichen Umfang aus Länderprogrammen und Eigenmitteln der beteiligten Mitgliedsorganisationen.

Eine wissenschaftliche Begleitung des Gesamtprojektes ist flächendeckend bislang nicht durchgeführt worden. Einige der am Projekt beteiligten Mitgliedsorganisationen arbeiten in Teilbereichen jedoch mit sportwissenschaftlichen Institutionen zusammen. Hingewiesen sei auf die projektbegleitende Studie von Stephan Telschow u. a.: Integration findet nicht nur in der Turnhalle statt. Bericht zur Evaluation des Projekts „Sport- und bewegungsorientierte Jugendsozialarbeit in Niedergörsdorf/OT Flugplatz“, Universität Potsdam, Potsdam 1998.

Eine Bewertung des Gesamtprojektes erfolgte zudem durch den Deutschen Sportbund auf der Basis einer Befragung der Koordinatoren der Länderprojekte (Deutscher Sportbund (Hg.): Projekt „Sport mit Aussiedlern“. 10 Jahre Integrationsarbeit. Analyse, 1. Auflage, Frankfurt am Main 2000).

Nachbarschaft/Wohnumfeld

Konzeptioneller Ansatz

Das Projekt zielt unmittelbar ab auf die gesellschaftliche Integration der Aussiedler in Deutschland durch deren Einbindung in die örtlichen Gemeinschaften. Damit sollen die Zugangschancen von Aussiedlern zum Handlungsfeld Sport und seinen Organisationen erhöht werden. Die Umsetzung dieses Ziels wird durch einen Zwei-Wege-Plan bestimmt, d. h. zum einen werden die Aussiedler an die Vereine, zum anderen die Vereine an die Aufgabe der Integration herangeführt.

Insbesondere für jugendliche Aussiedler, die zunehmend durch Drogen und Kriminalität gefährdet sind, wird Sport nicht nur als das beste Mittel zur Integration, sondern auch zur Prävention gesehen. Nicht zuletzt der tradierte gesellschaftliche Stellenwert des Sports sowohl in den Herkunftsgebieten der Aussiedler als auch in Deutschland eröffnen der Integration ebenso wie der Kriminalprävention gute Erfolgchancen. Über diese „soziale Offensive des Sports“ werden mit den beteiligten Sportverbänden und -vereinen auch Netzwerke zur Kooperation zwischen Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Schulen, Ämtern und sonstigen Partnern aufgebaut.

Als Projektmaßnahmen werden Sport- und Spielfeste, Ferienfreizeiten, feste Sportgruppen in Zusammenarbeit von Vereinen und sozialen Einrichtungen, Stützpunktvereine sowie Kooperationen angeboten. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf dem Bemühen, die Isolation der Spätaussiedler aufzubrechen und sie mittels der Heranführung an die Sportvereine dauerhaft in das gesellschaftliche Umfeld vor Ort einzubinden.

Außerdem wird aus Anlass rechtsradikaler Übergriffe das Projekt „Sport mit Aussiedlern“ ab 2001 um die Zielsetzung „Sport gegen Gewalt“ erweitert. Zu diesem Zweck sollen zum einen Ausländer verstärkt in das Projekt mit einbezogen, zum anderen soll die Zielgruppe auch um benachteiligte deutsche Jugendliche erweitert werden, denn Sport hat nicht nur integrative, sondern auch präventive Funktion. Der Sport ist eine Art „Schutzimpfung“. Für den Zweck der Gewaltprävention sind die Integrationsmitteln des Bundesministeriums des Innern im Jahr 2001 um 2,6 Mio. DM aufgestockt worden. Diese Mittel sollen dazu verwendet werden, auch neue Stützpunktvereine dort einzurichten, wo jugendliche Aussiedler, junge Ausländer und benachteiligte deutsche Jugendliche zusammenleben.

Sachstand/Ergebnisse

Das Projekt erreicht jährlich mehrere hunderttausend Menschen.

Der Deutsche Sportbund kommt in seiner schon genannten Analyse der bisherigen Arbeit (Projekt „Sport mit Aussiedlern“. 10 Jahre Integrationsarbeit. Analyse, 1. Auflage, Frankfurt am Main 2000) u. a. zu folgenden Ergebnissen:

Nachbarschaft/Wohnumfeld

Als besonders effizient für die längerfristige Einbindung von Aussiedlern werden am ehesten jene Angebots- und Organisationsformen bewertet, die auch dauerhaft angelegt werden. Dies betrifft vor allem die Arbeit mit Starthelfern und Stützpunktvereinen.

Untersucht wurde auch der Beitrag bestimmter Angebotsformen und der inhaltlichen Ausrichtung der Projekte (z. B. vereinsorganisierte Ferienfreizeiten oder Sport- und Spielfeste) für den Integrationserfolg. Hier lassen sich jedoch keine durchgängigen Bewertungsmuster finden. Offensichtlich tragen inhaltliche Orientierungen, typische Organisationsformen und die verfügbaren Ressourcen der einzelnen Landesprojekte zu sehr unterschiedlichen Erfahrungen der Projektkoordinatoren bei.

Bezogen auf den „Integrationserfolg“ werden sowohl die Perspektive der Gewinnung von Aussiedlern für Sportvereine als auch eine eher allgemeinere Integrationsperspektive als verhältnismäßig gut bewältigt eingeschätzt.

Zielgruppenspezifisch zeigte sich eine Bevorzugung von Jüngeren und männlichen Personen.

Im Rahmen der genannten projektbegleitenden Studie „Integration findet nicht nur in der Turnhalle statt. Sport- und bewegungsorientierte Jugendsozialarbeit in Niedergörsdorf/OT Flugplatz“ wird zusammenfassend u. a. festgestellt, „dass es gelingen konnte, Sport und Bewegungsangebote zu unterbreiten, die das gemeinsame Leben jugendlicher Aussiedler und Einheimischer attraktiver machen. Zudem dürften wertvolle Erfahrungen für die sozialintegrative und Jugendarbeit im vereinsorganisierten Sport gesammelt worden sein.“

Weitere Informationen

- Bundesministerium des Innern, Referat SH II 3, Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn

Internet: <http://www.bmi.bund.de>

e-mail: SHII3@bmi.bund400.de

- Deutscher Sportbund, 60525 Frankfurt am Main

Internet: <http://www.dsb.de>

Schutzhütte

Organisation

Aus konkretem Anlass bildete sich als Kooperationsmaßnahme der Stadt Homburg und des Jugendsachgebietes der Polizeiinspektion Homburg eine „Bauherrngemeinschaft“. Dieser gehören an: die Jugendlichen im Berliner Wohnpark, einem Wohngebiet der Stadt Homburg, die Initiative Berliner Wohnpark (Teile der Elternschaft), die Stadt Homburg, die Arbeiterwohlfahrt Vespe und das Jugendsachgebiet der Polizeiinspektion Homburg. Die Umsetzung erfolgte im Rahmen des Projektes „jugendorientierte Stadt“ der Stadt Homburg.

Konzeptioneller Ansatz

Aufgrund einer Bedarfserhebung unter Jugendlichen und zur Beseitigung von Störungen in einem Wohngebiet wurde das Projekt einer Schutzhütte für Jugendliche entwickelt. Die Zielsetzung hierbei war vielfältig. Das Objekt sollte als Treffpunkt für junge Menschen eingerichtet werden, um einen Ausweg aus einer Mangelsituation in dem betreffenden Wohngebiet zu finden. Es galt jedoch eine Ausgrenzung der Jugendlichen aus ihrem Umfeld zu vermeiden, vielmehr eine Integration zu erreichen. Gleichzeitig sollten Belästigungen der Anwohner künftig vermieden werden. Dies gelang durch Beteiligung am Bau, Berücksichtigung der eingebrachten Ideen und der Auswahl eines Platzes, der nicht in totaler Abgeschiedenheit gelegen war. Mit dem Bau der Hütte verbunden war die vertraglich zugesicherte Übernahme einer Partnerschaft für den in der Nähe gelegenen Spielplatz durch die Jugendlichen.

Sachstand/Ergebnisse

Die Beschwerden von Anwohnern im Berliner Wohnpark über Jugendliche, die sich aus Mangel an einer anderen Gelegenheit regelmäßig an einer Bushaltestelle mit Wartehäuschen trafen und daraus entstehende Frustration und Irritation bei den Jugendlichen konnten durch das Projekt abgebaut werden. Die Schutzhütte dient mittlerweile als fester Jugendtreff und wird von den Jugendlichen gepflegt und instand gehalten. Sie fühlen sich für die Schutzhütte verantwortlich und wollen als nächstes einen angrenzenden Bolzplatz für sich nutzbar machen. Es besteht ein sehr hoher Identifikationsgrad mit dem Projekt auch deshalb, weil die Jugendlichen von Anfang an in die gesamte Planung und Durchführung mit einbezogen waren.

Nachbarschaft/Wohnumfeld

Weitere Informationen

- Polizeiinspektion Homburg, Jugendsachgebiet, Eisenbahnstraße 40, 66424 Homburg

e-mail: 11522106@slpol.de

- Arbeiterwohlfahrt VESPE, (Verbund sozialpädagogischer Einrichtungen), Moselstraße 8, 66424 Homburg

Internet: <http://www.lvsaarland.awo.org>

Themenbereich Opferhilfe/Opferschutz

7

Arbeitsbereich „Sekten/Okkultismus“ im Polizeipräsidium München

Organisation

Innerhalb des Aufgabenbereiches „Verhaltensprävention“ des Kommissariates 314 betreut ein Sachbearbeiter das Thema „Sekten/Okkultismus“.

Konzeptioneller Ansatz

Sekten, Psychoorganisationen und okkulte Gruppierungen sind in unserer heutigen Gesellschaft, in der von vielen Bürgern immer mehr die emotionale, moralische und theologische Haltlosigkeit, die Anonymität und Vereinsamung beklagt wird, scheinbar ein Weg einer neuen Sinnsuche. Dies wirft häufig neue Probleme auf und stellt in Folge dessen oft einen polizeilichen Handlungsbedarf dar. Zum einen kann es sich um einen destruktiven Kult handeln, dessen Ideologie gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet ist, zum anderen besteht die Gefahr, dass Mitglieder aufgrund des Gruppendrucks selbst Straftaten begehen oder Opfer werden. Die Verhütung bzw. die Unterbindung, aber auch die Verfolgung von Straftaten ist daher eine klare polizeiliche Aufgabe.

Arbeitsschwerpunkte in diesem Themenkomplex sind:

- Medien- und Öffentlichkeitsarbeit (Vortragstätigkeit extern und polizeiintern, Publikationen, Erstellen von Infobroschüren)
- Betreiben einer Info-Datei zu Sekten, Psychoorganisationen und okkultistischen Gruppen
- Unterstützung von Polizeidienststellen des Polizeipräsidioms München durch Information über Aufbau, Vorgehensweise und Ideologie von verschiedenen Gruppen
- Beratung von Bürgern zu Sekten, Psychoorganisationen und okkulten Gruppen (Erkennbarkeit, Abläufe etc.)
- Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit anderen Behörden, z. B. Kreisverwaltungsreferate, Stadtjugendamt u. a. und den Sekten-/Weltanschauungsbeauftragten der Kirchen im Rahmen von Arbeitskreisen.

Quellen:

- Lexikon der Sekten, Sondergruppen und Weltanschauungen, Herder Verlag (Freiburg/Basel/Wien)
- Handbuch Religiöse Gemeinschaften, Gütersloher Verlagshaus

Opferhilfe/Opferschutz

- Neue religiöse und ideologische Gemeinschaften und Psychogruppen, Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, Hoheneck-Verlag, Hamm

Sachstand/Ergebnisse

Publikationen:

- Die Bayerische Polizei, Hefte März/April und Oktober 1999
- Kriminalistik, Heft November 1999

Nach 2-jähriger Beratungstätigkeit im Bereich Sekten/Okkultismus wurde 1999 eine weitere Zunahme der Anfragen von Münchener Bürgern, Behörden und Polizeidienststellen registriert. Die Gesamtzahl der Beratungen (telefonische und persönliche) belief sich 1999 auf über 800.

Weitere Informationen

Polizeipräsidium München, Kriminalpolizeidirektion 3, Kommissariat 314, Ettstraße 2, 80333 München

Internet: http://www.polizei.bayern.de/pp_muc/schutz

e-mail: ppmuc@polizei.bayern.de

Polizeiliche Opferberatung beim Polizeipräsidentium Rheinpfalz

Organisation

Die polizeiliche „Opfersprechstunde“ wurde im August 1996 im Kommissariat Polizeiliche Prävention (K 15) des Polizeipräsidentiums Rheinpfalz in Ludwigshafen eingerichtet.

Unter Federführung des K 15 wird eine Beamtin eingesetzt.

Konzeptioneller Ansatz

Das Beratungsangebot soll alle Personen sowie deren Angehörige erreichen, die Opfer, Geschädigte und/oder Zeugen einer Straftat geworden sind oder Angst haben, Opfer zu werden. Ausschlaggebend für die Kontaktaufnahme ist die individuelle Betroffenheit und das persönliche Empfinden des Einzelnen, unabhängig von der Deliktsart oder Erstattung einer Strafanzeige.

Ziel ist es, möglichst unmittelbar nach der Viktimisierung Kontakt zu den „Opfern“ herzustellen, um diesen – soweit erforderlich und gewünscht – über die reine Anzeigenerstattung hinausgehende Hilfestellungen zu geben. Die polizeiliche „Opfersprechstunde“ versteht sich in ihrer Funktion nicht als psychologische Beratungsstelle für Opfer und Zeugen von Straftaten, sondern wird eher vermittelnd tätig. Die „Opfersprechstunde“ ist primär als erste Anlauf- bzw. Clearingstelle sowie als Betreuungs- und Weitervermittlungsstelle gedacht (z. B. im Rahmen eines Täter-Opfer-Ausgleiches).

Vorrangiges Ziel ist es, den Ratsuchenden Unterstützung und Verständnis bei der Bewältigung ihrer Lebenssituationen anzubieten und gemeinsam Lösungsmöglichkeiten zu finden. Das Vertrauen in die Polizei soll stabilisiert sowie eine Reduzierung der Kriminalitätsfurcht und Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls erreicht werden.

Im Rahmen der polizeilichen Möglichkeiten (Opportunitäts-/Legalitätsprinzip) wird versucht, eine auf den Einzelfall bezogene Gesprächsführung zu gewährleisten, die absolut vertraulich und unentgeltlich stattfindet. Die polizeiliche Opferberatung hat einen reinen Angebotscharakter.

Das Beratungsgespräch im Rahmen der „Opfersprechstunde“ umfasst u. a. folgende Leistungen:

- Gespräche über Ängste als Folge der erlittenen Straftat,
- Informationen über rechtliche Möglichkeiten (z. B. Strafanzeige, Nebenklage, Privatklage und Vermittlung) sowie

Opferhilfe/Opferschutz

- Vermittlung von Kontakten zu anderen Stellen, die den Ratsuchenden spezielle Hilfsdienste anbieten können (z. B. psychologische Beratungsstellen, Frauenhäuser u. ä.).

Um eine erfolgreiche und umfassende Hilfestellung sowie die Weiterentwicklung und fachliche Prüfung des Beratungsangebotes gewährleisten zu können, ist die Kooperation und Zusammenarbeit mit anderen Institutionen (z. B. Kinderschutzbund u. a.) unerlässlich. Hierzu nehmen die Beamten der polizeilichen Opferberatung an Arbeitskreisen, Tagungen sowie berufsbegleitenden Weiterbildungsveranstaltungen (Seminaren) teil.

Bestehende Kontakte zu Psychologen/Psychotherapeuten ermöglichen es den Beamten der „Opfersprechstunde“, schwer traumatisierte Menschen im Bedarfsfall an diese zu vermitteln.

Sachstand/Ergebnisse

Ein grundsätzliches Problem der polizeilichen Opferberatung ist, dass sie nicht über einen solchen Bekanntheitsgrad verfügt, wie z. B. Drogenberatungsstellen, die es bereits in jeder größeren Gemeinde gibt. Diese Einrichtungen sind als Anlaufstellen weitgehend bekannt und werden von Betroffenen auch genutzt. Die polizeiliche Opferberatung ist von einer solchen Selbstverständlichkeit noch weit entfernt.

Gerade im Bereich der Seniorenarbeit hat die Opfersprechstunde dazu beigetragen, in zahlreichen Einzelgesprächen Kriminalitätsängste abzubauen und das subjektive Sicherheitsgefühl dieser Zielgruppe zu stärken. Insbesondere der in Kooperation mit der Stadtverwaltung Ludwigshafen „Leitstelle Älterwerden“ eingerichtete Betreuungsdienst der Senioren garantiert, dass sich Geschädigte und Opfer über 60 Jahre nicht allein gelassen fühlen. Zwei freiwillige Helfer des Seniorenrates betreuen Geschädigte und Opfer nach Straftaten. Sie begleiten diese Personen zu Behörden und helfen – gemeinsam mit der Polizei – durch Gespräche – Ersatzausstellung von persönlichen Papieren, Verbindungsaufnahme zu Hilfsorganisationen den Opfern.

- Aktivitäten:

Jährlich finden etwa 100 Beratungen statt, davon zuletzt 80 % durch persönliche Gespräche von ein bis zwei Stunden Dauer, 20 % telefonische Beratungen von 15 bis 60 Minuten. Der deliktische Schwerpunkt liegt bei den Eigentums- und Vermögensdelikten. Das Angebot wird zu 80 % von Personen über 40 Jahren angenommen; 60 % der ratsuchenden Opfer sind Frauen.

- Wirkungen:

Erwartet werden neben der Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls insbesondere eine Reduzierung der Gefahr des wiederholten Opferwerdens. Die

Opferhilfe/Opferschutz

beratenen Opfer äußern alle ihre Zufriedenheit über diesen polizeilichen Service.

Weitere Informationen

Polizeipräsidium Rheinpfalz, Kriminaldirektion, Zentrale Kriminalinspektion
– Kommissariat 15, Wittelsbachstraße 3, 67061 Ludwigshafen

Internet: kdludwigshafen.praevention@polizei.rlp.de

Themenbereich Sexueller Missbrauch

Keine Gewalt gegen Kinder – Ein Verhaltenstraining für Kinder im Grundschulalter –

Organisation

Das Verhaltenstraining „Keine Gewalt gegen Kinder“ wird unter Federführung des Kommissariats Vorbeugung Kriminalität (ZKB/K61), in Kooperation mit Kölner Grundschulen und Kindertagesstätten (Hortgruppen), durchgeführt. In das Projekt sind ein bis zwei Beamte eingebunden. Der Projektzeitraum erstreckt sich über mehrere Jahre.

Die Finanzierung des Projektes (Druckkosten) erfolgt aus eigenen Haushaltsmitteln.

Durch die Einbindung von Schulkollegien und den Kölner Studienseminaren für Referendare findet eine ständige Evaluation statt.

Konzeptioneller Ansatz

Bei dem Verhaltenstraining „Keine Gewalt gegen Kinder“ handelt es sich um ein Teilmodul des Konzeptes „Sexuelle Gewalt gegen Kinder“. Vor Einführung des Trainings wird eine Lehrerinformationsveranstaltung und ein Elternabend veranstaltet. Der Schwerpunkt im Bereich der Pädagogen liegt bei der Vorstellung der Konzeption des Trainings und den Umgangsmöglichkeiten bei einem Missbrauchsverdacht. Hauptthema des Elternabends ist die Erziehung der Kinder zu selbständigen, eigenverantwortlichen und kritischen Persönlichkeiten.

Im Anschluss daran wird das Trainingsmodul vorgestellt.

In dem Modul „Verhaltenstraining“ wird nicht auf die Problematik des Missbrauchs eingegangen. Den Schülerinnen und Schülern werden vielmehr Lösungsmöglichkeiten für Situationen angeboten, die von ihnen mit Angst besetzt sind.

Ziel des Schulungsmoduls ist es, Kindern im Grundschulalter (2. bis 4. Klassenstufe) in Gefährdungssituationen Handlungskompetenz einzuräumen. Die Kinder sollen durch Verhaltensschulung gestärkt und nicht durch falsch verstandene Information verunsichert werden. Die Erfahrung zeigt, dass Kinder zu Angst besetzten Situationen Lösungsmöglichkeiten suchen, ohne die Hintergründe der Gefährdung zu hinterfragen. Es ist von Anfang an nicht im Sinne der Problemstellung, mit den Kindern über die Art der Gefährdung zu sprechen.

Besonders hilfreich scheint es, an die Verhaltensschulung der Verkehrserzieher anzuknüpfen, da über den Verkehrsunterricht die Methodik der Verhaltensschulung und die Organisation der Polizei den Schülern bekannt ist.

Sexueller Missbrauch

Als Programmpunkte wurden Fragen und Situationen ausgesucht und mit den Kindern erarbeitet:

- Was ist Polizei? (Identifikation durch Uniform und Dienstausweis)
- Ich fahre im Auto mit (Statt der üblichen Redewendung: „Fahr mit keinem Fremden mit!“ Erstellen einer Positivliste mit den Eltern.)
- Ich werde durch einen Autofahrer angesprochen. (Distanzverhalten)
- Ich werde angesprochen. (z. B. am Spielplatz)
- Ich fühle mich verfolgt. (Das nächste Geschäft. Das öffentliche Telefon)
- Ein Exhibitionist.
- Ich bin allein zu Hause und das Telefon klingelt.
- Ich bin allein zu Hause und es klingelt an der Tür.
- Kindersorgentelefon, Tel: 0800/1110333

Sachstand/Ergebnisse

Das Modul „Keine Gewalt gegen Kinder“ - Verhaltenstraining für Kinder im Grundschulalter - wurde in Köln in über 400 Klassen durchgeführt. Das staatliche Schulamt der Stadt Frankfurt hat die Konzeption für seine Präventionslehrer übernommen. Die Resonanz der Schulen ist durchgehend positiv. Eine Werbung für das Projekt hat sich auf Grund der ständigen Nachfrage erübrigt.

Durch das Verhaltenstraining „Keine Gewalt gegen Kinder“ konnte eine Stärkung des Sicherheitsgefühls erreicht werden.

Das überarbeitete Trainermanual kann seit September 2000 von der Homepage des Polizeipräsidiums Köln (www.polizei.nrw.de/koeln) oder des Kommissariats Vorbeugung Kriminalität (K61) des Polizeipräsidiums Köln (www.netcologne.de/vorbeugung) heruntergeladen werden.

Weitere Informationen

Polizeipräsidium Köln, Kommissariat Vorbeugung Kriminalität (ZKB/K61), Waidmarkt 1, 50676 Köln

Internet: <http://www.netcologne.de/vorbeugung>
<http://www.polizei.nrw.de/koeln>

e-mail: kk-vorbeugung@netcologne.de

Bekämpfung des Sextourismus mit Kindesmissbrauch in der Tschechischen Republik – (KISS)

Organisation

Die Projektorganisation erfolgt von einer Bund-Länder-Projektgruppe (BLPG). In die Projektarbeit sind das Bundesministerium des Innern (Federführung) mit dem Bundesgrenzschutz, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium der Finanzen mit der Bundeszollverwaltung, das Bayerische Staatsministerium des Innern und das Sächsische Staatsministerium des Innern mit ihren nachgeordneten Bereichen sowie die Organisationen KARO und „Helsinki Citizens’ Assembly“ (HCA) eingebunden.

- KARO ist ein grenzüberschreitendes Sozialprojekt zur zielgruppenspezifischen HIV-/AIDS-Prävention. Es wird gefördert durch die EU und das Bundesland Sachsen und ist beim DRK Ortsverband Oelsnitz angegliedert.
- HCA ist ein internationaler Zusammenschluss von Bürgerrechts- und Menschenrechtsgruppen, sozialen Bewegungen und Initiativen aus allen OSZE-Staaten – ein Netzwerk von 21 nationalen Sektionen

Das Projekt läuft seit Januar 2000 und ist voraussichtlich im Frühjahr 2001 beendet. Die Finanzierung erfolgt durch die Projektpartner.

Konzeptioneller Ansatz

Projektziel ist es, den Kinderschutz insgesamt zu erhöhen und insbesondere dem Strom des Sextourismus mit Kindesmissbrauch aus der Bundesrepublik Deutschland in die Tschechische Republik Einhalt zu gebieten. Teilziele zur Erreichung dieses Gesamtziels sind

- die Öffentlichkeit über den sexuellen Missbrauch von Kindern durch deutsche Täter in der Tschechischen Republik aufzuklären und für das Phänomen zu sensibilisieren
- in der Öffentlichkeit für das durch deutsche Täter verursachte Leid dieser Kinder Betroffenheit zu erzeugen
- an die Verantwortung jedes Einzelnen zu appellieren und dadurch seine Anzeigebereitschaft zu wecken
- potentielle Straftäter abzuschrecken.

Zielgruppe des Projektes sind alle Personen, die über die von den Projektpartnern ins Auge gefassten Grenzübergänge in die Tschechische Republik ein- und ausreisen.

Sexueller Missbrauch

Zur Zielerreichung erfolgen wiederholte Plakat- und Postkartenaktionen an deutsch-tschechischen Grenzübergängen, die durch offensive Gesprächsangebote der eingesetzten Kräfte mit den Reisenden bei der Ein- und Ausreisekontrolle begleitet werden.

Die Überprüfung der Zielerreichung ist durch

- Auswertung der unmittelbar mit dem Bürger während der Aktionstage geführten Gespräche,
- die Beobachtung des Hinweis- und Anzeigeverhalten im Anschluss an die Aktionstage und
- Umfragen in den grenznahen Regionen unter enger Einbindung der Bürgerkontaktbeamten des Bundesgrenzschutzes bzw. der Beauftragten der Polizei für Frauen und Kinder sowie sozialer Einrichtungen zu gewährleisten.

Pressekonferenzen bzw. -gespräche vor Ort und mit den Projektpartnern unterstützen die Öffentlichkeitsarbeit nach außen.

Sachstand/Ergebnisse

Die Aktionstage KISS vom 28. bis 30. Juni 2000 stießen auf große Medienresonanz und hohe Zustimmung in der Bevölkerung. Die Bürger forderten weitere, grundsätzlich langfristig angelegte Aktionen dieser Art zur Stärkung der Nachhaltigkeit, eine konsequentere Strafverfolgung und eine engere Zusammenarbeit deutscher und tschechischer Behörden. Die Kernaussage der Aktion – auch der Postkarten und Plakate –, dass sexueller Missbrauch von Kindern durch Deutsche im Ausland auch in Deutschland strafrechtlich verfolgt wird, war einer Vielzahl der Bürger bis zu den Aktionstagen nicht bekannt.

Die Kooperation verschiedener Bundes- und Landesbehörden mit Nichtregierungsorganisationen hat sich als vorbildliche und nachahmenswerte Allianz bewährt. Die positiven Synergieeffekte setzen sich auch weiterhin in der Alltagsarbeit nachhaltig fort.

Weitere Informationen

- Bundesministerium des Innern, Referat BGS II 2, Alt Moabit 101 D, 10559 Berlin
Internet: <http://www.bmi.bund.de>
e-mail: BGSI2@bmi.bund400.de
- KARO, DRK Kreisverband Oelsnitz e. V., Bürgermeister-Todt-Straße 17, 08626 Adorf/Vogtland

Informationsbroschüre „Gemeinsam gegen Kinderprostitution, Sextourismus und Kinderpornografie“

Organisation

Gemeinsam mit örtlichen Reisebüros und der Kontaktstelle gegen sexuellen Missbrauch erarbeitete die Polizeidirektion Aalen eine vierseitige DIN-A5 – Informationsbroschüre für Tourismuskunden unter dem Motto „Gemeinsam gegen Kinderprostitution“.

In die Gestaltung einbezogen waren auch Pädagogen, Staatsanwälte und Ju- gendsachbearbeiter der Polizei sowie ein örtlich ansässiges Graphikbüro, wel- ches ebenso wie alle anderen Kooperationspartner ehrenamtlich tätig war.

1999 wurden insgesamt etwa 10.000 Broschüren gedruckt, welche über die Reisebüros im Ostalbkreis zur Verteilung an deren Kunden kamen.

Gestartet wurde die Aktion durch zwei große Informationsveranstaltungen in den Großen Kreisstädten Aalen und Schwäbisch Gmünd, wobei jeweils Ver- treter von Reisebüros, Kontaktstelle gegen sexuellen Missbrauch, Polizei und Staatsanwaltschaft referierten. Im Rahmen der Kommunalen Kriminalpräven- tion waren außerdem Frauenvertreterinnen, die Kinderhilfsorganisation terre des hommes sowie die Gewerblichen Schulen als Ausbildungsstelle für Reise- verkehrskaufleute einbezogen.

Die organisatorische Abwicklung erfolgte bewusst mit der Maßgabe auf ört- licher d. h. überschaubarer Ebene anzusetzen um durch direkten Kontakt zwi- schen den Initiatoren eine möglichst hohe Identifikation mit dem Projekt erzie- len zu können.

Konzeptioneller Ansatz

Sexueller Missbrauch von Kindern und die damit verbundenen Straftaten sind besonders verwerfliche Delikte, welche Staat und Gesellschaft gewöhnlich stark beunruhigen, sowie Wut und Ablehnung hervorrufen. Trotz dieser ein- deutigen und glaubhaft wahrzunehmenden Ächtung ist hinsichtlich des Be- kanntwerdens und der Aufklärung solcher Taten von einem hohen Dunkelfeld auszugehen. Ohne von innergesellschaftlichen Problemen ablenken zu wollen, muss in eine glaubwürdige ursachen- und lösungsorientierte Gesamtschau ge- rade auch die schlimmste Form der sexuellen Ausbeutung, d. h. der expandie- rende Markt des Sextourismus einbezogen werden. Fachleute sind sich einig, dass viele Delikte in verschiedenen Reiseländern begangen werden, wo die Täter relativ „billig“, ungestört und frei von Strafverfolgungsängsten auf Opfer „zugreifen“ können. Viel entzieht sich damit dem formellen Zuständigkeits- bereich deutscher Stellen, jedoch keineswegs ihren Verantwortungsbereich.

Sexueller Missbrauch

Die Ausgangstaten sind nur vermeintlich weit weg. Videomarkt und die Internetkommunikation expandieren, so dass sich das Problemfeld auch über diesen Weg immer mehr erweitert. Verstärkte Repression stellt dabei kaum eine geeignete Bekämpfungsstrategie dar. Das hohe Dunkelfeld, die schwierigen Beweisführungen sowie juristische Unterschiede und Zuständigkeitsprobleme begrenzen die Möglichkeiten einer wirksamen Strafverfolgung drastisch.

Die Informationsbroschüre setzt deshalb im präventiven Bereich an und verfolgt folgende Zielsetzungen:

- Bei Verantwortlichen aber auch in der Gesellschaft Zeichen setzen und Diskussionen zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit anregen.
- Wenn möglich, Hinweise, Anregungen oder Anzeigen entgegennehmen, um Straftäter erkennen zu können.
- Die Mehrheit der rechtstreuen Bürger bzw. Touristen stärken.
- Gefährdende/potenziell tatbereite Personen abhalten.

Die Broschüre wird den Reiseunterlagen beigegeben oder am „Counter“ ausgelegt. Sie informiert den Leser anhand von Zahlen und dem Schicksal der „kleinen Prin“ über das Ausmaß. Dabei ist die Ansprache bewusst so gehalten, dass beim Leser nicht das Gefühl aufkommt, als Täter eingestuft zu werden.

Unter dem Motto „nicht schweigen – sondern hinsehen und aufarbeiten“ erfährt der Reisende was er tun kann, wenn er etwas hört oder sieht, weil z. B. ein Täter nach ein paar Gläschen Wein im Reiseland zuviel plaudert. Dabei geht es nicht nur um eine Meldung an die verantwortlichen Stellen, sondern in erster Linie um Zivilcourage. Ein zentraler Aufruf hierzu lautet: „Drehen Sie sich nicht nur angewidert ab. Bekennen Sie sich zu einer korrekten und kinderfreundlichen Einstellung und „outen“ Sie so den Täter. Die Mehrheit der Reisenden denkt so wie Sie – auch wenn all zu leicht geschwiegen wird.“

Die beteiligten Reisebüros vermitteln die Botschaft „Kinderwohl geht vor Geld und Urlaubsfreuden“. Der Unternehmer einer großen Reisebüroketten ließ in der Presse verkünden: „Lieber verzichten wir auf diese Kunden“.

Sachstand/Ergebnisse

Viele Reisebüros sehen ihre Teilnahme als Qualitätszeichen.

Die Aktion erzielte eine positive Resonanz bei Tourismuskunden und in der Öffentlichkeit, auch wenn konkrete Strafanzeigen bislang nicht erfolgten. Sie wurde zwischenzeitlich im Bereich anderer Landkreise in Baden-Württemberg umgesetzt.

Interessierten Stellen kann das Layout kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Sexueller Missbrauch

Eine überregionale Umsetzung ist vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg angedacht.

Weitere Informationen

- Polizeidirektion Aalen, Führungs- und Einsatzstab, Sachbereich Prävention, Böhmerwaldstraße 20, 73430 Aalen
- terre des hommes Deutschland e. V., Bundesgeschäftsstelle, Postfach 41, 49031 Osnabrück

Internet: <http://www.tdh.de>

e-mail: terre@t-online.de

Projekt „Bull-Kids“

Organisation

Im Rahmen der Opferberatung haben viele Kinder und Jugendliche das Polizeipräsidium München, K 314, aufgesucht. Viele von ihnen kommen mehrfach zur persönlichen Beratung und besuchen die Dienststelle auch später noch, so dass sich ein freundschaftliches Verhältnis entwickelt.

In diesem Rahmen entstand die Idee, mit den betreffenden Kindern/Jugendlichen eine eigene K314-Fußballmannschaft zu gründen. Die kindlichen und jugendlichen Opfer waren begeistert. Als Mannschaftsname bot sich „BULL-KIDS“ an.

Für die Sportausrüstung wurden Sponsoren gewonnen.

Konzeptioneller Ansatz

Mit dem Projekt werden folgende Ziele verfolgt:

- Vertrauensgewinnung (im Hinblick auf die Polizei als Vorbild und Ansprechpartner allgemein und das bevorstehende Strafverfahren im Besonderen);
- Anleitung im Umgang mit dem Erlebten nach sexuellem Missbrauch oder Körperverletzung und den daraus resultierenden Belastungssymptomen;
- Effektive Zusammenarbeit mit Eltern (Unterstützung bei Erziehungsfragen im Umgang mit dem Erlebten, Weiterleitung an andere Einrichtungen mit therapeutischem Ansatz, Aufklärung über Eindrücke, die durch das Erlebte aufkommen könnten und im familiären Alltag eine Rolle spielen).

Sachstand/Ergebnisse

Die Mannschaft bestritt das erste gemeinsame Turnier bei dem am 17. Juli 1999 in München veranstalteten „Jugendcup 99“. Dieses Fußballturnier wurde von Jugendbeamten der Polizeidirektion München Süd organisiert.

Zur Stabilisierung und zur Vorbereitung der Geschädigten auf das bevorstehende Strafverfahren in Sachen sexueller Missbrauch wurde im Februar 2000 mit acht Kindern/Jugendlichen und zwei Eltern ein Skiausflug ins Allgäu unternommen.

Weitere Aktionen sind geplant, so z. B. weitere Fußballturniere sowie eine gemeinsame Weihnachtsfeier mit dem Weißen Ring.

Sexueller Missbrauch

Der pädagogischen Ausbildung der Beamten im K 314 wird das Erreichen der angestrebten Ziele zugeschrieben.

Weitere Informationen

Polizeipräsidium München, Kriminalpolizeidirektion 3, Kommissariat 314,
Verhaltensorientierte Prävention und Opferschutz, Ettstraße 2, 80333 München

Internet: http://www.polizei.bayern.de/pp_muc/schutz

e-mail: ppmuc@polizei.bayern.de

Spot gegen die sexuelle Ausbeutung von Mädchen und Jungen im Tourismus

Organisation

Seit Ende der 80er Jahre engagiert sich das internationale Kinderhilfswerk „Terre des hommes“ im Kampf gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern. Dies geschieht durch die Unterstützung von Projekten vor Ort und durch die verstärkte Aufklärungsarbeit in Deutschland.

Das Projekt zur Förderung der Produktion eines Informationsspots für Reisende wurde 1998/99 durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Europäische Kommission, DG XXII in Brüssel und die Deutsche Lufthansa gefördert und finanziert.

Durch die Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Arbeitsprogramm der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse des ersten Weltkongresses gegen die kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern 1996 in Stockholm, wurde auch die Produktion der deutschen TV-Version des Fernsehspots „Spielsachen“ ermöglicht.

Konzeptioneller Ansatz

Sensibilisierung zum Thema Kinderprostitution im Tourismus auf dem Weg ins Urlaubs- oder Reiseland – das ist das Ziel eines 30/40-Sekunden-Spots, der auf Flügen gezeigt wird. Der Spot soll die europäischen Urlauberinnen und Urlauber für die Problematik und das erschreckende Ausmaß der Kinderprostitution sensibilisieren und sie ermutigen, in ihren Zielländern und zu Hause Stellung gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern zu beziehen. Die Produktion wurde in englischer Sprache gehalten, um die internationale Einsatzmöglichkeit zu gewährleisten.

Seit Januar 1998 liefen die Vorbereitungen zur Produktion dieses Inflight Videos „TOYS“.

Terre des hommes entwickelte einen Fragebogen, der europaweit an Expertinnen und Experten aus den Bereichen Soziales, Kommunikation und Tourismus versandt wurde. Aus 13 europäischen Ländern kamen die Antworten, die die jeweilige Sichtweise und die Schwerpunkte zum Thema deutlich machten. So entstand ein Querschnitt der europäischen öffentlichen Meinung, der die Problemlage benannte und den Handlungsbedarf fixierte.

Die Agentur (ABC-Berlin/EURO RSCG), die die Produktion des Spots übernahm, orientierte sich an diesen Ergebnissen des Fragebogens. Nach längerem Abstimmungsprozess, der die unterschiedlichen Partner und die verschiedenen

Sexueller Missbrauch

Nationalitäten zusammenbrachte, wurde der Spot im November 1998 in Hamburg gedreht und direkt nach Fertigstellung auf Langstreckenflügen eingesetzt.

Sachstand/Ergebnisse

Die Deutsche Lufthansa war die erste europäische Fluglinie, die den Spot zeigte. Es folgten Air Europa (Spanien), Olympic Airways (Griechenland), Sabena (Belgien) und Al Italia (Italien).

Seit dem 01. 07. 1999 hat die LTU die kostenlose Ausstrahlung der deutschen Version des Spots für ein Jahr auf allen Flügen mit Bordprogramm übernommen und weitere Fluglinien sollen gewonnen werden.

Von den bisher beteiligten Fluglinien bzw. den dort Reisenden sind bislang nur positive Rückmeldungen (Anrufe) auf die Ausstrahlung bekannt. Eine direkte Erhebung/Befragung dazu erfolgte jedoch nicht.

Um über die bereits erreichte Aufmerksamkeit bei Reisenden von Langstreckenflügen hinaus eine breitere Öffentlichkeit zu sensibilisieren, haben inzwischen 17 TV-Sender den Spot kostenlos ausgestrahlt.

Weitere Informationen

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Kinder- und Jugendschutz, Rochusstraße 8–10, 53123 Bonn

Internet: <http://www.bmfsfj.de>

- terre des hommes Deutschland e. V., Bundesgeschäftsstelle, Postfach 41, 49031 Osnabrück

Internet: <http://www.tdh.de>

e-mail: terre@t-online.de

Themenbereich Sicherheitsgefühl

Konzeption zum Einsatz von Sicherheitsmobilen

Organisation

Das Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz hat allen fünf Polizeipräsidien des Landes zur Intensivierung der polizeilichen Präventionsarbeit jeweils ein Sicherheitsmobil zur Verfügung gestellt. Die Sicherheitsmobile werden in jeder rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinde und in einzelnen Stadtteilen in Abhängigkeit von deren Größe und Einwohnerzahl ein- oder mehrtätig eingesetzt. Die Polizeipräsidien koordinieren den Einsatz. Sie erarbeiten in Absprache mit den Polizeidirektionen einen Einsatzplan und stellen sicher, dass die Sicherheitsmobile ständig einsatzbereit sind. In der Regel ist ein Sicherheitsmobil mit zwei Polizeibeamten oder Polizeibeamtinnen besetzt. Hinsichtlich der Einsatzzeit der Sicherheitsmobile wird eine Orientierung an den Ladenöffnungszeiten angestrebt.

Konzeptioneller Ansatz

Im Vordergrund des Sicherheitsmobil-Einsatzes stehen die Intensivierung des Dialogs zwischen Bürgern und Polizei sowie die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens, um Hemmschwellen, Vorurteile und Unverständnis auf beiden Seiten abzubauen. Ebenso wichtig ist die Steigerung der Akzeptanz für eine Intensivierung kriminalpräventiver Aufgaben sowie ein verbessertes Verständnis für die zunehmende Bedeutung bürgernaher und gemeindeorientierter Polizeiarbeit.

Der Bürger erhält Gelegenheit, sich in Form des Dialogs mit den Polizeibeamten vor Ort über die Kriminalitätslage im jeweiligen Wohnbereich, über wirkungsvolle Schutzmaßnahmen, über Verkehrsprobleme u. a. zu informieren. Durch eine objektive Darstellung der Sicherheitslage im jeweiligen Wohnbereich soll auf die Verbesserung des Sicherheitsgefühls hingearbeitet werden.

Mit Hilfe der Sicherheitsmobile soll eine Festigung der in Rheinland-Pfalz angestrebten „Sicherheitspartnerschaft Bürger – Wirtschaft – Polizei“ erreicht werden. Sicherheitsmobile sollen sich zu einer vertrauten Informations- und Beratungsstelle für den Bürger in Fragen der Sicherheit entwickeln. Darüber hinaus kann das Sicherheitsmobil auch für andere polizeiliche Aufgaben (z. B. als Hinweisaufnahmestelle) eingesetzt werden, wenn es die Lage erfordert.

Flankierende Maßnahmen zum Einsatz der Sicherheitsmobile sind die Information der Öffentlichkeit durch die örtliche Presse, Verteilen von Handzetteln und Aushang von Plakaten, die Intensivierung der Fuß- und Fahrradstreifen im jeweiligen Dienstbezirk sowie die Kontaktaufnahme zu Repräsentanten der kommunalen Gebietskörperschaften. Zudem soll die befristete Einrichtung

Sicherheitsgefühl

eines Bürgertelefons bei der jeweiligen Polizeiinspektion, dazu beitragen, Anregungen und Hinweise der Öffentlichkeit entgegenzunehmen.

Sachstand/Ergebnisse

Die Idee des Sicherheitsmobiles besteht darin, dem Bürger eine „Plattform“ anzubieten, um ereignisunabhängig in ein Gespräch mit „seiner“ Polizei zu kommen. Die Öffentlichkeit nimmt dieses Angebot sehr positiv auf. Der Einsatz der Sicherheitsmobile wird fortgeführt.

Neben Mitarbeitern des Kommissariats für verhaltens- und deliktorientierte Prävention stehen Polizeibeamte der jeweils örtlich zuständigen Polizeiinspektion zur Verfügung. Den Schwerpunkt der Beratungsarbeit und von ratsuchenden Bürgern auch immer wieder gewünscht, bildet der Themenbereich der Einbruchskriminalität. Aus den Einsätzen des Sicherheitsmobils resultieren die meisten Beratungsgespräche zur Erstellung eines individuellen Sicherungskonzeptes.

Weitere Informationen

Ministerium des Innern und für Sport, Referat 343, Schillerplatz 3–5, 55116 Mainz

Projekt „Polizei und Bürger – Gemeinsam für Sicherheit“

Organisation

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz entwickelte das Projekt „Polizei und Bürger – Gemeinsam für Sicherheit“, das vom Polizeipräsidium Rheinpfalz in den Städten Ludwigshafen, Landau und Grünstadt im Spätjahr 1997 umgesetzt werden sollte.

Während der ersten Ludwigshafener Präventionstage, in der Zeit vom 07.–10.10.98, wurde Besuchern aller Altersgruppen Gelegenheit geboten, sich über sicherheitsrelevante Aspekte zu informieren. Eine Plattform wurde nicht nur der Polizei geboten; auch Vertreter der Privatwirtschaft, Verbände, Vereine und sozialbestimmte Institutionen konnten sich darstellen.

Zur Finanzierung des Projektes hat das Polizeipräsidium Rheinpfalz in Kooperation mit dem Rat für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen ein Spendenkonto eingerichtet. Des Weiteren wurden auch zweckgebundene Sachspenden von der Privatindustrie und von anderen Institutionen entgegen genommen.

Konzeptioneller Ansatz

Im Rahmen einer kompakten Veranstaltung sollte ein deliktübergreifendes, an den aktuellen Bedürfnissen orientiertes, Informations- und Beratungsangebot präsentiert werden.

Das Projekt „Polizei und Bürger – Gemeinsam für Sicherheit“ sollte für die Bürger die Möglichkeit schaffen,

- sich umfassend zu informieren bzw. beraten zu lassen,
- in kleinen Gesprächskreisen vertiefende Fragen an Experten aus den unterschiedlichsten Ressorts zu richten,
- in einem positiven Rahmen Kontakt zur Polizei und anderen Einrichtungen aufzunehmen.

Um diese Ziele zu erreichen wurde empfohlen, Inhalte mit örtlichen bzw. regionalem Bezug auszuwählen. Darüber hinaus sollten, sowohl im Rahmen der begleitenden Ausstellungs- und Beratungsangebote als auch zu Podiumsveranstaltungen und den vorgesehenen Gesprächskreisen Themenschwerpunkte wie z. B.

- Darstellung der objektiven Kriminalitätsslage in der Stadt – Abgrenzung und Vergleiche zu anderen Städten in der Region,

Sicherheitsgefühl

- Opferwahrscheinlichkeit,
- deliktische Besonderheiten,
- Gewalt, Einbeziehung der Gewalt im schulischen Bereich und unter Jugendlichen insgesamt,
- Sexualdelikte – als besonderer Bereich der Gewaltkriminalität,
- Drogen-/Suchtproblematik,
- Eigentumskriminalität

ausgewählt werden.

Als Zielgruppe des Projektes sollten alle gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere

- Multiplikatoren (Eltern, Erzieher, Betreuer in der Jugendarbeit, Trainer in Sportvereinen),
- besondere Risikogruppen (ältere Menschen, Frauen, Jugendliche, Ausländer etc.),
- Kinder und Jugendliche

angesprochen werden.

Auf diese Weise sollte, primär durch die Ansprache der Multiplikatoren, eine Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung erzielt werden, um so einen Beitrag zur Reduzierung von Kriminalitätsangst zu leisten.

Sachstand/Ergebnisse

Die Veranstaltung „Gemeinsam für Sicherheit“ vom 07. bis 10.10.98 in Ludwigshafen wurde von 4.500 interessierten Bürgern besucht. Insgesamt nahmen 21 Aussteller aus der Privatwirtschaft, 20 Aussteller von Verbänden, Vereinen und der Polizei zur verhaltensorientierten Prävention und Gesundheitsvorbeugung teil.

Eine während der Veranstaltung durchgeführte Befragung unter 195 Besuchern ergab u. a., dass 62 Besucher die Veranstaltung sehr gut, 121 gut und 10 weniger gut beurteilten. Nach Meinung der Befragten hätten jedoch die Themen Drogen, Alkohol, mehr Verkehrssicherheit für Kinder, Schutz vor Gewalttaten und Umgang mit Gewalt stärker präsentiert werden können. 189 Besucher befürworteten eine Wiederholung der Veranstaltung. Bei 68 Besuchern trug die Veranstaltung zur Stärkung des persönlichen Sicherheitsgefühls bei, 71 Besucher konnten dieses Gefühl nicht bestätigen und 56 verneinten die Frage.

Sicherheitsgefühl

Weitere Informationen

- Polizeipräsidium Rheinpfalz, Wittelsbachstraße 3, 67061 Ludwigshafen
- Stadt Ludwigshafen, Stadtverwaltung, Postfach 220217, 67023 Ludwigshafen

Themenbereich Städtebauliche Prävention

Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die soziale Stadt

Organisation

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVWB) und die Länder haben das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ im Jahr 1999 gemeinsam aufgelegt. Zur Integration von Förderprogrammen auf der Bundesebene hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E & C)“ – quasi als Partnerprogramm – aufgelegt, denn es bezieht sich weithin auf dieselben Gebiete wie das Programm Soziale Stadt. Weitere Vernetzungsmöglichkeiten werden mit Förderprogrammen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (BMA), des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und des Bundesministeriums des Innern (BMI) gesehen.

Die hohen Erwartungen der Bundesregierung an das neue als Ergänzung zur Städtebauförderung angelegte Förderungsprogramm machen die hierfür jährlich bereitgestellten Bundesfinanzhilfen in Höhe von 100 Millionen DM deutlich. Mit den Komplementärmitteln der Länder und Gemeinden sollen jährlich 300 Millionen DM, für Maßnahmen vor allem im investiven Bereich zur Verfügung stehen. Die Fördersumme (Bund, Länder und Gemeinden) zur Umsetzung des Programms Soziale Stadt summiert sich bis 2003 auf 1,5 Milliarden DM. Diese Mittel sollen mit den Mitteln der anderen Ressorts gebündelt zugunsten der Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Gebieten zum Einsatz kommen.

Konzeptioneller Ansatz

Die Integrationskraft der Städte und Gemeinden wird durch die Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels stark gefordert: Soziale, politische, ökonomische und kulturelle Spannungen verschärfen sich und treten in den „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ konzentriert auf. Mit dem Programm Soziale Stadt soll – wie es mit ähnlichen Programmen beispielsweise auch in Großbritannien, den Niederlanden und Frankreich versucht wird – der sozial-räumlichen Polarisierung in den Städten begegnet und die Lebenssituation der Menschen in diesen Quartieren verbessert werden.

Einige Bundesländer verfolgen einen entsprechenden Ansatz schon länger:

- Nordrhein-Westfalen mit seinem Länderprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (seit 1993),

Städtebauliche Prävention

- Hamburg mit seinem Pilotprogramm zur Armutsbekämpfung (1994), das inzwischen übergeleitet wurde in das Programm „Soziale Stadtteilentwicklung“,
- Bremen mit seinem 1998 aufgelegten Programm „Wohnen in Nachbarschaften – WiN“,
- Hessen mit dem Programm „Einfache Stadterneuerung“ (1997) und der Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft von Akteursgruppen, die „Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ (HEGISS),
- Berlin im März 1999 mit der Institutionalisierung des Quartiersmanagements als Pilotverfahren in 15 Quartieren.

Ziel des Programms Soziale Stadt ist es, die „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ aus ihrer Abseitsstellung herausbringen und eine zukunfts-fähige Entwicklung anzustoßen. Das Programm zielt – über die klassische Städtebauförderung hinaus – auf eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation in den besonders entwicklungsbedürftigen Stadtteilen durch eine integrative und die Bürgerinnen und Bürger in besonderem Maße einbeziehende und aktivierende Stadtentwicklungspolitik. Die Ressourcen mehrerer Ressorts sollen in einem umfassenden Handlungs- und Förderansatz gebündelt werden: beispielsweise Maßnahmen der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung, der Qualifizierung von Jugendlichen, der Verbesserung sozialer und kultureller Infrastruktur und weiterer Handlungsfelder im Bereich der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt-, Sicherheits-, Familien- und Jugendpolitik.

Als Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf erweisen sich vor allem die in industrieller Bauweise errichteten großen Neubauquartiere der sechziger bis achtziger Jahre in Ost und West. Daneben spielen gründerzeitliche Altbauquartiere in Innenstadtrandlage eine bemerkenswerte Rolle.

Neben dem E & C-Programm des BMFSFJ bieten sich die folgenden Programme zur Verzahnung mit dem Programm Soziale Stadt an:

- die Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen sowie das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit des BMA,
- das Projekt „Integration von Spätaussiedlern“ sowie wohnumfeldbezogene Maßnahmen, die mit Integrationsmitteln des BMI gefördert werden,
- die Programme Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur, Mittelstandsförderung und Förderung von Innovation und Technologie des BMWi sowie die KfW-Programme für Investoren und Existenzgründer,
- Projekte im Forschungsprogramm Bauen und Wohnen des BMBW.

Sachstand/Ergebnisse

Die Länder haben für das Programmjahr 1999 insgesamt 161 Gebiete und für 2000 noch einmal 49 Gebiete gemeldet. Den größten Anteil machen mit 70 Prozent Neubauquartiere der sechziger bis achtziger Jahre aus, dichte Quartiere mit schwierigen Lebensverhältnissen durch hohe Arbeitslosigkeit, soziale Konflikte, Wohnumfeldmängel, fehlende Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten, mangelhafte Angebote der sozialen Infrastruktur, schlechtem Image.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) begleitet im Auftrag von Bund und Ländern das Programm Soziale Stadt als Vermittlungs-, Informations- und Beratungsagentur. Zentrales Element dieser Programmbegleitung durch das Difu ist der Aufbau des bundesweiten Netzwerks zum Programm. Dazu gehört zum einen die Durchführung von zentralen Veranstaltungen: So trafen sich am 1. und 2. März 2000 rund 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu der vom BMVBW zusammen mit dem Difu veranstalteten bundesweiten Starterkonferenz zur Sozialen Stadt im Berliner Haus der Kulturen der Welt; im Mittelpunkt dieser Veranstaltung standen Erfahrungsberichte aus den von den Ländern ausgewählten 16 Modellgebieten (je Bundesland ein Gebiet).

Am 26. und 27. Oktober 2000 fand der ebenfalls vom BMVBW mit dem Difu veranstaltete erste Impulskongress zur Sozialen Stadt in Leipzig statt. Dabei ging es um den intensiven Erfahrungsaustausch zum Instrument „Quartiermanagement“, das sich als „treibende Kraft“ für die Umsetzung des Programms erweist. Über 300 Vertreterinnen und Vertreter von Quartiermanagement-Teams, lokalen Initiativgruppen, der Wohnungsunternehmen, von Wohlfahrtsverbänden, aus der kommunalen Verwaltung und den Bundesländern sowie von Planungs- und Beratungsbüros nahmen daran teil.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des bundesweiten Netzwerks ist das vom Difu eingerichtete Internet-Forum (<http://www.sozialestadt.de/>), in dem Informationen zur Programmumsetzung, zu den Programm- und Modellgebieten, zu Veranstaltungen ebenso angeboten werden wie eine good-practice-Bibliothek und eine Projektdatenbank mit Suchfunktionen (beides im Aufbau), Veröffentlichungen zum Programm („Infos“ sowie „Arbeitspapiere“ zur Sozialen Stadt) und ein Diskussionsforum.

In den 16 Modellgebieten fördern und unterstützen das Difu und andere von ihm beauftragte Einrichtungen die Entwicklung im Quartier durch eine aktivierende „Programmbegleitung vor Ort“. Diese umfasst neben der Vermittlung von Informationen und Erfahrungen sowie der Unterstützung lokaler Aktivitäten eine begleitende Dokumentation zur Umsetzung des Programms Soziale Stadt in den Modellgebieten.

Städtebauliche Prävention

Weitere Informationen

- Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin
Internet: <http://www.difu.de>
<http://www.sozialestadt.de>
e-mail: difu@difu.de
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Internet: <http://www.bmvbw.de>
<http://www.bundesregierung.de>
e-mail: buergerinfo@bmvbw.bund.de

Themenbereich Straftaten gegen Frauen

Wissenschaftliche Begleitung Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt (WiBIG)

Organisation

Seit dem 01. Januar 2000 wurde die wissenschaftliche Begleitung des Berliner Interventionsprojektes gegen häusliche Gewalt auf die übrigen, in Deutschland bestehenden, Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt ausgeweitet. Es ist beabsichtigt, diese bis zum 31. Dezember 2002 zu verlängern und zu erweitern.

Finanziert wird die wissenschaftliche Begleitung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Konzeptioneller Ansatz

Das heterogene Spektrum der Interventionsprojekte wirft vor allem die Frage nach unterschiedlichen Ansätzen im städtischen und ländlichen Raum, nach der Organisation von Koordination auf der Ebene des Bundeslandes, des Landkreises und der Kommune sowie nach den unterschiedlichen Erfahrungen und Ergebnissen langjährig etablierter und modellhaft neu gegründeter Projekte auf.

Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung ist eine vergleichende Analyse von Konzeption und Vorgehensweise der unterschiedlichen Interventionsprojekte in der Bundesrepublik Deutschland. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen dabei:

- die lokalen und regionalen Bedingungen
- die Vorgehensweisen und Konzeptionen
- die Bedingungen der interinstitutionellen Kooperation.

Ein besonderes Augenmerk wird auf die geplanten juristischen Neuerungen im Kontext häuslicher Gewalt und ihre Umsetzung gelegt.

Ausgangspunkt der Begleitforschung ist die Praxis der unterschiedlichen Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt: die Konzeptionierung, der Kooperationsprozess und die damit einhergehenden Veränderungen sowohl der Situation von häuslicher Gewalt betroffener Frauen als auch im gesellschaftlichen Umgang mit dieser Problematik.

Eingesetzt werden überwiegend qualitative Methoden und Techniken wie leitfadengestützte Einzelinterviews mit Koordinatoren und Experten unterschiedlicher Projekte, Gruppendiskussionen mit Koordinationsteams und Experten sowie teilnehmende Beobachtung in ausgewählten Kooperationsgremien.

Straftaten gegen Frauen

Für den Herbst 2000 ist ein Austausch- und Auswertungsworkshop mit allen beteiligten Interventionsprojekten geplant.

Über die Evaluationsaufgaben hinaus steht die wissenschaftliche Begleitung in Kontakt mit Mitarbeitern nationaler und internationaler Interventionsmodelle gegen häusliche Gewalt sowie internationalen Netzwerken gegen Gewalt gegen Frauen.

Sachstand/Ergebnisse

Der Abschlussbericht der letzten beiden Jahre wurde vom BMFSFJ in 2000 veröffentlicht.

Ab 2001 sollen die Täterprogramme, die in einigen Interventionsprojekten entstehen bzw. bereits bestehen, durch WiBIG evaluiert werden.

Weitere Informationen

- Universität Osnabrück, Fachbereich Erziehungs- und Kulturwissenschaften, Projekt WiBIG: Wissenschaftliche Begleitung Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt, Kottbusser Damm 79, 10967 Berlin

Internet: <http://www.wibig.uni-osnabrueck.de>

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Glinkastraße 18–24, 11017 Berlin

Internet: <http://www.bmfsfj.de>

<http://www.bundesregierung.de>

e-mail: info@bmfsfj.bund.de

Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Organisation

Gewalt gegen Frauen wird in Deutschland seit 1976 thematisiert. Zahlreiche Maßnahmen haben zu punktuellen Verbesserungen in Einzelbereichen (z. B. häusliche Gewalt, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Sexualdelikte u. a.) geführt, nicht aber zu einer wirklichen und nachhaltigen Verminderung von Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft.

Um die Gewalt gegen Frauen wirksam zu bekämpfen, ist ein umfassendes Gesamtkonzept erforderlich. Mit dem Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen hat die Bundesregierung ein derartiges Gesamtkonzept vorgestellt und macht so deutlich, dass jetzt strukturelle Veränderungen gefordert sind und es nicht mehr um Einzelmaßnahmen geht, die die Komplexität des Gewaltgeschehens unberücksichtigt lassen.

Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern soll durch entsprechende Arbeitsgruppen gewährleistet werden.

Die Maßnahmen der Bundesregierung werden durch entsprechende politische Aktivitäten auf EU und UN-Ebene unterstützt.

Konzeptioneller Ansatz

Die Schwerpunkte des Konzeptes liegen in den Bereichen Prävention, Recht, Kooperation zwischen Institutionen und Projekten, Vernetzung von Hilfsangeboten, Täterarbeit, Sensibilisierung von Fachleuten und Öffentlichkeit und der internationalen Zusammenarbeit.

Sachstand/Ergebnisse

Folgende Maßnahmen sind u. a. durchgeführt worden bzw. werden in Kürze begonnen:

- Die Bundesregierung hält es für erforderlich, verlässliche Aussagen zur häuslichen Gewalt zu ermöglichen. Die PKS weist nur die Straftaten aus, die der Polizei zur Kenntnis gelangen. Es ist von einem hohen Dunkelfeld auszugehen. Dieses Dunkelfeld soll durch eine repräsentative Umfrage erhellt werden, in der die vielfältigen Formen der Gewalt gegen Frauen untersucht werden sollen. Diese Untersuchung soll im Frühjahr 2001 beginnen.

Straftaten gegen Frauen

- Im April 2000 fand die konstituierende Sitzung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“ statt. Aufgabe dieses Gremiums ist es, die Umsetzung des Gesamtkonzeptes des Aktionsplanes der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu begleiten bzw. die notwendigen Maßnahmen festzulegen. Nichtregierungsorganisationen sind in diese Arbeit mit einbezogen.
- Angesichts der sehr komplexen Problematik des Frauenhandels, die verschiedene Politikfelder, Adressaten und Ebenen betrifft, hat die Bundesregierung im Frühjahr 1997 eine bundesweite Arbeitsgruppe Frauenhandel eingerichtet, die etwa vierteljährlich tagt. Ihr gehören die zuständigen Bundesministerien, das Bundeskriminalamt, von den Ländern jeweils eine Vertretung der Fachkonferenzen der Innen-, Justiz-, Sozial- und Gleichstellungsministerien sowie Nichtregierungsorganisationen an. Zuletzt wurde eine Auslegungshilfe für Sozialhilfeträger zur Leistungspflicht nach dem Asylbewerberleistungsgesetz an Opfer des Menschenhandels während ihres Aufenthaltes in Deutschland verabschiedet, die an die entsprechenden Stellen weitergeleitet wurde.
- Im September 2000 begann eine bundesweite Kampagne des BMFSFJ zur gewaltfreien Erziehung. In Zusammenhang mit dem neuen Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung soll ein neues Leitbild von Erziehung in der Gesellschaft verankert werden. Gewalt in der Erziehung kann Entwicklungsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten bei den Kindern zur Folge haben. Konfliktsituationen werden später vermehrt gewalttätig gelöst, wenn diese Art der Konfliktbewältigung von Kindern erlebt wurde.

Mit der Kampagne soll mittelbar auch eine Prävention gegen Jugendgewalt und -delinquenz erreicht werden.

Weitere Informationen

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Glinkastraße 18–24, 11017 Berlin

Internet: <http://www.bmfsfj.de>

<http://www.bundesregierung.de>

e-mail: info@bmfsfj.bund.de

Themenbereich Straftaten gegen Senioren

Gewalt gegen Ältere im persönlichen Nahraum

Organisation

Die Laufzeit des Projektes ist angesetzt von 1998 bis 2001.

Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 1.431.800,- DM; die Gesamtzuwendungen auf 1.204.800,- DM.

Konzeptioneller Ansatz

Das Modell ist eingebettet in die bisherige Tätigkeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zum Thema „Gewalt gegen Ältere“.

Nachdem in Auswertung der von hier in Auftrag gegebenen ersten „Dunkelfeld“-Studie der Bereich Gewalt und Kriminalität gegen Ältere im öffentlichen Raum im Vordergrund stand, wurde als zweiter Schritt das Thema Gewalt gegen Ältere im nahen sozialen, familiären Bereich bearbeitet: Die durch Forschung und eine internationale Expertentagung gewonnenen Erkenntnisse flossen in die Konzeption des Modellprojektes ein.

Zielsetzung des Modellprojektes ist es, Präventions- und Interventionsmöglichkeiten bei Gewalt gegen ältere Menschen, die im nahen sozialen und familiären Bereich erfolgt, zu entwickeln, umzusetzen und in ihrer Wirkung zu erproben.

Die zu untersuchenden Bausteine sind

- Vernetzung und Einbettung des Modellprojekts in vorhandene Strukturen, Koordinierungsbedarf,
- Einrichtung von drei Spezialdiensten aus Sozialpädagogen,
- Bildung von Expertenteams (Ärzte, Sozialarbeiter, Pflegekräfte, Therapeuten etc.),
- Fortbildungs- und Weiterbildungsbedarf der Mitarbeiter,
- Öffentlichkeitsarbeit (Möglichkeiten und Grenzen),
- Einrichtung einer help-line.

Das Baustein-Konzept ermöglicht es, dass die einzelnen Projektelemente hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit (entsprechend der jeweiligen Gegebenheiten in der Kommune) und hinsichtlich ihrer Integrierbarkeit in bestehende Strukturen bewertet werden können.

Das Modellprojekt wird von der Justus-Liebig-Universität, Gießen, wissenschaftlich begleitet.

Straftaten gegen Senioren

Weitere Informationen

- Landeshauptstadt Hannover, Modellprojekt „Gewalt“, Postfach 125, 30001 Hannover
- Justus-Liebig-Universität Gießen, Fachbereich 01-Rechtswissenschaften, Licher Straße 64, 35394 Gießen

Internet: <http://www.uni-giessen.de>

Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojektes „Gewalt gegen Ältere im persönlichen Nahraum“

Organisation

Die wissenschaftliche Begleitung des Modellprojektes „Gewalt gegen Ältere im persönlichen Nahraum“ ist angesetzt für die Jahre 1997 bis 2001. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 495.000 DM; die Gesamtzusendungen auf den selben Betrag.

Konzeptioneller Ansatz

Das Modellprojekt „Gewalt gegen Ältere im persönlichen Nahraum“ wird durch die Universität Gießen wissenschaftlich begleitet. Dabei geht es insbesondere darum, Handlungszusammenhänge zu analysieren, Wirkungsweisen bestimmter Projektelemente zu verfolgen und die Wechselwirkungen herauszuarbeiten.

Die wissenschaftliche Begleitung soll das Projekt in der Konzeptions- und Durchführungsphase beratend begleiten und ggf. auch eigene Ideen einbringen. Ziel- und Wirkungsbestimmungen des Projekts sollen die Grundlage für forschungsleitende und relevante Hypothesen liefern. Gewonnene wissenschaftliche Erkenntnisse und Beobachtungen sollen kontinuierlich in das Modell zurückfließen (Rückkoppelungsschleife) und sich mit den praktischen Erkenntnissen der Modellmitarbeiter verbinden. In der Schlussphase ist eine abschließende Beurteilung der Effektivität und Praktikabilität des Modellprojektes geplant. Die Frage der Übertragbarkeit für andere Regionen und die Umsetzungsfähigkeit konkreter Maßnahme spielt dabei eine große Rolle.

Weitere Informationen

Justus-Liebig-Universität Gießen, Fachbereich 01-Rechtswissenschaften, Licher Straße 64, 35394 Gießen

Internet: <http://www.uni-giessen.de>

Themenbereich Zeugen- und Helferverhalten

Bürgermut 2000 Bedingungen, die Hilfeverhalten begünstigen

Organisation

Die Initiative Schutz vor Kriminalität e. V. (ISVK) ist ein auf Bundesebene wirkender gemeinnütziger Verein zur Förderung der Verbrechenverhütung und -aufklärung. Für die Ziele des Vereins stehen Mitgliedsbeiträge, Spenden und Bußgeldzuweisungen der Gerichte zur Verfügung. Der Verein führt seit 1994 bundesweit Zivilcourage-seminare durch. Die Seminare finden meist in Bildungseinrichtungen oder anlässlich von Präventionskampagnen wie beispielsweise „Gewalt – sehen – helfen“ in Frankfurt am Main statt.

Die Finanzierung erfolgt durch Seminargebühren, und/oder durch Bußgeldzuweisungen der Gerichte.

Konzeptioneller Ansatz

Ziel des Projekts ist die bundesweite Förderung der Zivilcourage gegenüber der täglich sichtbaren öffentlichen Gewalt und Kriminalität durch Auflösen von Verantwortungsdiffusion und pluralistischer Ignoranz zum Zeitpunkt der Not eines anderen.

Es ist nicht immer nur Angst oder Gleichgültigkeit, wenn Leute Gewalt sehen und nichts dagegen tun. Sehr oft ist es auch die Hilflosigkeit, die Frage „was soll ich jetzt machen und wie soll ich handeln?“ Vornehmlich soll nicht das „Ob“, sondern das „Wie“ die individuelle Beteiligung betonen. Dabei kommt es insbesondere darauf an, scheinbar einfache Verhaltensweisen zu trainieren, wie die Überwindung von Peinlichkeit, öffentlich andere Leute laut anzusprechen oder gar als Helfer für das Opfer laut nach der Polizei zu rufen oder Hilfe zu schreien, insbesondere in solchen Situationen, die bereits über den Punkt sinnvoller verbaler Intervention hinaus außer Kontrolle geraten sind und in denen persönliches Handeln nicht immer und selbstverständlich die Anwendung körperlicher Gewalt voraussetzt.

Darüber hinaus sollen die Phantasien in den Köpfen der Menschen über Rechte und Pflichten, die sich auch mit der Rechtsproblematik der Unterlassenen Hilfeleistung sowie des Notwehr- und Selbsthilferechts im individuellen Einzelfall decken, objektiviert werden. So schränkt § 323 c StGB die Pflicht hinsichtlich der Erforderlichkeit und der persönlichen Zumutbarkeit der Hilfeleistung ein. Jedermannrechte, wie Selbsthilfe, Notwehr- oder Nothilferecht, die vorläufige Festnahme, sind einer breiten Öffentlichkeit mit Begriffen wie Erforderlichkeit, Eignung, Angemessenheit oder Verhältnismäßigkeit nicht oder nur schwer verständlich zu machen bzw. frustrieren potentielle Opfer und entmutigen die Helfer.

Zeugen- und Helferverhalten

Auf der einen Seite klappt der moralische Anspruch des Opfers gegenüber dem Zufallszeugen der Tat und die gesetzliche Pflicht dieser Zeugen zur Hilfeleistung deutlich auseinander. Auf der anderen Seite sind vielen möglichen Opfern wie Helfern offenbar auch Umfang und Grenzen der Selbsthilfe-, Festnahme- oder Notwehr- und Nothilferechte nicht bewusst oder hinreichend bekannt. Sie gehören nicht, so wie die Verkehrserziehung zur Sozialisierung in der Familie oder zum Schulstoff.

So werden eher gesprächsweise einmal Gedanken geäußert, die an Faustrecht und Selbstjustiz erinnern, während ein anderes Mal die Überzeugung völliger Ohnmacht und Rechtlosigkeit gegenüber Gewalttätern und Kriminellen zum Ausdruck kommt. Insbesondere geht es in diesem Bereich auch immer wieder um die Befürchtung bewaffneter Täter versus waffenloser und gewaltfreier Verteidigung.

Deshalb gilt es zunächst die variablen Bedingungen von Hilfsbereitschaft positiv zu beeinflussen. Das Schwergewicht liegt daher im Sinne einer positiven Verstärkung auf Darstellung nachahmenswerter Beispiele sowie auf handlungsleitenden Empfehlungen zum richtigen Verhalten.

Zielgruppen sind vornehmlich Multiplikatoren sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bildungseinrichtungen, Verbänden, öffentlichen Einrichtungen, in Behörden und Vereinen sowie in Unternehmen der Wirtschaft.

Sachstand/Ergebnisse

Von Einzelpersonen sind die Zivilcourage-seminare selten gefragt. Die Ursache könnte darin liegen, dass vermutlich die Mehrheit der Menschen generell hilfsbereit sind. Dass sie ihre Hilfsbereitschaft auf den Prüfstand stellen müssen, ist für das Erleben des Einzelnen eher gering. Darum befinden sich nicht selten solche Personen in den Seminaren, die im Ernstfall versagt haben und sich nun Selbstvorwürfe machen.

Presse, Funk und Fernsehen haben häufig über die Zivilcourage-Seminare berichtet.

Es sind viele Personen bekannt, die sich nach dem Seminarbesuch erfolgreich eingemischt haben.

Weitere Informationen

Initiative Schutz vor Kriminalität e. V. (ISVK), Polizeipoststelle LKA 01, Otto-Braun-Str. 27, 10178 Berlin

Internet: <http://www.ISVK.de>

Wer nichts tut, macht mit

Organisation

Im Februar 2001 startet die Polizei Hamburg eine neue Aktion für mehr Zivilcourage und Hilfsbereitschaft unter dem Slogan: „Wer nichts tut, macht mit.“

Schon 1998 lief die Kampagne „Wer nichts tut, macht mit.“ zu diesem Thema. Damals wie heute waren und sind die Hamburger Polizei und der Polizeiverein Hamburg e. V. Träger der Aktion, die von der Werbeagentur Springer und Jacoby entwickelt und gestaltet wurde. Neu ist die Verbindung zu der vom Programm Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) initiierten Präventionsaktion „Tu was“, die nahezu zeitgleich im Februar 2001 bundesweit zum selben Thema anläuft.

Konzeptioneller Ansatz

Durch zahlreiche Aktionen und die Berichterstattung in den Medien wurden 1998 die Ziele der Kampagne erreicht: Stärkung der Zivilcourage, Steigerung der Handlungsfähigkeit und konstruktiver Umgang mit dem Thema Gewalt in der Öffentlichkeit.

Die Initiatoren der Kampagne glauben nicht, dass die Menschen ihre Zivilcourage und Hilfsbereitschaft verloren haben. Offenbar besteht jedoch immer noch Unklarheit bzw. Unsicherheit darüber, wie im einzelnen geholfen werden kann – häufig fehlt auch einfach nur der schnelle Entschluss.

Die neue Kampagne möchte die Zivilcourage der Menschen weiter steigern und ihnen zeigen, mit welchen ganz einfachen Mitteln jeder helfen kann, ohne sich selber in Gefahr zu bringen.

Die Aktion umfasst unter anderem:

- verschiedene Plakate
- einen Kinospot
- Flyer
- Info-Card
- Internet-Auftritt
- verschiedene zentrale und dezentrale Veranstaltungen

Der Internetauftritt wird ab 15. Februar unter www.polizei.hamburg.de zu finden sein. Der Bürger soll hier über die Kampagne und deren Veranstaltungen informiert werden. Als besonderen Service werden dem Bürger Links zu an-

Zeugen- und Helferverhalten

deren Aktionen im Bundesgebiet (zum Beispiel: www.aktion-tu-was.de) und verschiedenen Dienstleistungen (z. B. Stadtplandienst, Fahrplanauskunft) im WWW angeboten.

Sachstand/Ergebnisse

Die Eröffnung der Kampagne ist für den 16. Februar 2001 in der Wandelhalle des Hauptbahnhofes mit einer Pressekonferenz geplant.

Weitere Informationen

Polizei Hamburg, Landeskriminalamt 15, Hindenburgstr. 47, 22297 Hamburg

Internet: <http://www.polizei.hamburg.de>

e-mail: Kripoberatungsstelle@bfi.hamburg.de

Themenbereich

 Sonstiges

Findelbaby

Organisation

Der Verein Sternipark ist ein 1990 gegründeter gemeinnütziger Verein und öffentlich anerkannter Träger der Jugendhilfe in Hamburg. Er betreut mehr als 400 Kinder in Kindertageseinrichtungen. Daneben bietet er Erziehungshilfen für Kinder und junge Menschen an, die nicht mehr bei ihren Eltern leben können. Ein Schwerpunkt ist dabei die Betreuung von Mädchen. Dazu gehören auch Mutter-Kind-Einrichtungen, in denen Mütter mit fachlicher und menschlicher Unterstützung das Leben mit ihren kleinen Kindern in den Griff bekommen können.

In dem von Anbeginn an mit den zuständigen Behörden in Hamburg besprochenen und abgestimmten Projekt Findelbaby sind zwanzig Mitarbeiter(innen) unentgeltlich in unterschiedlichen Funktionen (Telefon, Beratung, Pflege, Technik) tätig. Sie haben entsprechende Fachkenntnisse und werden laufend fortgebildet.

Findelbaby ist für Säuglinge und Mütter kostenfrei. Das Projekt kostet allerdings in der Anlaufphase 250.000 DM für Wärmebetten, Öffentlichkeitsarbeit und Ausbau des Betreuungsangebotes für Mütter, die anonym betreut werden wollen.

Die Stadt Hamburg stellt 50.000 DM zur Verfügung; für die Finanzierung des Restbetrages ist das Projekt auf Spenden angewiesen. Das erste Jahr wurde mit einem Fehlbetrag von 120.000 DM abgeschlossen.

Konzeptioneller Ansatz

Das Projekt Findelbaby hat sich aus der Erkenntnis heraus entwickelt, dass mit dem bestehenden Angebot für Mütter in Notsituationen diejenigen nicht erreicht werden können, die Schwangerschaft und Geburt verheimlichen wollen oder müssen.

Ziel ist die Prävention der Kindesaussetzung. In Deutschland wurden 1999 40 Aussetzungen bekannt. Die Hälfte dieser Kinder haben diese nicht überlebt. In Hamburg wurden 1999 vier Säuglinge sich selbst überlassen; zwei davon starben.

Das Projekt Findelbaby beinhaltet einen rund um die Uhr von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen besetzten kostenlosen Notruf (0800 456 0 789) für schwangere Frauen und Mütter.

Bestandteil des Projektes ist die Babyklappe. Hierbei handelt es sich um eine etwa 30 mal 70 Zentimeter große Stahlklappe, die in die Türen von zwei der von

Sonstiges

Sternipark betriebenen Kindertagesstätten in Hamburg eingelassen ist. Dahinter steht ein Wärmebett. Die Klappe lässt sich nur einmal öffnen. Mütter, die sie in Anspruch nehmen, finden dort ein kurzes Informationsblatt. Sobald die Klappe geschlossen wird, erscheint auf dem Monitor eines Wachdienstes eine Bildaufnahme des Wärmebettes, so dass festgestellt werden kann, ob ein Säugling hineingelegt worden ist. Dabei wird die abgebende Person nicht aufgenommen. Der Wachdienst informiert zwei Mitarbeiterinnen des Projektes Findelbaby, die in weniger als zehn Minuten das Kind an sich nehmen. Sofern in einer nachfolgenden Untersuchung in einem Kinderkrankenhaus keine gesundheitlichen Probleme festgestellt werden, wird das Kind am folgenden Tag Pflegeeltern übergeben, die es für acht Wochen ehrenamtlich betreuen. Das ist für die Mutter eine Bedenkzeit, ob sie ihr Kind wieder zu sich nehmen will. Meldet sie sich nicht, wird das Kind in Adoptionspflege gegeben.

Als wichtig wurde erachtet, dass das Angebot von einer privaten Institution gemacht wird. Juristische Fragen wurden vorab geklärt. Demnach machen sich Frauen, die ihr Kind über die Babyklappe abgeben, nicht nach § 221 StGB strafbar, da das Kind nicht „in einer hilflosen Lage im Stich gelassen wird“, sondern sofort Hilfe bekommt.

Sachstand/Ergebnisse

Die erste Babyklappe ist am 5. April 2000 in der Goethestraße in Hamburg-Altona eröffnet worden. Die erste Inanspruchnahme erfolgte etwa 14 Tage später. Die zweite Klappe gibt es seit Anfang August im Stadtteil Wilhelmsburg in der Schönenfelder Straße. In beiden Stadtteilen waren in den Vorjahren Säuglinge ausgesetzt worden.

Seit Bestehen des Projektes ist in Hamburg kein Baby mehr ausgesetzt und keines tot aufgefunden worden. Bislang (Stand: 21.12.00) wurde die Babyklappe in vier Fällen genutzt; in zwei weiteren Fällen wurden die Babys Mitarbeitern von Sternipark anonym übergeben.

Abgegebene Säuglinge waren zwischen zwei Stunden und zehn Tage alt. Der gesundheitliche Zustand der Kinder war mit einer Ausnahme gut.

Der Umfang der Inanspruchnahme des Hilfsangebotes zur Abgabe von Säuglingen widerlegt anfänglich geäußerte Befürchtungen, die Babyklappe verleite Mütter dazu, sich leichtfertig von Neugeborenen zu trennen. Die Babyklappe wird von den Organisatoren als „extreme Lösung in einer extremen Situation“ angesehen.

Voraussetzung für das Funktionieren des Hilfsangebotes war ein hoher Bekanntheitsgrad. Dem Projekt ist eine umfangreiche Medienberichterstattung zuteil geworden. Darüber hinaus sind durch Aufkleber und Handzettel die Notrufnummer und die Standorte der Babyklappen bekannt gemacht worden.

Sonstiges

Das Projekt ist in seiner Art nicht einzigartig. Im Dezember 2000 gibt es bundesweit acht solcher Einrichtungen, wo Mütter ihre ungewollten Babys abgeben können; 19 weitere Klappen sind geplant. In Ungarn, Palermo und Johannesburg gibt es ebenfalls „Babyklappen“.

Abgabekästen für Babys, Torno genannt, existierten in Hamburg bereits zwischen 1709 und 1714. Das Angebot wurde damals wegen zu starker Inanspruchnahme jedoch wieder eingestellt.

Weitere Informationen

SterniPark e. V., Projekt Findelbaby, Amendastr. 60, 20357 Hamburg

Internet: <http://www.sternipark.de>

<http://www.moses-projekt.de>

e-mail: Sternipark@aol.com

Netzwerk „Innere Sicherheit“ in Bremen

Organisation

Am 05.06.98 wurde zwischen dem Bundesministerium des Innern und dem Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen ein Sicherheitskooperationssystem vereinbart. Die Polizei Bremen wird danach durch 30 Beamte des Bundesgrenzschutz (BGS) unterstützt.

Daneben wurde das „Bremer Sicherheitsforum“ gebildet, das sich aus Vertretern des Senators für Inneres, der Wirtschaftsunternehmen, der Sicherheitsfirmen und der Polizei zusammensetzt. Zu seinen Aufgaben gehört es, die Maßnahmen in der Fläche (Kommunale Präventionsräte) und in den Zentren (City-Crime-Control) zu koordinieren.

Konzeptioneller Ansatz

Vorgesehen sind der verstärkte Einsatz uniformierter Fußstreifen, der Einsatz von Kontaktbereichsbeamten, der Ausbau der Kommunalen Kriminalprävention, die Bildung täterorientierter Ermittlungsgruppen, die Dezentralisierung der Polizeiorganisation, die Bildung einer Einsatzgruppe (task force), die an Kriminalitätsbrennpunkten im Zuständigkeitsbereich des BGS eine schnelle Reaktion ermöglicht sowie die Einrichtung der City-Crime-Control (CCC).

Bei der City-Crime-Control handelt es sich um eine stationäre Wache im Innenstadtbereich, zu deren Aufgaben der Kontakt zu Bürgern, zum Handel und zu den Sicherheitsdiensten gehört. Ziel ist es, innenstadttypische Kriminalität wie Laden- und Taschendiebstahl, Raubtaten und Farbschmierereien zu senken und so die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl zu verbessern.

Sachstand/Ergebnisse

Nach Darstellung des Senators für Inneres im Januar 1999 hat die verstärkte Zusammenarbeit von Polizei und Bundesgrenzschutz in Bremen bereits nach sechs Monaten zu nachweisbaren Erfolgen bei der Bekämpfung der Straßensriminalität in der Innenstadt von Bremen geführt. Die Resonanz in der Bevölkerung ist durchweg positiv, die Kriminalitätsrate seit Juni 1998 erheblich zurückgegangen.

Weitere Informationen

Senator für Inneres, Postfach 10 15 05, 28015 Bremen

Präventionspreis der Polizei

Weitere Informationen Organisation

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) will die Öffentlichkeit dafür gewinnen, bei der Verhinderung von Straftaten mitzuhelfen. Der Präventionspreis wird seit 1995 für herausgehobene, engagierte und nachahmenswerte Arbeiten und Projekte im Bereich der Kriminalprävention vergeben. Bewerben können sich je nach Ausschreibung Bürger, Organisationen, Initiativen oder Gruppierungen, die zu einem vorgegebenen Thema bzw. Problembereich eigene präventionsrelevante Aktivitäten entwickelt haben.

Der Präventionspreis wird in der Regel im Abstand von zwei Jahren verliehen. Er besteht aus Einzelpreisen im Gesamtwert von 30.000.- DM und greift dabei abwechselnde Themen auf, die sich an dem aktuellen Schwerpunktthema des Programms Polizeiliche Kriminalprävention orientieren.

Der Präventionspreis wurde bisher zu folgenden Themenschwerpunkten ausgelobt:

- „Schutz älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger vor Kriminalität“ (1995)
- „Initiativen der Nachbarschaftshilfe zum Schutz vor Kriminalität“ (1996)
- „Jugend gegen Kriminalität – Ideen Wanted! Gegen Gewalt. Für Fair Play!“ (1998/99)
- „GeMEINsam EIGENTUM achten!“ (2000/01)

Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine Jury, die aus Repräsentanten verschiedener Bereiche des öffentlichen Lebens zusammengesetzt ist. Neben dem bundesweiten Präventionspreis des Programms Polizeiliche Kriminalprävention werden von einzelnen Bundesländern auch Landespräventionspreise vergeben.

Konzeptioneller Ansatz

Mit unterschiedlicher zielgruppenspezifischer Schwerpunktsetzung richtet sich der bundesweite Wettbewerb „Präventionspreis der Polizei“ an verschiedenste Bevölkerungsgruppen quer durch die Gesellschaft, vor allem aber an jene, die von Kriminalitätserfahrungen potenziell betroffen sind oder erfahrungsgemäß einer besonderen Gefährdung unterliegen. Durch den Präventionspreis will die Polizei diese Gruppen ausdrücklich ermutigen, sich mit eigenen Ideen und Aktionen an der Verhinderung und Verminderung von Kriminalität zu beteiligen. Zur Förderung dieses Anliegens wirbt die Polizei bei potenziellen Koope-

Sonstiges

rationspartnern um organisatorische Unterstützung bei der Bekanntmachung, der Initiierung, der Begleitung oder Förderung von Aktionen oder Projekten, die im Rahmen der Auslobung eines Präventionspreises angestoßen oder weiterentwickelt werden. Neben der Sensibilisierung für bestimmte kriminalitätsbezogene Probleme bzw. Themen der Prävention zielt der Präventionspreis u. a. darauf ab, Kenntnis über beispielhafte und nachahmenswerte Projekte zu dem betreffenden Thema zu erhalten und diese dann einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Aus diesem Grund werden Kurzbeschreibungen zu ausgewählten Projekten und Aktionen in einer Dokumentation des jeweiligen Präventionspreises zusammengefasst. Diese Dokumentation steht dann kostenlos für interessierte Bürger sowie die Fachöffentlichkeit zur Verfügung.

Sachstand/Ergebnisse

Bislang sind drei Ausschreibungen des Präventionspreises abgeschlossen worden. Der Auslobungszeitraum für den Wettbewerb „GeMEINsam EIGENTUM achten“ endet zum 31. 03. 2001. Die Resonanz auf die Auslobung eines Präventionspreises, gemessen an der Teilnehmerzahl, ist über die einzelnen Wettbewerbe hinweg ständig gestiegen. Beim Präventionspreis 1998/99 zum Thema – „Jugend gegen Kriminalität – Ideen Wanted! Gegen Gewalt. Für Fair Play!“ sind insgesamt 322 Bewerbungen eingegangen.

Weitere Informationen zum Präventionspreis der Polizei können über die Internet-Seite des Programms Polizeiliche Kriminalprävention abgerufen werden unter der Adresse:

„<http://www.polizei.propk.de/aktionen/preis/thema.xhtml>“, sowie im Rahmen der Kinderseiten des Programms Polizeiliche Kriminalprävention unter der Adresse: „<http://www.polizei.propk.de/kids/preis/preis2000.html>“.

Interessierte haben dort jeweils auch die Möglichkeit, ihre Meinung, Kritik und Verbesserungsvorschläge zum Präventionspreis mitzuteilen.

Der aktuell laufende Präventionspreis wird im Sinne einer Prozessevaluation evaluiert.

Dokumentationen zu den Präventionspreisen sind kostenlos erhältlich bei der Zentralen Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention, Taubenheimstr. 85, 70372 Stuttgart.

Weitere Informationen

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Zentrale Geschäftsstelle, Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart

Sonstiges

Internet: <http://www.polizei.propk.de>

<http://www.polizei.propk.de/aktionen/preis/thema.xhtml>

<http://www.polizei.propk.de/kids/preis/preis2000.html>

e-mail: zgs@polizei.propk.de

Themenbereich Institutionen mit fester Themenzuschreibung

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

Informationszentrum Kindesmisshandlung / Kindesvernachlässigung (IKK)

Organisation

Die Trägerschaft des IKK und seiner Vorläuferinstitution, der Deutschen Referenzbibliothek, lag ursprünglich bei dem Deutschen Roten Kreuz/Münster und ging 1998 in die Hände des Deutschen Jugendinstituts (DJI) über. Mit Beginn des Jahres 2000 wurde das IKK nach München, dem Hauptsitz des DJI, verlegt.

Im IKK, welches sich in die Vernetzungsstelle und den Literaturservice unterteilt, sind eine Dokumentarin, eine Sachbearbeiterin, eine Politologin, eine Psychologin und eine Sozialwissenschaftlerin beschäftigt.

Finanziert wird das IKK vorerst bis zum 31. 12. 2001 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Konzeptioneller Ansatz

Das IKK ist eine bundesweite Informations- und Vernetzungsstelle. Mit einem breiten Angebot an fachlicher Information wendet es sich an alle Berufs- und Personengruppen, die mit der Problematik von Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung direkt oder indirekt in Berührung kommen. Wichtige Praxiserfahrungen und Forschungsergebnisse werden in diesem Bereich in wechselseitige Verbindung gebracht, aufbereitet und einer breiten (Fach-) Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es gibt darüber hinaus innovative Impulse für die Praxis und fördert multiprofessionelle Vernetzungen zur Gewaltprävention und Intervention.

Bisher wurde sich stark auf die medizinisch-psychiatrische und forensische Perspektive von Kindesmisshandlung und -vernachlässigung konzentriert. Im Rahmen der Umstrukturierung des IKK wird das Sammelspektrum seit dem Jahr 2000 zugunsten sozialwissenschaftlicher Literatur und Informationen modifiziert und thematisch erweitert. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in der Auseinandersetzung mit Kindesmisshandlung / Kindesvernachlässigung werden ebenfalls weitere Dimensionen berücksichtigt. Deshalb finden interkulturelle und geschlechtsspezifische Aspekte sowie verschiedene Formen gewerbsmäßiger sexueller Ausbeutung von Kindern eine stärkere Berücksichtigung. Darüber hinaus werden partizipative Ansätze im Kinderschutz aufgegriffen, die Kinder als selbstbestimmte Subjekte mit eigenen Interessen und Bedürfnissen in den Mittelpunkt von Hilfen und Problemlösungen stellen.

Im Literaturservice wird neue und praxisrelevante Literatur – vorwiegend aus dem deutschen und englischen Sprachraum – im Bereich der Kindesmisshand-

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

lung und -vernachlässigung gesichtet und aufgenommen. Nach einer inhaltlich differenzierten Aufschlüsselung werden die Literaturinformationen an die Praxis weiter vermittelt. Auf Anfrage werden thematische Literaturrecherchen durchgeführt bzw. Literaturlisten zusammengestellt, die das IKK kostenlos zusendet. Des weiteren sind Informationen zur Literaturbeschaffung und zur selbständigen Literatursuche erhältlich. Diese sind ebenfalls über die Homepage des IKK abrufbar. Derzeit verfügt das IKK über einen Bestand von mehr als 4000 Buchtitel, ca. 9000 Buch- und Zeitschriftenartikel sowie 60 Periodika.

Die Vernetzungsstelle versteht sich in ihrer Tätigkeit als eine Schnittstelle zwischen Forschung und Praxis. Sie vermittelt wichtige Informationen für die Vernetzungsarbeit und dokumentiert Termine von Fachveranstaltungen und Fortbildungsmöglichkeiten. Ebenso werden Angaben zu Referenten/Experten, Institutionen und Projekten im Themenbereich Kindesmisshandlung / Kindesvernachlässigung gesammelt. In interdisziplinären Arbeitskreisen und Fachforen werden aktuelle Entwicklungen bei der Problembearbeitung und Prävention von Gewalt gegen Kinder begleitet. Darüber hinaus regt die Vernetzungsstelle neue Initiativen an, wo Versorgungslücken und unzureichend berücksichtigte Aspekte sichtbar werden. Im Austausch mit der Fachbasis wertet sie Netzwerke und Modellprogramme gewaltpräventiven Handelns aus und macht sie für die Praxis nutzbar.

Sachstand/Ergebnisse

Die Angebote des IKK können telefonisch, schriftlich und per e-mail angefordert und eigenständig über die Homepage des IKK, die mit weiteren relevanten Internetseiten verlinkt ist, eingesehen werden. Auf zentralen Fachtagungen im Spektrum Kindesmisshandlung / Kindesvernachlässigung ist das IKK mit Informationsmaterialien präsent.

Neben einem Faltblatt und Artikeln für die Zeitschriften „AJS-Informationen“ (1/2000, S. 16), „DJI-Bulletin“ (Heft 50, 2000, S. 12) und „Diskurs“ (2/2000) erscheint im Januar 2001 ein eigenes Informationsblatt zum Thema „Gewerbsmäßige sexuelle Ausbeutung von Kindern“.

Zu diesem Thema konzipiert und organisiert das IKK im Auftrag des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend im März 2001 die nationale Nachfolgekongferenz „Kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern“ des Stockholmer Weltkongresses 1996 .

Des weiteren ist das IKK nationaler Ansprechpartner des internet-gestützten Netzwerkes gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern „Child Centre for Children at Risk in the Baltic Sea Region“.

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

Weitere Informationen

DJI – Deutsches Jugendinstitut e. V., Informationszentrum Kindesmisshandlung / Kindesvernachlässigung (IKK), Nockherstraße 2, 81541 München

Internet: <http://www.dji.de/ikk>

e-mail: ikk@dji.de

Anhang

Alphabetisches Projektverzeichnis

Projekt	Seite
Aktionskonzept „Streetball“	75
Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	177
Aktionsprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C)	111
Anti-Gewalt-Training (Umgang mit Aggression und Gewalt im öffentlichen Raum)	29
Arbeitsbereich „Sekten/Okkultismus“ im Polizeipräsidium München	137
Bau einer Skateranlage	79
Bekämpfung des Sextourismus mit Kindesmissbrauch in der Tschechischen Republik – (KISS)	147
Bürgermut 2000 Bedingungen, die Hilfeverhalten begünstigen	185
Cool statt gewalttätig	35
Das schaffst Du – Jungenförderung gegen Angst und Gewalt	49
Entwicklung eines Präventionskonzeptes zu Gewalt gegen Lesben	41
Findelbaby	191
FIT FOR LIFE – Training sozialer Kompetenz für Jugendliche	59
FIT, FRÖHLICH, KREATIV – Suchtprävention einmal anders	11
Future for all – ein Schulprojekt für Hoffnung und Lebensfreude	121
Gemeinsam gegen Gewalt („Handy-Aktion“)	51
Gewalt gegen Ältere im persönlichen Nahraum	181
Ich bin mir selbst Droge genug – Ein Slogan wird Programm –	15
Informationsbroschüre „Gemeinsam gegen Kinderprostitution, Sextourismus und Kinderpornografie“	151
Informationszentrum Kindesmisshandlung / Kindesvernachlässigung (IKK)	201
Interventionsprogramm für verhaltensauffällige Schüler (InvaS)	45
Jugend und Recht	81
Jugendstation	115
Keine Gewalt gegen Kinder – Ein Verhaltenstraining für Kinder im Grundschulalter –	143

Anhang

Projekt	Seite
Konfliktvermittlung in Ostvorpommern	63
Konzeption Taschendiebstahl – Polizeipräsidium Karlsruhe –	21
Konzeption zum Einsatz von Sicherheitsmobilen	161
Kooperation Polizei-Jugendhilfe-Sozialarbeit (PJS) – Ein gemeinsames Projekt der Stadt Nürnberg und der Polizeidirektion Nürnberg	69
Krisenzentrum beim Albert-Schweitzer-Kinderdorf (ASK) Hanau	85
MEMME – Anti-Gewalt-Training in der Schule	55
Netzwerk „Innere Sicherheit“ in Bremen	195
Polizeiliche Opferberatung beim Polizeipräsidium Rheinpfalz	139
Präventionspreis der Polizei	197
Pro Kids	87
Projekt „Bull-Kids“	155
Projekt „Polizei und Bürger – Gemeinsam für Sicherheit“	163
Puppenbühne der Polizeidirektion Weiden i. d. Opf.	129
Schulschwänzerinitiative der Polizeidirektion Nürnberg	91
Schulschwänzerprogramm	93
Schutzhütte	135
Schwerpunkteinsatz zur Bekämpfung der Taschendiebstahlskriminalität	25
Sicherheitspartnerschaft in Eutin	95
Sozialtraining in der Schule	125
Sport mit Aussiedlern	131
Sport statt Gewalt – Projekt des Bundesgrenzschutzes –	97
Sportvereine gegen Jugendkriminalität Präventionspreis 2000 der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern in Zusammenarbeit mit der Sportjugend des Landessportbundes Mecklenburg-Vorpommern	101
Spot gegen die sexuelle Ausbeutung von Mädchen und Jungen im Tourismus	157
Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die soziale Stadt	167
Strandfetenreform	105
Straßenfußball für Toleranz	119
Suchtvorbeugung in Kindertagesstätten	5
Wenn du klaust, bist du dabei!?	107
Wer nichts tut, macht mit	189

Anhang

Projekt	Seite
Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojektes „Gewalt gegen Ältere im persönlichen Nahraum“	183
Wissenschaftliche Begleitung Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt (WiBIG)	173

Dienststellenverzeichnis

Dienststelle	Seite
Arbeiterwohlfahrt VESPE (Verbund sozialpädagogischer Einrichtungen)	35, 135
Bayerisches Landeskriminalamt	15
Bremer Institut für Pädagogik und Psychologie BIPP	59, 125
Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V.	111
Bundesgrenzschutzamt Berlin, Bundesgrenzschutzinspektion	25
Bundesgrenzschutzamt Frankfurt (Oder)	97
Bundesministerium des Innern (BMI)	147, 131
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	177, 111, 157, 119, 173
Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBS)	167
Der Polizeipräsident in Berlin, Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle (LKA 14), Verhaltensorientierte Gewalt- und Kriminalprävention (Anti-Gewalt-Projekt)	29
Deutsche Sportjugend (dsj), – Deutscher Sportbund (DSB) -	119
Deutscher Sportbund	131
Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)	167
Deutsches Jugendinstitut e. V.	111, 201
dolife AG, Schulungszentrum für Sicherheit	29
Evangelische Fachhochschule Nürnberg	69
Förderverein „Sicheres Karlsruhe“ e. V.	21
Hessisches Landeskriminalamt, – Zentralstelle Öffentlichkeitsarbeit/Prävention und Beratung	85
Horizonte-Verein zur Förderung von Jugend und Freizeit e. V.	63
Industrie- und Handelskammer Karlsruhe	21
Initiative Schutz vor Kriminalität e. V., Gemeinnütziger Verein zur Förderung der Verbrechensaufklärung und -verhütung	29, 185
Justus-Liebig-Universität Gießen	181, 183
KARO, DRK Kreisverband Oelsnitz e. V.	147
Landeshauptstadt Hannover, Modellprojekt „Gewalt“	181
Landeskriminalamt Hamburg	51, 107
Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern	101
Landesrat für Kriminalitätsvermeidung	63

Anhang

Dienststelle	Seite
Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. (LZG)	5
Lesben Informations- und Beratungsstelle e. V.	41
Ministerium des Innern und für Sport, Rheinland-Pfalz	161
Polizeidirektion Aalen	151
Polizeidirektion Esslingen	121
Polizeidirektion Hannover, Polizeiinspektion Mitte	93
Polizeidirektion Heidenheim	81
Polizeidirektion Nürnberg	69, 91
Polizeidirektion Schleswig-Holstein Mitte	79, 105
Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd	95
Polizeidirektion Weiden	11, 129
Polizeiinspektion Gera-Mitte	115
Polizeiinspektion Homburg	35, 135
Polizeiinspektion Neunkirchen	87
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Zentrale Geschäftsstelle	75, 197
Polizeipräsidium Karlsruhe, Polizeirevier Karlsruhe-Marktplatz,	21
Polizeipräsidium Köln, Kommissariat Vorbeugung	143
Polizeipräsidium Mannheim, Kriminalprävention und Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle	45
Polizeipräsidium München, Kriminalpolizeidirektion 3	137, 155
Polizeipräsidium Oberfranken, – Sachgebiet E 3 –	55, 107
Polizeipräsidium Rheinpfalz	139, 163
Polizeipräsidium Südostthessen	85
Polizeipräsidium Wuppertal, Kommissariat Vorbeugung	49
Senator für Inneres, Berlin	195
Stadt Ludwigshafen	163
SterniPark e. V., Projekt Findelbaby	191
terre des hommes Deutschland e. V., Bundesgeschäftsstelle	151, 157
Universität Osnabrück, Fachbereich Erziehungs- und Kulturwissenschaften, Projekt WiBIG	173

Mitglieder der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention

<p>Bundeskriminalamt Fachbereich KI 16 Thaerstraße 11 65193 Wiesbaden e-mail: KI16@bka.bund.de Internet: www.bka.de</p>	<p>Landeskriminalamt Baden-Württemberg Dezernat 422 Taubenheimstraße 85 70372 Stuttgart e-mail: dezernat422@lka.bwl.de Internet: www.polizei-bw.de</p>
<p>Bayerisches Landeskriminalamt Dezernat 13 Maillinger Straße 15 80636 München e-mail: blka@polizei.bayern.de Internet: www.polizei.bayern.de</p>	<p>Der Polizeipäsident in Berlin LKA 14 12101 Berlin e-mail: vorbeugung@polizei.berlin.de Internet: www.polizei.berlin.de</p>
<p>Landeskriminalamt Brandenburg Dezernat 34 Prenzlauer Straße 66–70 16352 Basdorf e-mail: lka-brandenburg@t-online.de</p>	<p>Polizei Bremen PD-KP / LKA Polizeipräsidium In der Vahr 76 28329 Bremen e-mail: ppbremen@t-online.de</p>
<p>Polizeipräsidium Hamburg LKA 151 Hindenburgstraße 47 22297 Hamburg e-mail: Polizeiliche_Kriminalpraevention@bfi.ham- burg.de Internet: www.polizei.hamburg.de</p>	<p>Hessisches Landeskriminalamt (HSG 16) Hölderlinstraße 5 65187 Wiesbaden e-mail: hlka.beratungsstelle@t-online.de</p>
<p>Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpom- mern Dezernat 64 – Prävention Retgendorfer Straße 2 19067 Rampe e-mail: lkamv.praevention@t-online.de</p>	<p>Landeskriminalamt Niedersachsen Dezernat 204 Schützenstraße 25 30161 Hannover e-mail: propknds@lka.polizei.niedersachsen.de</p>
<p>Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen Dezernat 34 Völklinger Straße 49 40221 Düsseldorf e-mail: vorbeugung@mail.lka.nrw.de Internet: www.lka.nrw.de</p>	<p>Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz Dezernat 45 Valenciplatz 1–7 55118 Mainz e-mail: lka.mainz.praevention@polizei.rlp.de Internet: www.polizei.rlp.de</p>
<p>Landeskriminalamt Saarland Dezernat 25 Graf-Johann-Straße 25–29 66121 Saarbrücken e-mail: praeventionkasl@t-online.de Internet: www.polizei.saarland.de</p>	<p>Landeskriminalamt Sachsen Dezernat 202 Neuländer Straße 60 01129 Dresden e-mail: lka.sachsen@t-online.de Internet: www.lka.sachsen.de</p>

Anhang

<p>Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt Lübecker Straße 53–65 39124 Magdeburg e-mail: internet-redaktion@lka.pol.lsa-net.de Internet: www.polizei.sachsen-anhalt.de</p>	<p>Landeskriminalamt Schleswig-Holstein HSG 130 Mühlenweg 166 24116 Kiel e-mail: lkash.130@t-online.de Internet: www.polizei.schleswig-holstein.de</p>
<p>Landeskriminalamt Thüringen Dezernat 15 Am Schwemmbach 69 99099 Erfurt e-mail: lka@polizei.thueringen.de Internet: www.polizei.thueringen.de</p>	<p>Grenzschutzdirektion Koblenz - SG I 11 - Roonstraße 13 56068 Koblenz e-mail: ggsdir@rz-online.de Internet: www.bundesgrenzschutz.de</p>
<p>Polizei-Führungsakademie Münster-Hiltrup Fachbereich II Zum Roten Berge 18–24 48165 Münster-Hiltrup e-mail: fb2@mail.pfa.nrw.de</p>	<p>Kommission Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes Zentrale Geschäftsstelle Taubenheimstraße 85 70372 Stuttgart e-mail: zgs@polizei.propk.de Internet: www.polizei.propk.de</p>

Landespräventionsräte/-gremien

Bundesland	Anschrift
Baden-Württemberg	Landeskriminalamt Baden-Württemberg Zentrale Koordinierungsstelle Kommunale Kriminalprävention Postfach 500729 70337 Stuttgart e-mail: 422@lka.polizei-bw.de Internet: http://www.polizei-bw.de
Berlin	Landeskommission Berlin gegen Gewalt c/o Senatsverwaltung für Schule; Jugend und Sport Beuthstraße 6–8 10117 Berlin (Mitte) e-mail: Poststelle@SenSJS.Verwalt-Berlin.de Internet: http://www.sensjs.berlin.de
Brandenburg	Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Geschäftsstelle im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg Postfach 601165 14411 Potsdam e-mail: aktionsbuenndnis@mbjs.brandenburg.de Internet: http://www.brandenburg.de/aktionsbuenndnis
Bremen	Bremer Sicherheitsforum Freie Hansestadt Bremen Senator für Inneres, Kultur und Sport Contrescarpe 22–24 28203 Bremen
Hamburg	Gemeinsame Fachkommission Jugend, Schule, Justiz, Polizei Landeskriminalamt Hamburg LKA 15 Hindenburgstraße 47 22297 Hamburg
Hessen	Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung Hessisches Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten Postfach 3169 65021 Wiesbaden
Mecklenburg-Vorpommern	Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Geschäftsstelle Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern Arsenal am Pfaffenteich 19048 Schwerin

Anhang

Niedersachsen	Landespräventionsrat Niedersachsen Geschäftsstelle Niedersächsisches Innenministerium Lavesallee 6 30169 Hannover e-mail: info@landespraeventionsrat-nds.de Internet: http://www.landespraeventionsrat-nds.de
Nordrhein-Westfalen	Interministerielle Arbeitsgruppe Kriminalitätsvorbeugung Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen Haroldstraße 5 40213 Düsseldorf e-mail: Poststelle@im.nrw.de Internet: http://www.im.nrw.de
Rheinland-Pfalz	Landespräventionsrat Rheinland-Pfalz Ministerium des Innern und für Sport Pressestelle Schillerplatz 3–5 55116 Mainz
	Leitstelle „Kriminalprävention“ Ministerium des Innern und für Sport Leitstelle Kriminalprävention Schillerplatz 3–5 55116 Mainz
Sachsen	Koordinierungsstelle für Prävention Sächsisches Staatsministerium des Innern Abteilung 3 – Landespolizeipräsidium - Wilhelm-Buck-Str. 2 01095 Dresden Internet: http://www.sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Interministerieller Arbeitskreis „Prävention“ Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt Dezernat 12 Lübecker Straße 55–63 39124 Magdeburg e-mail: Internet-redaktion@lka.pol.lsa-net.de Internet: http://www.polizei.sachsen-anhalt.de
	Landespräventionsrat Sachsen-Anhalt Geschäftsstelle Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt Halberstädter Str. 2 39112 Magdeburg e-mail: poststelle@min.mi.lsa-net.de Internet: http://www.mi.sachsen-anhalt.de/lpr

Anhang

Schleswig-Holstein	Rat für Kriminalitätsverhütung Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein Geschäftsführung Düsternbrooker Weg 92 24105 Kiel e-mail: Poststelle@im.landsh.de Internet: http://www.schleswig-holstein.de
--------------------	---

Stichwortverzeichnis

A

Aggression 25, 29, 101
 Alltagskriminalität 15, 173
 Aus- und Fortbildung 15, 25, 53
 Ausländer 107, 139

B

Baden-Württemberg 15, 35, 65, 99,
 127, 137
 Bayern 7, 9, 45, 57, 75, 89, 103, 115
 Beratung 19, 117, 127, 137, 139,
 169, 181
 Berlin 25, 163
 Bremen 51, 101, 173
 Bund 19, 33, 61, 81, 91, 95, 107,
 125, 131, 133, 145, 151, 153, 157,
 159, 175, 181
 Bürgernahe Polizeiarbeit 137, 173

D

Diebstahl 41, 175
 Drogen/Sucht 3, 7, 9

E

Eigenfinanzierung 41, 61, 65, 71,
 77, 117, 123, 137, 175
 Eigentumskriminalität 15, 19
 Einbruch 137
 Eltern/Familie 71, 77, 81, 93, 99,
 107, 117, 123, 139
 Erlebnispädagogik (Freizeit) 7, 35,
 39
 Erziehung 3
 Europäische Zusammenarbeit 51
 Evaluierung 3, 25, 29, 33, 35, 51, 53,
 57, 91, 93, 95, 101, 123, 145, 151,
 157, 159

F

Familie 107
 Finanzierung 145
 Freizeit 61, 63, 81, 83, 95, 107

Fremdenfeindlichkeit 53, 81, 95,
 107
 Fremdfinanzierung 3, 101, 151,
 159, 181

G

Gewalt 25, 29, 33, 35, 39, 41, 45, 61,
 165
 Gewalt gegen Ausländer/Minder-
 heiten 95
 Gewalt gegen Frauen 33, 151, 153
 Gewalt gegen Kinder 35, 181
 Gewalt gegen Schwule/Lesben 33
 Gewalt in der Familie/im sozialen
 Nahraum 33, 69, 151, 153, 157,
 159
 Gewalt in der Schule 45, 71

H

Hamburg 41, 165, 169
 Hessen 69

I

Informationsdienst 127, 137, 181
 Innenstadt 145, 173
 Institutionen mit fester Themen-
 zuschreibung 181
 Integration 61, 91, 107

J

Jugend 131, 133
 Jugend-/Kinderbeteiligung 7, 35,
 81, 87, 91, 111, 123
 Jugendarbeit 69, 91
 Jugendhilfe 57, 65, 69, 91, 111
 Jugendkriminalität/Jugend-
 schutz 35, 39, 51, 53, 57, 61, 63,
 65, 69, 71, 75, 77, 79, 81, 83, 87,
 89, 91, 93, 95
 Jugendschutz 7, 69, 91, 125, 127,
 137

Stichwortverzeichnis

K

- Kinder 3, 101, 131, 133
- Kindergarten 3, 29, 103, 123
- Kinder/Primärprävention 99, 101, 103
- Kommunale Kriminalprävention 145
- Konfliktbewältigung 3, 39, 45, 53, 99, 169
- Kontaktbereichsbeamte 45, 81, 89, 173

L

- Ladendiebstahl 75, 89
- Lehrer/Erzieher/Trainer 3, 25, 29, 39, 41, 51, 53, 71, 77, 81, 87, 89, 93, 99, 101, 123, 139, 163, 181

M

- Mecklenburg-Vorpommern 53, 83
- Medien 89, 127, 131, 133, 137
- Mischfinanzierung 7, 15, 25, 29, 33, 35, 39, 51, 57, 63, 69, 75, 79, 81, 87, 89, 93, 95, 99, 103, 107, 111, 125, 127, 131, 133, 137, 139, 145, 157, 163, 165, 169

N

- Nachbarschaft 29, 111, 145
- Nachbarschaft/Wohnumfeld 107, 111
- Nationale Programme 61, 91, 145, 153
- Niedersachsen 77
- Nordrhein-Westfalen 39, 123
- Notruf 169

O

- Öffentliche Sicherheit und Ordnung 139
- Öffentlicher Personennahverkehr 19
- Öffentlicher Verkehrsraum 25
- Öffentlichkeitsarbeit 19, 33, 115, 125, 165, 175

Opferhilfe/Opferschutz 115, 117

P

- Pädagogik 35, 103
- Peers 9, 29, 71, 93, 111
- Polizeibeamte 33, 41, 61, 63, 71, 79, 87, 115, 137, 151, 175
- polizeiliche Jugendarbeit 61, 71, 103
- Präsenz 19, 137
- Präventionspreis 63, 83, 87, 175
- Prostitution 125

R

- Rechtsextremismus 95
- Rheinland-Pfalz 3, 117, 137, 139
- Risiko-Jugendliche 51, 75, 77, 83

S

- Saarland 29, 71, 111
- Schleswig-Holstein 63, 79, 87
- Schüler 7, 9, 29, 35, 41, 45, 53, 65, 71, 75, 77, 89, 99, 101, 103, 107, 123
- Schulische Prävention 7, 29, 35, 39, 41, 53, 65, 71, 75, 77, 87, 89, 99, 101, 123
- Schulschwänzen 75, 77
- Sekte 115
- Selbstbehauptung/-verteidigung 25, 29, 123
- Sexuelle Gewalt 25, 123, 125, 127, 131, 133, 137
- Sexueller Missbrauch 123, 125, 127, 131, 133, 137, 181
- Sicherheitsgefühl 111, 123, 137, 139, 173
- Sicherheitspartner 79, 173
- Sozialarbeit 35, 57, 91
- Soziale Prävention 65, 71, 101
- Sport 61, 81, 83, 95, 107
- Städtebauliche Prävention 145
- Stadtentwicklung/-planung 145
- Stadtteil 145
- Straßenkriminalität 15, 41, 165, 173

Stichwortverzeichnis

Straftaten gegen Frauen 151, 153
 Straftaten gegen Senioren 157, 159
 Streiftätigkeit 19, 77, 137

T

Täter-Opfer-Ausgleich 53, 65
 Theater 103
 Thüringen 93

V

Verkehrsprävention 103

W

Wirtschaft 15, 63, 145, 163
 Wohnumfeldverbesserung 111, 145

Z

Zeugen- und Helferverhalten 163, 165
 Zeugenverhalten 65, 163, 165
 Zielgruppe
 – (potentielle) Opfer 25, 29, 117, 123, 157, 163, 181
 – (potentielle) Opfer/Täter 19, 33, 39, 61, 65, 83, 115, 125, 153
 – (potentielle) Täter 35, 93, 95, 169, 173
 – (potentielle) Zeugen/Helfer 25, 65, 125, 127, 137, 163, 165, 181
 – andere Mitarbeiter im Bereich der Strafjustiz 151
 – Angehörige von Berufen im Gesundheitsbereich 57

– Erwachsene (18 und älter) 25, 33, 125, 131, 133, 151, 163, 181
 – Gruppierung/Bande 111
 – Heranwachsende (18–21 Jahre) 9, 25, 51, 61, 63, 79, 87, 93, 107, 127, 137, 163
 – Jugendliche (14–18 Jahre) 7, 9, 25, 29, 41, 45, 51, 61, 63, 65, 75, 77, 79, 81, 83, 87, 89, 91, 93, 95, 107, 111, 139, 163
 – Jungen, Männer 25, 39
 – Kinder (6–10 Jahre) 29, 39, 75, 91, 101, 103, 123
 – Kinder (10–14 Jahre) 7, 9, 29, 35, 45, 63, 65, 71, 75, 77, 81, 83, 87, 89, 91, 93, 99, 101, 103, 139
 – Kinder (bis 6 Jahre) 3, 29, 103
 – Mädchen, Frauen 25, 33, 139, 169
 – Mitarbeiter kommunaler Dienststellen/Ämter 15, 25, 29, 41, 57, 63, 79, 87, 145, 151, 163, 181
 – Senioren (ab 60 Jahre) 117, 139, 157
 – Soziale Prävention 169
 – Vereine und Verbände 15, 25, 33, 61, 79, 81, 83, 107, 139, 151, 163
 – Wohlfahrts-/Nicht-staatliche Organisationen 33, 51, 57, 61, 151, 163, 181
 Zivilcourage 53, 65, 163, 165